

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

164 · Juni 2004

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	483
Essay	
JÖRG ROESLER DDR – Bundesrepublik: Der verweigerte Vergleich	485
China heute	
WANG LIYONG Chinas Außenpolitik im 21. Jahrhundert – wohin?	494
ZHANG MINJIE Arbeitsmigration in China	503
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
AXEL RÜDIGER Globalisierung: Ist Politik noch möglich?	509
JOCHEN WEICHOLD Umweltpolitik in den Zeiten des Neoliberalismus	519
LOTHAR SCHRÖTER Die militärische Machtentfaltung der Europäischen Union	530
Neunzehnhundertachtundsechzig	
WOLFGANG FRITZ HAUG Gedanken zum 2. Juni 1967	535
FLORIAN HAVEMANN 68er Ost	544
Standorte	
LOTHAR RATAI Gedanken zu Otto Lacis: »Woran ist die KPdSU gescheitert?«	557

## Konferenzen & Veranstaltungen

- HANNO PAHL, CHRISTOPH ENGEMANN  
Gesellschaft im Widerspruch.  
Konferenz zum 100. Geburtstag  
Theodor W. Adornos 560

## Festplatte

- WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 562

## Bücher & Zeitschriften

- Matthias Steinle:  
Vom Feindbild zum Fremdbild.  
Die gegenseitige Darstellung von BRD und DDR  
im Dokumentarfilm. Band 18 der Reihe: CLOSE UP  
Schriften aus dem Haus des Dokumentarfilms Stuttgart.  
(DETLEF KANNAPIN) 564

- Dieter Klein:  
Zukunft statt »Reformen«: Arbeit für alle.  
Ein realistisches Konzept, Reihe Texte  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 14  
(ARNDT HOPFMANN) 567

- Jochen Gerlach:  
Ethik und Wirtschaftstheorie  
(ULRICH BUSCH) 568

- Michel Reimon, Christian Felber:  
Schwarzbuch Privatisierung.  
Was opfern wir dem freien Markt?  
(JÜRGEN LEIBIGER) 569

- Tomás Diez Acosta:  
Octubre de 1962: A un Paso del Holocausto.  
Una Mirada Cubana a la Crisis de los Misiles  
(Oktober 1962: Ein Schritt vor dem Abgrund.  
Die Raketenkrise aus kubanischer Sicht)  
(HARALD HILDEBRANDT) 570

- Summaries 574

- An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 576

# VorSatz

*Die europäische Linke wird zukünftig in einer neuen Qualität interagieren. Am 8. und 9. Mai – nicht zufällig ist dieses Datum gewählt worden – trafen sich in Rom 16 europäische Linksparteien mit der festen Absicht, sich zu einer gemeinsamen europäischen Partei, der Europäischen Linkspartei (EL), zusammenzuschließen. Der Versuch einer internationalen Kooperation linker Parteien, der 1919 schon einmal begonnen hatte und dann an seiner bolschewistischen Instrumentalisierung und schließlich Stalinisierung zerbrochen war, hat sich nun unter historisch gewandelten Umständen eine neue Form und einen neuen Inhalt verliehen. Seine Akteure sehen sich »den Werten und Traditionen der sozialistischen, kommunistischen und Arbeiterbewegung, der feministischen Bewegung und der Gleichstellung der Geschlechter, der Umweltbewegung und einer nachhaltigen Entwicklung, des Friedens und der Solidarität, der Menschenrechte, des Humanismus und des Antifaschismus, des progressiven und liberalen Denkens im nationalen und internationalen Rahmen«, wie es in der Präambel des Statuts der EL formuliert ist, verpflichtet.*

*Die neue Qualität der Interaktion der europäischen Linken besteht aber nicht nur in ihrer parteiförmigen Organisation, sondern umfaßt einen gemeinsamen, mit den sozialen Bewegungen geteilten Wertehorizont. Mit dem Aufgreifen der Ideen und der politisch oft unkonventionellen Anregungen der sozialen Bewegungen durch die EL wie auch durch das zu erwartende Wechselspiel der neuen Partei mit der Fraktion der Vereinigten Linken/Nordisch-Grünen Linken im Europäischen Parlament könnte es der europäischen Linken gelingen, dem neoliberalen Projekt einen stärker koordinierten Widerstand entgegenzusetzen. Und das ist wahrlich bitter nötig.*

*Daß schließlich in Rom nur 15 Parteien den Status als Vollmitglieder der EL für sich in Anspruch nahmen, hängt mit einem tiefgreifenden gesamteuropäischen Problem zusammen. Als eine besonders strittige Frage trat die der Interpretation der Vergangenheit, der differenzierten Beurteilung der Verbrechen der stalinistischen Regimes und des Umgangs mit dem hervor, was mancher gar zu schnell als allein glückmachende historische Wahrheit definiert sehen will. Da zeichnet sich etwas ab, was nichts anderes ist als ein Ost-West-Konflikt innerhalb der Linken weit nach dem Ende der Blockkonfrontation. Mit dem zumindest vorläufigen Rückzug der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens läuft die gerade erst gegründete Partei Gefahr, nicht nur die prominenteste und ein-*

*flußreichste kommunistische Partei innerhalb der erweiterten EU, sondern ganz Osteuropa zu verlieren. So erscheint die EL momentan eher als eine nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich und historisch-interpretatorisch westeuropäisch dominierte Partei, deren durchaus erfreuliches und zu begrüßendes Antlitz sich bald als janusköpfig herausstellen könnte. Es ist zu hoffen, daß die EL perspektivisch zu einer stärkeren Einheit der europäischen Linken beitragen wird und diese eben nicht in Ost und West, in kommunistisch und sozialistisch spaltet.*

*Angesichts der einseitigen Dominanz des Kapitals, der tagtäglichen Ausbeutung von Mensch und Natur vor unseren Augen und der sowohl politischen als auch strategischen Schwäche der Linken, dieser Dominanz und Ausbeutung eine adäquate Antwort zu geben, ist es eine Notwendigkeit, Brücken zu bauen, Gräben zu schließen, Geschichte zu erschließen, ohne zu verletzen. Die Verständigung der unterschiedlichen Strömungen der Linken Europas aus unterschiedlichen Teilen des Kontinents scheint aus zweierlei Sicht besonders nötig: zum einen, um zu einem handlungsfähigen, in sich natürlich differenzierten Kollektivakteur zu werden, der politische Inhalte effektiv umsetzen kann, und zum zweiten, um zu begreifen, daß trotz der Jahrzehnte andauernden Teilung Europas in zwei Blöcke die Geschichte der einen Hälfte West nicht losgelöst von der Geschichte der anderen Hälfte Ost verstanden werden kann.*

*Wie schwierig das ist mit einem solchen komplexen Geschichtsverständnis und wie hoch die Hindernisse sind, die von verschiedener Seite einem solchen Herangehen entgegengestellt werden, ist im vorliegenden Heft von »UTOPIE kreativ« am Beispiel des »verweigerter Vergleichs« und der Geschichte der gegenseitigen Darstellung der beiden deutschen Staaten im Dokumentarfilm nachlesbar. Und die West- und die Ost-Sicht auf das Jahr 1968 zeigen, daß auch die Linken in Deutschland noch viel Zeit brauchen werden, sich durch geduldiges Zuhören und gemeinsame Analyse aus diesem Konfliktfeld heraus zu bewegen.*

MARTIN SCHIRDEWAN

JÖRG ROESLER

## DDR – Bundesrepublik: Der verweigerte Vergleich

*Der Ort der DDR in der Geschichte der deutschen Nation und des deutschen Nationalstaats ist noch lange nicht ausdiskutiert.  
Jürgen Kocka in: »Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung«*

»Die Geschichte Deutschlands nach 1945 wird in Zukunft konzeptionell anders geschrieben werden müssen als bisher ...« Dieser Satz fiel nicht erst in der im Herbst 2003 von Jürgen Kocka initiierten Debatte über Erfolge und Defizite der Historiographie über die DDR seit 1990.<sup>1</sup> Er ist zehn Jahre älter. Christoph Kleßmann, der Verfasser von zwei Bänden zur deutschen Nachkriegsgeschichte in den 80er Jahren, schrieb diesen Satz 1993 in einem historiographischen Artikel für die wissenschaftliche Beilage der Wochenzeitschrift »Das Parlament«. Er leitete seine Forderung aus der damals noch nicht drei Jahre alten deutschen Vereinigung ab: »Die durch das Ende der DDR auf die Tagesordnung gesetzte politische Aufgabe, die innere Einheit einer tief gespaltenen Gesellschaft herzustellen wird beträchtliche Rückwirkungen auf den Zugang zu ihrer doppelten Geschichte haben. ... Ein Blick auf die Historiographie zeigt, daß eine solche Perspektive bislang die Ausnahme war.«<sup>2</sup>

Ein Blick auf die im Herbst 2003 diskutierten Defizite der DDR-Historiographie der 90er Jahre läßt erkennen, daß bis heute in der Frage der Behandlung beider deutscher Staaten als gemeinsame Grundlage der deutschen Nachkriegsgeschichte kaum eine Änderung zu verzeichnen ist.

Nur bescheidene Fortschritte wurden zwischen 1993 und 2003 in jenem Bereich der deutschen Zeitgeschichtsforschung gemacht, um die es Kleßmann vor allem ging und die er mit den Begriffen »Abgrenzung und Verflechtung« umschrieb und in denen er auf wechselseitige Beziehungen und gegenseitige Bezugnahmen zwischen Ost- und Westdeutschland einging.<sup>3</sup> So gut wie keine Anstrengungen wurden bisher unternommen, politische, soziale und ökonomische Entwicklungen in beiden deutschen Staaten miteinander zu vergleichen. Dabei hatte bereits die in den 80er Jahren einflußreichste Persönlichkeit in der damaligen DDR-Forschung, Hartmut Zimmermann, anläßlich des 40. Jahrestages der Gründung beider deutscher Staaten mit Nachdruck auf die Vorteile eines deutsch-deutschen Vergleichs verwiesen. »Die Untersuchung vergleichbarer Problemlagen bei divergierenden systemspezifischen Lösungsmöglichkeiten läßt Rückschlüsse auf das Gesamtsystem zu. Die Ergebnisse derartiger Arbeiten eignen sich zudem in besonderer Weise als Aus-

Jörg Roesler – Jg. 1940, Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorlesungen an der Universität der Künste Berlin, zuletzt in UTOPIE kreativ: »Die New Economy – ein Wiederholungsfall? Überlegungen zu ihrer Einordnung in die Wirtschaftsgeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts«, Heft 161 (März 2004).

Siehe auch die Beiträge von Wolfgang Fritz Haug, Florian Havemann und Detlef Kannapin in diesem Heft.

Wer über Deutschland schrieb, beschränkte sich meist auf die Bundesrepublik – die DDR blieb draußen, weil sie »Osten« war. Wer über den Osten schrieb, beschränkte sich auf die Länder jenseits der DDR – die DDR blieb draußen, weil sie Deutschland war. Und wer über die DDR schrieb, beschränkte sich auf die DDR, weil sie weder Osten noch Deutschland war.  
 Peter Bender: Fall und Aufstieg: Deutschland zwischen Kriegsende, Teilung und Vereinigung, Halle 2002, S. 210.

gangspunkt für den deutsch-deutschen Dialog, weil nicht die ›Systemfragen‹ von vornherein im Vordergrund stehen, sondern diese sich aus konkreten Stärken und Schwächen ergeben. Bewertungen bleiben da keineswegs ausgespart, sie haben aber den Vorteil des unmittelbaren konkreten Belegs.«<sup>4</sup>

Fruchtbar im Zimmermannschen Sinne wird der deutsch-deutsche Vergleich vor allem dann, wenn die Bewältigung von gleichen oder ähnlichen Herausforderungen zum Gegenstand der Untersuchung gemacht wird, auf die beide deutsche Staaten zu reagieren hatten. Eine derartige Herausforderung wurde z. B. für West- und Ostdeutschland die Integration der am Ende des Krieges geflohenen bzw. entsprechend den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens ausgesiedelten Deutschen jenseits von Oder/Neiße und Sudeten. Bei einem Vergleich der in BRD und DDR entwickelten Bewältigungsstrategien kommen – wie von Zimmermann antizipiert – die spezifischen systemischen Charakteristika beider deutscher Staaten deutlich zum Ausdruck.

Nachdem sich beide deutsche Verwaltungen damit hatten abfinden müssen, daß es nicht um die Organisierung eines vorübergehenden Aufenthalts für die Flüchtlinge, sondern um deren Integration in die ost- bzw. westdeutsche Gesellschaft ging, entwickelten sie systemtypische Bewältigungsstrategien. Charakteristisch für die ostdeutsche Gesellschaft der Nachkriegszeit war der Eigentumswechsel durch entschädigungslose Enteignung von Großindustrie und Großgrundbesitz. Das erlaubte die Ansiedlung eines Teiles der Flüchtlinge und Vertriebenen als Neubauern. Die Bodenreform war in Westdeutschland zwar auch wiederholt proklamiert, aber nicht realisiert worden, wie auch in der Großindustrie die Eigentumsverhältnisse faktisch unangetastet blieben. Die aus dem realen Eigentumswechsel resultierenden Integrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge konnten nur in der sowjetischen Besatzungszone wahrgenommen werden.

Auch auf den Ostteil beschränkt waren die massiven Integrationsmöglichkeiten, die sich für Umgesiedelte durch den dort sich vollziehenden Elitewechsel infolge konsequenterer Entnazifizierung und politischer Neuorientierung ergaben. Die Einstellung von Flüchtlingen und Vertriebenen als (Neu-)Lehrer oder Verwaltungsbeamte war in der DDR eine Integrationsvariante, die in der Bundesrepublik die Ausnahme bleiben mußte. Auch die in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen ordnungspolitischen Entscheidungen – für die direktive Planwirtschaft bzw. die (ordo)liberale Marktwirtschaft – beeinflussten die Integrationsmöglichkeiten der »Neubürger«. Die sich bald nach der Währungsreform im Osten entfaltende Planwirtschaft bewirkte relativ rasch den Abbau der Nachkriegsarbeitslosigkeit und ließ die Integration über die Ansiedlung der zunächst auf dem Lande untergekommenen Umsiedler an den »Brennpunkten des Neuaufbaus« zu einer erfolgreichen individuellen Integrationsstrategie werden. In den Westzonen bzw. der frühen Bundesrepublik bewirkte die Wiedereinführung der »freien Marktwirtschaft« durch den ordoliberalen Erhard dagegen bis zum Anfang der 50er Jahre ein außerordentlich hohes Maß an Arbeitslosigkeit, das den Flüchtlingen und Vertriebenen die individuelle Integration über den Arbeitsplatz

außerordentlich erschwerte. Eine mit der Situation in der DDR vergleichbare Eingliederungschance bekamen die westdeutschen Zuwanderer in der BRD über die Sozialgesetzgebung, die ihnen über den Lastenausgleich jene Geldmittel zukommen ließ, mit deren Hilfe sie in der inzwischen stärker ins Soziale gemauserten Marktwirtschaft der Bundesrepublik Fuß fassen konnten.

Die vergleichsweise großzügige Behandlung der Flüchtlinge und Vertriebenen durch den Lastenausgleich war Ausdruck eines weiteren Unterschieds zwischen den beiden sich herausbildenden deutschen Staaten, der allerdings nicht systembedingt war: Das zunehmende Wirtschaftswachstum kreierte seit Anfang der 50er Jahre in Westdeutschland beträchtliche Steuerüberschüsse, die der Staat umverteilen konnte. Auch in der DDR gab es ein verglichen mit der Vorkriegszeit und der späteren DDR rasches Wirtschaftswachstum, das dem in der BRD nur wenig nachstand. Aber es erfolgte von einem durch die Demontagen in Ostdeutschland verursachten weitaus niedrigeren Niveau aus. Die Überschüsse wurden zudem bis 1953 weitgehend durch Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion aufgebraucht. Was übrig blieb – wenig genug –, ging vorrangig in Investitionen. Für die Umverteilung blieb wenig. Kein Wunder also, wenn in der DDR Anfang der 50er Jahre die spezielle Sozialgesetzgebung für Umsiedler de facto auslief, zu einem Zeitpunkt, da sie im Westen ihre Blütezeit erlebte.

Ob die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen über finanzielle Starthilfen und Wohnungsbau oder über Arbeitsangebote – die, sofern die neuen Produktionsstätten »auf der grünen Wiese« entstanden, auch ein Wohnungsangebot enthielten – die akzeptablere sei, mag dahingestellt bleiben. Aber keiner der beiden deutschen Staaten hätte die Integrationsstrategien des anderen wählen können. Insofern hatten sie beide ihre Berechtigung, ist jede für sich ernstzunehmen.

Wenn man aber die Frage der individuellen Zufriedenheit der »Neubürger« mit der einen oder anderen Integrationsstrategie nicht auslassen will, so bietet sich im deutsch-deutschen Vergleich dafür eine Möglichkeit, dies in Erfahrung zu bringen. Die deutsch-deutschen Wanderungen bis 1961 könnten, wenn die Forschung sie erst einmal hinsichtlich der Flüchtlinge genügend genau erforscht hat, darüber Auskunft geben. Denn die ehemaligen Flüchtlinge hatten anderthalb Jahrzehnte die Möglichkeit, zwischen beiden Integrationsstrategien durch eine »Abstimmung mit den Füßen« zu wählen – und haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Nach dem heutigen Forschungsstand ging der Anteil von Vertriebenen an den DDR-Flüchtlingen im Laufe der fünfziger Jahre immer stärker zurück und fiel 1960 sogar unter den zu vermutenden Bevölkerungsanteil der Vertriebenen in der DDR.<sup>5</sup> Auch die »Integration über Arbeit« hatte ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt.

Gemeinsame Herausforderungen ähnlicher Provenienz wie die Bewältigung der Integration der Vertriebenen haben vor beiden deutschen Staaten auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet häufiger gestanden, als man sich – befangen in den Ergebnissen einer beide deutsche Staaten separiert betrachtenden Geschichtsschreibung – vorstellt. Hier seien nur einige den Bereich der Wirt-

Schließlich braucht man einen neuen Ansatz. Es genügt nicht mehr, den eigenen Staat zu beschreiben und den anderen, soviel man drüber wusste, hinzu-zufügen. Man musste neu denken, also Bundesrepublik und DDR zusammendenken. Peter Bender: Fall und Aufstieg: Deutschland zwischen Kriegsende, Teilung und Vereinigung, Halle 2002, S. 211-212.

Fragen nach dem Umgang mit der Vergangenheit werden grundsätzlich neu gestellt ... Hier handelt es sich nicht um ein tagesaktuelles oder ostdeutsches Sonderproblem. In der Gegenwärtigkeit der Vergangenheit liegt eine wichtige Schicht unserer gesellschaftlichen Selbstwahrnehmung und nationalen Identität. Die doppelte Geschichte der Deutschen kann deshalb nicht getrennt bewältigt werden, wenn man gemeinsam zur inneren Einheit finden will. Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland, eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993, S. 15.

schaft betreffende genannt: der Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft bis in die erste Hälfte der 50er Jahre; die Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen Anfang bzw. Mitte der 60er Jahre, nachdem die Triebkräfte des kräftigen Wirtschaftswachstums während der »langen 50er Jahre« aufgehört hatten zu wirken; die Umstellung der Wirtschaft in beiden an Erdöl und Rohstoffen armen deutschen Staaten nach dem ersten Erdölpreisschock von 1973; die Notwendigkeit in beiden deutschen Staaten Mitte bzw. in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, auf die »mikroelektronische Revolution« zu reagieren, nachdem BRD und DDR sie in der ersten Hälfte der 70er Jahre zunächst »verschlafen« hatten.

Mußte in den geschilderten Fällen zwangsläufig jedes Wirtschaftssystem auf die ähnlich gearteten Herausforderungen spezifisch reagieren und sich dabei als das mehr oder das weniger Geeignete erweisen, so gab es andere Fälle, in dem die Zugehörigkeit der DDR und der BRD zum Block der jeweils anderen Supermacht und zum anderen »Weltmarkt« allein genügte, um aus ähnlichem Anlaß in beiden deutschen Staaten ganz unterschiedliche, um nicht zu sagen entgegengesetzte Reaktionen herbeizuführen.

So führte der Koreakrieg, der 1951/52 seinen Höhepunkt erreichte, für die DDR zu einer starken wirtschaftlichen Zusatzbelastung, weil die UdSSR der DDR ab Frühjahr 1952 enorme Rüstungseinkäufe abverlangte, die Sparprogramme im Konsumgüterbereich nach sich zogen. Die Anpassung der Einkommen an den schrumpfenden Verbrauch sollte u. a. durch Verweigerung von Lebensmittelkarten für die »Ausbeuterklasse« und durch de facto Lohnkürzungen (u. a. über Normerhöhungen) für die Arbeiterklasse erfolgen. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 war die Folge. Für die Bundesrepublik galten im großen und ganzen noch die Nachkriegsbeschränkungen der Waffenproduktion. Das wurde für sie zu einer wirtschaftlichen Chance. Denn als alle westlichen Industrieländer ihre Schwerindustrie auf Rüstungsgüter umstellten, war die westdeutsche die einzige westliche Schwerindustrie, deren Kapazitäten nicht durch Rüstungsaufträge belastet waren und die noch über eine Exportkapazität für zivile Ausrüstungen verfügte. Die »Außenhandelsmacht« Bundesrepublik wurde in den Jahren des Koreakriegs geboren. Das »Wirtschaftswunder« verstetigte sich seitdem.

Soviel zur Illustration der verlockenden Aussichten, die ein deutsch-deutscher Vergleich für die tiefere Erkenntnis der Struktur und des Funktionierens beider deutscher Staaten liefern könnte. Die Behandlung der durch Vergleich gewonnenen Ergebnisse sollte der Ausgangspunkt für einen Dialog über die gemeinsame geteilte Vergangenheit sein, weil – wie Zimmermann schon sagte – so nicht die »Systemfragen« von vornherein im Vordergrund ständen, »sondern diese sich aus konkreten Stärken und Schwächen ergeben«. Bewertungen würden bei derartigem Herangehen keineswegs ausgespart, sie hätten aber »den Vorteil des unmittelbaren konkreten Belegs«.

Angesichts der geschilderten Vorteile fragt man sich, warum die Möglichkeiten des Vergleichs bzw. der Untersuchung der gegenseitigen Beziehungen und Bezugnahmen nach 1990 von den deutschen Zeithistorikern so gut wie gar nicht genutzt wurden?



Dafür gibt es meines Erachtens drei Gründe. Der *erste* ist politisch-ideologischer Natur und hängt eng mit der Art, in der die deutsche Einheit vollzogen wurde, zusammen. Die Vereinigung war ihrem Charakter nach eine asymmetrische. Nicht zwei Seiten taten sich zusammen, um ein gemeinsames neues Werk anzupacken, sondern die eine Seite schloß sich der anderen an bzw. wurde angeschlossen.<sup>6</sup> Wolfgang Schäuble, Chefunterhändler der Bundesrepublik, hat im Jahre 1990, als es um die Art der Vereinigung beider deutscher Staaten ging, dies in seiner Haltung gegenüber den Unterhändlern aus der DDR deutlich zum Ausdruck gebracht. In seinen Memoiren berichtet er: »Meine stehende Rede war: Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung. ... Hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Ausgangspositionen an. Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die Bundesrepublik Deutschland. Laßt uns von der Voraussetzung ausgehen, daß ihr vierzig Jahre lang von beiden ausgeschlossen wart.«<sup>7</sup>

Zu welchen bis heute spürbaren Verwerfungen diese bundesdeutsche Perspektive auf den Vereinigungsprozeß geführt hat, ist bekannt und soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Wozu sie in der deutschen Nationalgeschichtsschreibung geführt hat, sei am Beispiel einer Publikation zur deutschen Nachkriegsgeschichte, die Ende der 90er Jahre erschien und auf breite Publikumswirkung zielte, demonstriert.

Der Wirtschaftswissenschaftler und Publizist Weimer hat 1998 eine »Deutsche Wirtschaftsgeschichte« veröffentlicht. In seinem Band, dessen Darstellung 1945 einsetzt und die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zur Gegenwart verfolgt, berücksichtigt er auch die DDR. Von den knapp 350 Seiten, in denen er den Zeitraum bis 1989 behandelt, hat er fünfeinhalb Seiten oder 1,6 % des Textes dem östlichen deutschen Staat gewidmet. Der Abschnitt »Der 17. Juni 1953« findet sich bei ihm im Kapitel »Der große Sprung (1952-1958)«, »Der Mauerbau« im Kapitel »Sturm und Drang (1959-1962)« wieder.<sup>8</sup> Offensichtlich hat Weimer für sich das sofort nach der Wende kursierende Wort von der »DDR als Fußnote der deutschen Geschichte« zur Richtschnur der Behandlung des ostdeutschen Staates gemacht.

Der Verbreitung von Weimers Werk dürfte die asymmetrische Behandlung beider deutscher Staaten kaum geschadet haben. Denn fünf von sechs potentiellen Lesern leben im Westen. Schon während des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik 1990 ließen die Westdeutschen erkennen, daß sie an den Strukturen und auch an den Errungenschaften der DDR nicht interessiert waren. »Westdeutsche sehen keinen dringenden Anlass, sich mit der Geschichte der Ostdeutschen auseinander zu setzen und somit einen mühsamen Prozess der historischen Neubestimmung der eigenen Identität zu beschreiben. Die Geschichte der DDR gilt vielen ehemaligen Bundesbürgern als Geschichte eines anderen, fremden Staates, dem nun im vereinten Deutschland nur noch regionales, aber nicht nationales Interesse zukommt. In ihrem Bewusstsein hat sich die alte Bundesrepublik mit der Wiedervereinigung lediglich erweitert, es entstand nicht etwas gemeinsames Neues.«<sup>9</sup>

Das Spannungsverhältnis zwischen der Verflechtung beider Teilstaaten im Sinne eines fortwirkenden ökonomischen, politischen und kulturellen Zusammenhangs, ohne den eine Nation nicht denkbar ist, und einer bewußt oder unbewußt betriebenen oder gewünschten Abgrenzung auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen läßt sich als Leitlinie für 45 Jahre deutscher Nachkriegsgeschichte verstehen, die nicht einfach deutsche Nationalgeschichte, im Zeitalter der Teilung aber auch nicht ohne weiteres eine getrennte Geschichte zweier Staaten und Gesellschaften einer Nation ist. Gerade diese Spannung scheint mir das spezifische Profil der Entwicklung nach 1945 auszumachen, ohne das die innere und äußere Situation beider Hälften nicht zu verstehen ist. Christoph Kleßmann: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B29/30/1993, S. 30.

Es ist nicht zu übersehen, wie sehr die DDR-Forschung der letzten Jahrzehnte von den Quellen geprägt ist, die ihr in überwältigender Fülle zugänglich wurden ...

Aber in der Folge ist die DDR-Forschung nicht nur zu ihrem Vorteil empirisch sehr dicht geworden, sondern auch ungemein kleinschrittig.

Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschlandarchiv, 5/2003, S. 767.

Der Versuch, aus den zwei getrennten wieder eine deutsche Nationalgeschichte zu machen, ob nun mit Hilfe der Darstellung der gegenseitigen Beziehungen und wechselseitigen Bezugnahmen oder durch den Vergleich der Reaktion beider deutscher Staaten auf gleiche oder ähnliche Herausforderungen, verlangt aber die Aufgabe der Position, daß die »eigentliche Geschichte« Deutschlands nach 1945 im Westen abgelaufen sei, verlangt den Verzicht auf die Charakterisierung der ostdeutschen Entwicklung als »Sonderweg« oder »Umweg«, über den man nicht mehr viele Worte zu verlieren brauche, nachdem er Gott sei Dank beendet sei und vergessen werden könne. Die Weiterführung der deutschen Nationalgeschichte über das Jahr 1945 hinaus verlangt eine Geschichtsbetrachtung von Ost und West in Augenhöhe oder – wie es der Publizist Peter Bender ausdrückte – die Akzeptanz der »Gleichheit aller Deutschen vor der Geschichte«. <sup>10</sup>

Der *zweite* Grund, warum die Notwendigkeit und die Vorteile einer aufeinander bezogenen Geschichte beider deutscher Staaten bisher nicht erkannt bzw. nicht genutzt wurden, ist auf die Forschungsstruktur, in der die mit der deutschen Nachkriegsgeschichte beschäftigten Historiker arbeiteten – und heute noch arbeiten –, zurückzuführen. Während der Zeit der Teilung kam es so, daß sich die Zeithistoriker entweder mit der Geschichte des eigenen Landes oder mit der des anderen deutschen Staates beschäftigten. Im Osten forschte man zur Geschichte der Bundesrepublik in einem anderen Akademieinstitut als über die Geschichte der DDR. Im Westen entwickelte sich die Zeitgeschichtsschreibung über Ostdeutschland im Rahmen der DDR-Forschung institutionell und personell unabhängig von der Zeitgeschichte über die Bundesrepublik.

Die damaligen Strukturen sind mit dem Untergang der DDR als Staat bedeutungslos geworden. Denn wie auf fast allen Gebieten fand auch im Hochschulwesen und in der Forschung der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik statt. Auch die westdeutschen Institutionen zur DDR-Forschung wurden weitgehend demontiert. Doch die damit gegebene Chance zur Neuordnung der deutschen Zeitgeschichtsforschung wurde nicht genutzt. Parallel zur Fortschreibung der Geschichte der Bundesrepublik hat es seit Beginn der 90er Jahre, nach Öffnung der DDR-Archive, eine »Aufarbeitung der DDR-Geschichte« gegeben. Deren »Expansion« vollzog sich »atemberaubend rasch«, allerdings »zu einem erheblichen Teil an spezialisierten Instituten und Forschungsabteilungen«. Die Geschichte des östlichen deutschen Staates blieb dadurch weiterhin separiert, und wurde mit dem westlichen schon »wegen des sehr hohen Maßes an Spezialisierung« <sup>11</sup> nicht mit der des Weststaates verglichen – wie schon in den Zeiten der Teilung.

Selbst bei gutem Willen fällt es auch den auf die Geschichte der Bundesrepublik spezialisierten Historikern offensichtlich aus ihrer Spezialisierung heraus schwer, den wegen der weiterhin bestehenden institutionellen Abgrenzung vom anderen Teil Deutschlands trennenden Graben zur Geschichte der Bundesrepublik zu überwinden. Eine der besten Geschichten der Bundesrepublik, die in den vergangenen Jahren geschrieben wurden, stammt von Manfred Görtemaker. Aber auch bei ihm ist die einzige Konzession gegenüber den

üblichen deutschen Nachkriegsgeschichten der 60er bis 80er Jahre die gemeinsame Behandlung der alten und neuen Bundesländer im letzten, den 90er Jahren gewidmeten Kapitel. Doch immerhin hielt Görtemaker eine Erklärung, »wenn nicht gar eine Rechtfertigung« seines Vorgehens für angebracht. Er betont zwar, daß die DDR eine »Episode blieb«. Damit sei jedoch nicht gesagt »dass man nunmehr auf die Behandlung der DDR-Geschichte verzichten könnte.« Die DDR als Gegenstand der Geschichtsschreibung sei »jedoch ein gesondertes Thema«, das »eigene methodische Zugänge und einen tiefen Blick in die Quellen des SED-Staates erfordert.«<sup>12</sup> Dazu fand sich Görtemaker – ungeachtet der günstigen Quellenlage, was die Zugänglichkeit der Archive über die DDR betrifft – allerdings nicht bereit.

Görtemaker hat damit das zweite der Motive für die weiterhin gesonderte historische Darstellung beider Teile Deutschlands durch westdeutsche Historiker, soweit sie Spezialisten für die Geschichte der Bundesrepublik sind, offen angesprochen: Die unzureichende Kenntnis über den anderen deutschen Staat.

Um dieses Problem weiß auch der wohl energischste Advokat einer einheitlichen deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung, Peter Bender: Jetzt erst, schreibt er über die Zeit nach der Vereinigung, machte sich so richtig »der Mangel« bemerkbar, daß beinahe alle Historiker in Ost und West nur ihre eigene Seite kannten; sich in die andere (Geschichte) hineinzuarbeiten, macht große Mühe, »sich in sie hineinzudenken und hineinzufühlen verlagert viel Geduld und viel Gespräch mit Menschen aller Schichten, die »drüben« gelebt haben.«<sup>13</sup>

Um die Mühen der Einarbeitung in die Geschichte des anderen deutschen Staates weiß auch Hermann Wentker, der Leiter der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte. In einem von ihm u. a. herausgegebenen Band zur DDR-Geschichte bis 1961 bekennt er sich zu einer nach der Überwindung der deutschen Teilung »veränderten Perspektive auf die deutsche Nachkriegsgeschichte«, ist aber »wegen der Komplexität des Themas« zu nicht mehr als einem »ersten begrenzten Schritt in diese Richtung« bereit.<sup>14</sup>

Es gibt unter den Zeithistorikern aber nicht nur das Zögern vor dem für den einzelnen nur mit beträchtlichem Forschungsaufwand vollziehbaren Schritt zur einheitlichen deutschen Nachkriegsgeschichte. Es gibt auch Stimmen der Verweigerung eines solchen Schrittes als ein unnötiges bzw. sogar schädliches Vorhaben – im gegebenen Falle für weitere Forschungen zur DDR-Geschichte. Herausgefordert fühlten sie sich durch Jürgen Kockas Kritik an der hauptsächlich in den neuen Bundesländern angesiedelten Forschung zur DDR-Geschichte, der er »ein hohes Maß an Selbstreferenzialität und Selbstisolierung« vorwarf.<sup>15</sup> Kockas Hinweis gegenüber, »dass die Geschichte der DDR sehr viel mehr als eine Fußnote der Weltgeschichte ist und dass sie eine interessante Zukunft hat – besonders wenn es gelingt, die Fixierung auf sie zu überwinden« – gaben sich die Berliner Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte sperrig: »Die Zukunft der DDR-Forschung kann ... nicht darin aufgehen, die DDR nur noch vergleichend und »europäisiert« zu sehen. Grundsätzlich gilt ...: Wer die DDR nur ... noch vergleicht, läuft Gefahr, die DDR selbst aus dem Blick zu verlieren.«<sup>16</sup>

Die DDR-Forschung wird an wissenschaftlicher und intellektueller Relevanz gewinnen, je mehr es gelingt, ihre Fragen und Antworten mit anderen Erinnerungs- und Forschungsbereichen in Verbindung zu setzen mit den großen Fragen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts – sei es vergleichend, sei es durch Verflechtungsgeschichte, sei es auf andere Weise. ... Das wird ihr um so besser gelingen, je mehr sie über den Rand des eigenen Tellers hinaus blickt und den Anschluss an die großen wissenschaftlichen und intellektuellen Fragen der Zeit verstärkt. Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: DA 5/2003, S. 768-769.

Der *dritte* Grund, warum sich die Zeithistoriker dem Projekt einer deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute überwiegend verweigern, ist recht diffiziler Art. Er hat mit einer gewissen Risikoscheu vor allem der mit der »Aufarbeitung der DDR-Geschichte« befaßten Historiker zu tun, ist ein Problem ihres Umgangs mit dem von ihnen akkumulierten Wissen.<sup>17</sup> Wenn die Mitarbeiter der Berliner Abteilung des auf DDR-Forschung spezialisierten Instituts für Zeitgeschichte in Berlin in ihrer Antwort auf Jürgen Kockas Kritik aufzählen, was schon alles erforscht sei und welche Bereiche der DDR-Geschichte noch erforscht werden müßten – z. B. die Geschichte der Regionen –, offenbart sich m. E. bei ihnen eine Art »kartographischen Verständnisses« von Geschichtsaufarbeitung: Von den Bereichen bereits gesicherten Wissens über die DDR-Geschichte ausgehend, sind die noch existierenden »weißen Flecken« vorrangig durch empirische Forschungsarbeit zu tilgen, bis schließlich irgendwann in der Zukunft die Geschichte der DDR vollständig und bis ins Detail erschlossen ist. Der Gedanke, daß die Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft stets beschränkt sein werden und das gewonnene Geschichtsbild für später vorzunehmende Korrekturen offen bleiben muß, hat bei dem geschilderten kartographischen Verständnis von der »Aufarbeitung der DDR-Geschichte« eigentlich keinen Platz. Die Betrachtung der DDR-Geschichte unter dem Aspekt von »Abgrenzung und Verflechtung« (Kleßmann) mit der Bundesrepublik, vor allem aber ein Vergleich von DDR und BRD wären durchaus geeignet, bereits »sicheres Wissen« über die DDR, das »isoliert« gewonnen wurde, in Frage zu stellen. Das dürfte wohl weniger hinsichtlich der Fakten der Fall sein, als bezüglich zu treffender Wertungen, die die Fakten im neuen Lichte erscheinen lassen bzw. Lücken in der bisherigen empirischen Forschung offenbaren, welche mit dem allein auf die DDR-Aufarbeitung gerichteten Blick nicht zu erfassen waren bzw. vernachlässigbar erschienen.

Der Leser des Beitrages der Berliner Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Vehemenz, mit der die Autoren des Antwortartikels auf Kockas Beitrag vor den Gefahren des Vergleichs warnen, etwas mit der Frucht zu tun hat, erarbeitetes und als gesichert angesehenes Wissen über die DDR in Frage gestellt zu sehen.

Wie können die deutschen Zeithistoriker aus dem geschilderten Dilemma herauskommen? Die Antwort scheint einfach. Die Forscher, die sich mit der BRD beschäftigen, und diejenigen, die die DDR-Geschichte aufarbeiten, müssen aufeinander zugehen, es lernen, miteinander zu kooperieren. Doch einfach wird dieser ebenso naheliegende wie vielversprechende Schritt nicht sein. Dagegen stehen, wie bereits gesagt, individuelle Forscherbiographien und dagegen sprechen auch institutionelle Mauern, von der fehlenden Bereitschaft der tonangebenden politischen Klasse, die deutsche Vereinigung wirklich kritisch zu betrachten und damit ein günstiges Klima für die deutsche Nationalgeschichtsforschung der Teilungszeit zu schaffen, einmal ganz abgesehen. Die im März 2003 auf einer Tagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung von Christoph Kleßmann erhobene Forderung, die DDR-Geschichte »eventuell ganz in der Zeitgeschichte aufgehen zu lassen«<sup>18</sup>, zielt in die Richtung der Überwindung der drei behandelten Stolpersteine für eine deutsche Nachkriegsgeschichte.

Für die »alternative historische Forschung«<sup>19</sup> in den neuen Bundesländern existieren weder die institutionellen noch die politischen Hindernisse. Sie sollte dies als Chance begreifen und die Herausforderung annehmen. Das durch die Abwicklungspraxis der 90er Jahre bedingte häufig ungünstig bewertete vergleichsweise hohe Lebensalter und die damit verbundene jahrzehntelange Berufserfahrung dürften von seiten der Forscherbiographien den Schritt von der einseitigen (hauptsächlich auf die DDR bzw. die BRD beschränkten) zur zweiseitigen (BRD und DDR gleichermaßen berücksichtigenden) Nachkriegsgeschichte eher erleichtern als erschweren, zumal sich die ostdeutschen Historiker die verständliche, aber fatale Neigung ihrer westdeutschen Berufskollegen, an einmal gewonnenen Forschungsergebnissen übermäßig Gefallen zu finden, nach der »Wende« sowieso abgewöhnen mußten. Anders gesagt, wohl noch nie seit 1990 waren die Aussichten der ostdeutschen »alternativen Historiker«, einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte zu leisten, günstiger als zur Zeit.<sup>20</sup>

- 1 Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: DA 5/2003, S. 764-771. Die Debatte wird in der »Frankfurter Rundschau« geführt, die eine Kurzfassung des von Kocka gehaltenen Vortrages am 22. August 2003 abdruckte. Darauf antworteten Hermann Wentker und fünf weitere Mitarbeiter der Berliner Abteilung des Instituts für Zeitgeschichte am 20. September. Zu deren Beitrag nahmen Lindenberger und Sabrow, zwei Mitarbeiter des Zentrums für Zeithistorische Forschungen, Potsdam, am 12. November 2003 Stellung.
- 2 Christoph Klefmann: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 29-30/1993, S. 30.
- 3 Vgl. ebenda, S. 34-39.
- 4 Hartmut Zimmermann: Deutschland 1989: Probleme und Tendenzen nach vierzig Jahren Zweistaatlichkeit, in: Werner Weidenfeld, Hartmut Zimmermann (Hrsg.): Deutschland Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989, S. 704.
- 5 Vgl. Michael Schwartz: Kriegsfolgenlasten und »Aufbaugesellschaft«: Vertriebene, Bombengeschädigte und Kriegsbeschädigte in den langen fünfzig Jahren der DDR, in: Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Hermann Wentker (Hrsg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003, S. 185.
- 6 Vgl. Jörg Roesler: Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlass, Frankfurt/Main 1999, S. 88 ff.
- 7 Wolfgang Schäuble: Der Vertrag: Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S. 131.
- 8 Wolfram Weimer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998, S. 103, 153.
- 9 Werner Weidenfeld: Geschichte und Identität, in: Rudolf Korte, Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland – TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Bonn 2001, S. 44.
- 10 Peter Bender: Die Gleichheit aller Deutschen vor der Geschichte, in: Peter Bender: Fall und Aufstieg. Deutschland zwischen Kriegsende, Teilung und Vereinigung, Halle 2002, S. 209-220.
- 11 Jürgen Kocka, a. a. O., S. 767.
- 12 Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 12.
- 13 Peter Bender: Fall und Aufstieg: Deutschland zwischen Kriegsende, Teilung und Vereinigung, Halle 2002, S. 211.
- 14 Hermann Wentker: Die gesamtdeutsche Systemkonkurrenz und die durchlässige innerdeutsche Grenze, in: Hoffmann, Schwartz, Wentker: Vor dem Mauerbau, a. a. O., S. 59.
- 15 Jürgen Kocka, a. a. O., S. 769.
- 16 Henrik Bispinck, Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Peter Skyba, Matthias Uhl und Hermann Wentker: Ist die DDR-Forschung wirklich in der Krise? In: Frankfurter Rundschau, 30. September 2003.
- 17 Vgl. dazu den bibliographischen, über 7700 seit 1990 erschienene Publikationen auflistenden, von Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach und Ulrich Mähler herausgegebenen Band: »Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung«, Paderborn 2003.
- 18 Thomas Schubert: Bericht über die 25. Wissenschaftliche Jahrestagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung vom 6.-8. März 2003, in: Rundbrief 51, Duisburg 17. Juni 2003, S. 8.
- 19 Vgl. Stefan Berger: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50/2002, S. 1016-1034.
- 20 Daß die Zeichen der Zeit erkannt worden sind, davon zeugt ein hauptsächlich von ostdeutschen Historikern getragenes, gezielt aber auch (nicht mehr institutionsgebundene) westdeutsche Historiker einbeziehendes, bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung angesiedeltes Projekt »Handbuch Deutsche Zeitgeschichte seit 1945«, das im Jahre 2005 im Karl Dietz Verlag Berlin erscheinen wird.

WANG LIYONG

## Chinas Außenpolitik im 21. Jahrhundert – wohin?

Seit dem Beginn der Politik der Offenen Tür Ende 1978 und insbesondere seit der umfassenden Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen 1992 haben sich in und mit China gewaltige Veränderungen vollzogen. Da stellt sich selbstverständlich die Frage: Ist die außenpolitische Strategie, von der sich China in der Vergangenheit hat leiten lassen, noch tauglich für die Herausforderungen der Zukunft? Und wenn nicht – welche neue Strategie soll entwickelt werden? Wie soll das Land auf die neue Weltsituation reagieren?

Es werden diese Fragen durchaus nicht nur im kleinen Kreis diskutiert. Es gibt sehr weitreichende Debatten und auch scharfen Streit darüber in großen Teilen der chinesischen Intelligenz. Ich will versuchen, ein paar dieser Diskussionsfelder zu umreißen.

Wang Liyong, Jg. 1975 – Dr., Absolvent des Instituts für Internationale Beziehungen der Peking-Universität, arbeitet jetzt im Chinesischen Zentrum für Forschungen zur modernen Welt in Peking; war von September 2003 bis Februar 2004 mit Forschungen zur Parteiendemokratie in Deutschland und speziell zur PDS Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der vorliegende Beitrag entstand exklusiv für UTOPIE kreativ.

*Soll man am Weltsystem teilhaben oder es herausfordern?*

Soll China ein Partner im Weltsystem sein, oder soll es dieses System als ein Opponent herausfordern? Das ist eine ganz zentrale Frage, die mit Grundwerten der Außenpolitik zu tun hat und alle Einzelaktionen beeinflusst.

In seiner jüngsten Geschichte ist das neue China, weil es über eine umfassende Erfahrung des Kampfes mit dem Kapitalismus verfügt, oft als eine Kraft der Herausforderung gegenüber der kapitalistischen Welt betrachtet worden. Und auch in der Zeit nach dem Kalten Krieg ist dieses Bild erhalten geblieben, denn China hat wiederholt dazu aufgerufen, eine politisch und wirtschaftlich neue Weltordnung zu schaffen – eine, die die gegenwärtige unfaire Weltordnung, die durch die kapitalistische Welt geprägt ist, ersetzt. Diese Aufrufe sind Ausdruck der Unzufriedenheit Chinas mit den gegenwärtigen Verhältnissen, sie zeigen, daß China mehr Gleichheit in der Weltordnung will.

Aber zur gleichen Zeit – und in dem Maße, wie es sich der Marktwirtschaft geöffnet hat – hat sich China stärker in das Weltsystem integriert als jemals zuvor. So ist es in der zweiten Hälfte der 90er Jahre »strategische Partnerschaften« mit den USA, mit Japan, mit Deutschland, mit Frankreich, mit England und mit anderen wichtigen westlichen Ländern eingegangen. Es mag ja sein, daß dieser Begriff der »strategischen Partnerschaft« in den jeweiligen bilateralen Beziehungen gar keine so bedeutende praktische Rolle spielt – aber was er politisch bedeutet, ist immerhin nichts Geringeres, als daß zum ersten Mal in der Geschichte China und fast alle wichtigen westlichen Ländern voneinander öffentlich sagen können: »Wir sind

Partner.« Darüber hinaus ist China im Jahre 1996 Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank geworden, und im Jahre 2001 vollzog China den historisch wichtigen Schritt des Beitritts zur Welthandelsorganisation (WTO). Das war ein Akt, der den Beifall sowohl der westlichen Welt wie auch großer Teile des chinesischen Volkes fand.

Ist es da ein Wunder, daß hier und da angenommen wird, daß Chinas Außenpolitik in dieser speziellen Übergangsphase durch einen ernsten Widerspruch gekennzeichnet ist? Auf der einen Seite lehnt das Land – ganz wie in alten Zeiten – das internationale politische und Wirtschaftssystem als unfair und ungleich ab, und auf der anderen Seite begibt es sich mit einer präzedenzlosen Geschwindigkeit und Intensität mitten hinein in dieses System und versucht sogar, eine aktive und wichtige Rolle in diesem System zu spielen. Was ist das anderes als ein Marschieren in zwei entgegengesetzte Richtungen? Die Debatten darüber sind sehr hitzig geworden.

Worum vor allem drehen sie sich? Die Fraktion der »Herausforderer« besteht auch weiterhin darauf, daß das alte Weltsystem so, wie wir es vor uns haben, ein unvernünftiges ist, bei dem China als ein an der Peripherie gelegenes Entwicklungsland nicht viel zu gewinnen hat. Chinas Anteil am großen Kuchen der Globalisierung – so sagen sie im Gegensatz zu manchem Optimisten – wird nur ein kleiner bleiben. Und sie bestehen außerdem darauf, daß China als großes unabhängiges Land mit eigener Geschichte und Kultur nicht einfach einem anderen System folgen darf. In der Summe ihrer Ansichten raten sie zu einem sehr zurückhaltenden Kurs. Keinesfalls solle sich China beeilen, Mitglied von regionalen und globalen Organisationen und Zusammenschlüssen zu werden.

Eine andere Fraktion meint, daß China das Weltsystem dialektisch betrachten solle. Zweifellos sei da auf der einen Seite ein System, das von den westlichen Ländern geschaffen wurde und dessen Regulationsmechanismen vor allem den westlichen Ländern zugute kämen. Aber auf der anderen Seite gebe es eben auch vernünftige Mechanismen wie die der Vereinten Nationen, aus denen zum Beispiel der Kernwaffensperrvertrag und viele andere Vereinbarungen erwachsen seien. Zudem müsse man die Dinge sehr praktisch sehen. Es sei nun einmal das existierende System, das die Welt in Bewegung halte, und es sei für China unmöglich, dieses System mit einer Art von Revolution zu überwinden. Wenn sich China wie früher abseits des Systems halte, werde es immer weiter an die Peripherie abgetrieben werden. Wenn es sich aber ins System einbette, werde es auf Grund seiner Größe und Bevölkerungszahl manchen Vorteil haben. Änderungen des Systems seien nur von innen heraus, nur durch ein Wirken innerhalb des Systems erreichbar. Deshalb sei es erforderlich, die Anstrengungen in Richtung der Mitwirkung in regionalen und weltweiten Organisationen und Zusammenschlüssen nicht etwa zu bremsen, sondern im Gegenteil weiter zu verstärken.

Es scheint, als gewinne diese zweite Fraktion in den gegenwärtigen Debatten die Oberhand. Und ist es denn nicht auch so, daß China im Ergebnis der Öffnung zur Marktwirtschaft gar keine andere Wahl hatte, als sich in die internationalen Prozesse hinein zu begeben? »Am Internationalen beteiligt sein!« ist zu einem wichtigen Slogan geworden.

Freilich bleibt die Aufgabe, zu klären, wie weit sie denn nun gehen soll – die Integration in das internationale System. Und welche konkreten Formen sie im globalen und im regionalen Rahmen annehmen soll. Zum Beispiel: Soll sich China stärker mit den Ländern Südostasiens zusammenschließen? Soll es mit Japan und Südkorea gemeinsam eine Freihandelszone errichten? Braucht China ein spezielles ostasiatisches Sicherheitssystem? Ist es notwendig, einen asiatischen Währungsfonds zu schaffen? Und im globalen Rahmen: Soll sich China der Gruppe der Acht annähern? Sollten Beziehungen zur NATO hergestellt werden (wenn die NATO noch existiert)? Wie kann China seine Beziehungen mit den internationalen Menschenrechtsorganisationen verbessern?

Und zu klären bleibt auch die Frage, welches beim Integrationsprozeß die richtigen Verhaltensformen sind. Es ist ganz gewiß nicht richtig, immer nur passiv zu sein, immer nur anderen zu folgen, immer nur »ja« zu sagen. Aber ebensowenig ist es wohl richtig, immer in kriegerischer Kampfhaltung auf einem »Nein« zu beharren. Und so sagen die Befürworter der Teilnahme am Weltsystem: Chinas Ziel ist es, mit dieser Teilnahme Gleichheit, Fairness und Gerechtigkeit des Weltsystems zu befördern und zugleich seine nationalen Interessen zu schützen. Gefragt sind Hartnäckigkeit und Festigkeit in der Formulierung und Beibehaltung der Standpunkte. China darf zu wichtigen internationalen Ereignissen nicht schweigen, seine Stimme in den internationalen Angelegenheiten muß lauter werden, aber alles muß in Konsultation mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft erfolgen und einen konstruktiven Charakter tragen.

#### *Amerika: Freund oder Feind?*

Auf dem Feld der bilateralen Beziehungen sind die chinesisch-amerikanischen Beziehungen besonders wichtig. Und zwar in dreifacher Hinsicht: erstens im Zusammenhang mit den Weltpoblemen von Frieden und Entwicklung; zweitens mit Blick auf die herausragende Bedeutung der USA für Chinas Modernisierung – als Markt, als Investor, als Lieferant von Technik und Technologie, Information und Management-Techniken; drittens wegen ihrer unleugbaren Bedeutung für Chinas Vereinigung (Taiwan-Frage) und nationale Sicherheit.

Aber was sollen die USA nun sein? Freund oder Feind? Auch in dieser Debatte schlagen die Wellen hoch. Die meisten chinesischen Analytiker dieser Frage meinen, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen seien eine »Nicht-Feind-nicht-Freund«-Beziehung. Aber innerhalb dieser Gemeinsamkeit gibt es doch erhebliche Abstufungen. Einige – insbesondere aus der älteren Generation – hegen, obwohl sie in den USA keinen direkten Feind sehen, doch anti-amerikanische Gefühle. Sie sehen die USA als einen Welthegemonen, und sie glauben nicht, daß ein solcher Hegemon einfach seinen Charakter ändern kann. Darum dürfe China nicht aufhören, gegen eine solche Art der Hegemonie zu kämpfen.

Andere wiederum plädieren auch hier für eine dialektische Sicht. Obwohl – sagen sie – das Verhalten der USA oft ein hegemonistisches ist, dürfe man nicht übersehen, daß sie bei der Gewährleistung



regionaler Sicherheit und der Unterstützung der Wirtschaftsentwicklung eine positive Rolle spielen. Sie räumen ein, daß sich die USA oft nicht konsultativ verhalten und daß das nicht akzeptabel ist, meinen aber auch, daß die Welt die USA braucht. Sie glauben, daß dann, wenn China die USA als Feind betrachtet, die USA in der Zukunft tatsächlich zu einem solchen Feind werden könnten, und das könne für China kaum als hilfreich betrachtet werden. In der Konsequenz all dessen plädieren diese Leute für eine positive Entwicklung der Beziehungen mit den USA.

Geht man ein wenig tiefer, merkt man, daß aber auch damit noch längst nicht alles gesagt ist. Was wird denn nun, zum Beispiel, mit Chinas anti-hegemonistischer Politik? In allen offiziellen schriftlichen Statements zur Außenpolitik nimmt der Anti-Hegemonismus einen vorderen Platz ein. Soll das so bleiben? Manche Analytiker weisen darauf hin, daß diese herausgehobene Rolle des Anti-Hegemonismus die chinesisch-amerikanischen Beziehungen belasten könnte und darum mit der Praxis dieser Beziehungen eigentlich unvereinbar sei.

Ein anderes Feld weiterer Fragestellungen ist die Politik der Multipolarisation. Sie ist nach dem Ende des Kalten Krieges entwickelt worden und beruht auf der Auffassung, daß Monopolstellungen einzelner für die Welt ungesund sind und die künftige Welt sich darum auf multipolare Strukturen gründen sollte. Die Befürworter glauben fest an die Richtigkeit dieser Politik und meinen, daß China auf ihrer Grundlage so mit Rußland, Deutschland und Frankreich zusammenarbeiten könnte, daß dem Unilateralismus der USA entgegengewirkt werden könnte. Die Gegner eines solchen Kurses machen geltend, daß sich die internationalen Strukturen objektiv entwickeln und man sie mit einer Politik der Multipolarisation kaum wirklich beeinflussen kann. Außerdem sei es nun nicht gerade überzeugend, wenn sich die Multipolarisation lediglich auf ein paar andere große Länder beziehe. Schließlich seien die USA eine so starke Supermacht und es seien von ihnen so viele Länder in hohem Maße abhängig, daß es schwer werden dürfte, für den Multipolarisations-Kurs genügend öffentliche Unterstützung zu erhalten.

Immer deutlicher wird die Frage gestellt, ob die »Nicht-Feind-nicht-Freund«-Linie, die in den 90er Jahren durchaus ihre Berechtigung hatte, für das 21. Jahrhundert noch taugt. Es müsse nun ein Weg eingeschlagen werden, auf dem die Partnerschaft in den Mittelpunkt rückt. China brauche keinen solchen Feind, und China habe keinerlei Bedarf daran, sich einen solchen Feind aufzubauen. Und offensichtlich gelte das gleiche ja auch für die USA. Ganz gewiß werde es Felder heftigen Konflikts zwischen beiden Ländern geben – aber diese Konflikte sollten kontrollierbar bleiben und partnerschaftlich gelöst werden.

### *Braucht China eine Erneuerung der chinesisch-japanischen Beziehungen?*

Im Jahre 2002 erregte ein Zeitungsartikel Aufmerksamkeit, der die Überschrift »In Sorge über die Emotionen des chinesischen und des japanischen Volkes« trug. Er enthielt den Vorschlag, die chinesisch-japanischen Beziehungen auf neue gedankliche Grundlagen zu stel-

len und nicht mehr ständig die Erinnerung an den Krieg zu betonen. Im Jahr darauf wurde dieser Vorschlag noch ausgebaut: China und Japan sollten einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen und ganz neu anfangen. China solle systematisch und in großen Schritten an die Verbesserung der Beziehungen mit Japan herangehen.

Die beiden Artikel wirkten wie Steine, die plötzlich in einen stillen Teich geworfen werden. Die Wellen schlugen hoch und erfaßten schon bald das ganze Gewässer, und es zeigte sich, daß der Teich nur an der Oberfläche still gewesen war. Heftige Kritik erhob sich. Und dennoch blieben die Befürworter der Artikel bei ihrer Meinung. China müsse, hieß es, Japan nüchtern und objektiv betrachten. Japan sei nun einmal die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt und eine der führenden Mächte auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technologie. Japans Bruttosozialprodukt mache mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts von ganz Asien aus. Und was das Militärische betreffe, so entwickle Japan zwar seine Streitkräfte in beträchtlichem Maße, und es sei nicht zu übersehen, daß es immer wieder auch Erscheinungen des Militarismus in der japanischen Politik gebe, aber nüchtern betrachtet sei die Möglichkeit, daß sich Japan erneut zu einem militaristischen und kriegstreiberischen Land entwickle, sehr gering. Die Anstrengungen, die Japan unternahme, um nach dem Krieg endlich als ein »normales« Land zu gelten, seien unübersehbar, und man müsse sich darauf einstellen, daß Japan schon bald auch politisch zu den führenden Mächten der Welt zählen werde.

Was die Haltung zum Zweiten Weltkrieg betrifft, so entwickeln die Befürworter eines Umdenkens folgende Position: Ja, es sei in der Tat so, daß Japan sich noch immer nicht zu seinen im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen bekannt hat, und man dürfe nicht vergessen, daß von japanischen Führern auch in jüngster Zeit in bezug auf die Vergangenheit oft Dinge getan werden, die die asiatischen Nachbarländer nur irritieren können. Aber wie will man aus der Sackgasse, in der die Behandlung dieser Fragen nun einmal steckt, heraus kommen? Wäre China nicht gut beraten, wenn es das Problem einfach einmal ruhen lasse – so lange, bis es wirklich neue Ideen gibt, wie man den gordischen Knoten zerschlagen könnte? Und könnte es nicht sein, daß dann, wenn man den Blick gemeinsam nach vorn richtet, der Boden dafür, solche neuen Ideen zu entwickeln, fruchtbarer wird?

Überhaupt – so argumentieren die Befürworter eines Umdenkens weiter – müsse man an die Entwicklung der bilateralen Beziehungen chinesischerseits positiver herangehen. Es gebe natürlich einen psychologischen Effekt, der darin bestehe, daß eine ständige Beschwörung der Vergangenheit es auch den japanischen Partnern schwer mache, den Blick in die Zukunft zu richten. Gute bilaterale Beziehungen brauchten eine ständige positive Interaktion. In beiden Ländern bestehe ein großes Bedürfnis an alltäglichen positiven Nachrichten über die Beziehungen mit dem Nachbarn – und nicht immer nur an Sensationen, die dann ohnehin keine langfristige und stabilisierende Wirkung entfalten.

Und schließlich müßte China seinen Nachbarn Japan in dessen internationaler Politik unterstützen. Das Bestreben Japans, von der nur

ökonomischen auch zur politischen Macht zu werden, sei legitim und verdiene die Unterstützung durch China – und zweifellos werde das positiv auf China zurückschlagen. Das sei ein »Gewinn-Gewinn«-Geschäft. Was spreche dagegen, daß sich China und Japan gemeinsam für die Bildung einer asiatischen Freihandelszone und die Schaffung eines asiatischen Währungsfonds einsetzen?

Aber so überzeugend diese Argumente auch klingen – sie finden in der Bevölkerung noch keinen großen Widerhall. Noch immer gibt es mehrheitlich die Auffassung, Japan sei ein leicht verletzliches Inselreich mit wenig Rohstoffen und einem begrenzten Markt, und als solches werde es sich auch auf längere Sicht immer nur in Abhängigkeit von den USA bewegen können und immer eine ausdrückliche Pro-USA-Strategie brauchen. Da bleibe nicht genug Raum für eine positive Entwicklung der Beziehungen mit China.

So stellt sich also die Frage, ob das wirklich so ist, daß China mit einem Land aus der Gefolgschaft der USA keine guten Beziehungen aufbauen kann? England gehört auch zur Gefolgschaft der USA, aber Deutschland und Frankreich haben dennoch gute Beziehungen mit diesem Land. Und wer sagt denn, daß es tatsächlich keine Freiräume für eine positive Entwicklung der chinesisch-japanischen Beziehungen gibt? China und Japan brauchen sich gegenseitig eigentlich in überaus starkem Maße. Und sie haben – nimmt man das 20. Jahrhundert einmal heraus – eine lange Geschichte gegenseitig vorteilhafter Beziehungen. Warum sollte da nicht eine neue Ära der guten Nachbarschaft beginnen können? Nicht nur für die beiden Länder selbst, auch für Asien und für die ganze Welt wäre eine stabile chinesisch-japanische Partnerschaft ein Segen. Sie könnte ein wichtiger Schritt sein auf dem Weg zu ausgewogeneren und demokratischeren Strukturen in der Welt.

### *Sollte China ein »Halb-Bündnis« mit Rußland eingehen?*

Es gibt nicht wenige chinesische Analytiker, die meinen, daß sich das internationale Umfeld für China seit dem Ende des Kalten Krieges verschlechtert hat. Erstens sei Rußland nicht mehr so stark, wie es früher die Sowjetunion war, und die USA seien sehr viel stärker als jedes andere Land der Welt, wodurch die Weltstruktur weit davon entfernt sei, ausbalanciert zu sein. Zweitens hätten die USA eine Reihe von Theorien und Grundsätzen entwickelt – etwa die vom »Ende der Geschichte«, vom »Krieg der Zivilisationen«, von der »Höherwertigkeit der Menschenrechte gegenüber der staatlichen Souveränität«, vom »neuen Interventionismus« oder von den »Schurkenstaaten« –, die am Ende zu nichts anderem dienten als zur Rechtfertigung ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer. Drittens hätten die USA ihre militärische Präsenz in der ganzen Welt immer weiter verstärkt und ihre Politik immer weiter militarisiert. In Europa hätten sie die NATO – anstatt sie aufzulösen – erweitert. Der Jugoslawien-Krieg, der Afghanistan-Krieg, der Irak-Krieg – sie alle seien Beweise dafür, daß die USA den Krieg als erlaubtes Mittel der Politik betrachten. Zudem habe es auch eine beträchtliche Verschlechterung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen gegeben. So hätten die USA 1999 die chinesische Botschaft in Belgrad bombardiert. Ein Jahr später habe ein Militärflug-

zeug der USA ein chinesisches Militärflugzeug über chinesischem Territorium – der Insel Hainan – beschossen. Dies alles habe schwerwiegende Folgen für die chinesische Haltung gegenüber den USA gehabt. Die anti-hegemonistischen Gefühle und Bestrebungen seien gestärkt worden. Und es gibt nun nicht wenige Wissenschaftler und Berater, die darauf drängen, daß sich China einen starken Verbündeten sucht.

Es ist klar, daß sich in einem solchen Falle der Blick zuerst auf Rußland richtet. Was sagen die Befürworter einer solchen Option? Obwohl Rußland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion rapide an Stärke verloren hat, sei es doch immer noch ein starkes Land, und die chinesisch-russischen Beziehungen hätten ein gutes Niveau. Darüber hinaus sei Rußland mit vielen Entscheidungen der USA ganz und gar nicht einverstanden. Es sei von den USA nicht in der erwarteten Weise respektiert worden und erhalte nicht die Hilfe, mit der man eigentlich gerechnet hatte. Rußland fühle sich betrogen und beschämt. Als großes Land sei es nicht bereit, eine Art Juniorpartner der USA zu werden. Es betreibe gegenwärtig eine »doppelköpfige Falkenpolitik« sowohl gegenüber dem Westen als auch gegenüber dem Osten.

Aber soll man unter solchen Umständen ein Bündnis eingehen? Die Mehrheit der chinesischen Analytiker verneint diese Frage. Als ersten Grund dafür geben sie an, daß ein solches Bündnis schlichtweg nicht notwendig sei. Obwohl die USA militärisch so stark expandiert seien, stellten sie doch keine Bedrohung für China dar, und so müsse man sich also auch nicht mit einem Bündnis schützen. Im Gegenteil: Man müsse ein solches Bündnis ablehnen, weil aus ihm eine Bedrohung des Weltfriedens erwachsen könne, wie sie jetzt gar nicht gegeben sei. Und zugleich müsse natürlich auch bedacht werden, welche negativen Wirkungen ein solches Bündnis für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen haben werde. Und der zweite Grund, den die Analytiker nennen, ist der, daß Rußland selbst an einem solchen Bündnis keinerlei Interesse hat, denn unter keinen Umständen, so heißt es, werde es eine Gefährdung seiner eigenen Beziehungen mit den USA riskieren.

Auf der Suche nach einem Mittelweg schlagen nun einige vor, man möge doch eine Strategie des »Halb-Bündnisses« entwickeln. Also eine »Fast-Freundschaft«, deutlich unterhalb eines Bündnisses. Eine solche Beziehung lasse Raum für eine moderate Unterstützung der chinesischen Anti-Hegemonie-Positionen, und sie könne, wenn es einmal zu einer direkten Bedrohung Chinas kommen sollte, zu einem Bündnis aufgewertet werden.

Natürlich stimmt es, daß Rußland einer der wichtigsten Akteure der Weltpolitik ist und daß es für China und Rußland äußerst bedeutsam ist, gute Beziehungen miteinander zu haben. Aber was bedeutet ein »Halb-Bündnis«? Das haben die betreffenden Analytiker bisher nicht deutlich gesagt. Und noch wichtiger erscheint die Frage danach, ob das Nachdenken über ein solches »Halb-Bündnis« überhaupt in die richtige Richtung geht. Braucht denn China überhaupt Bündnisse oder Halb-Bündnisse – also Beziehungen militärischen Beistandscharakters? Kann man sich denn vorstellen, daß ein anderes Land verrückt genug sein kann, China zu überfallen? China ist

militärisch stark, es verfügt über Atomwaffen, es kann sich selbst verteidigen – wenn es denn dazu gezwungen sein sollte. Aber das Nachdenken über Militärbündnisse führt insgesamt in die Sackgasse. Sie sind offensichtlich kein Weg zur Lösung des Problems, sondern das Problem selbst, sie sind kein Schutz vor Kriegen, sondern deren Ursache. Im 21. Jahrhundert brauchen wir keine Feinde – schon gar nicht militärische –, und so brauchen wir auch keine Bündnisse oder Halb-Bündnisse. Es sollte eine neue Sprache zur Konfliktlösung gefunden werden – mit Waffen jedenfalls wird man den Konflikten nicht beikommen.

#### *Wie sollen die Beziehungen Chinas mit der EU aussehen?*

Die Beziehungen zur EU sind ein Konsensthema. Die Analytiker sind sich weitgehend einig: Diese Beziehungen entwickeln sich gut. Es gibt keine geographischen Konflikte zwischen China und der EU, und es gibt auch keine anderen drastischen Spannungen. Zuweilen gibt es Differenzen hinsichtlich der einen oder anderen Idee, des einen oder anderen diplomatischen Schrittes, aber die gegebenen diplomatischen Kanäle reichen aus, um diese Differenzen unter Kontrolle zu halten. Ein gutes Beispiel dafür sind die Verhandlungen zwischen China und Deutschland zu Fragen des Rechts.

Die gemeinsamen ökonomischen Interessen bilden eine gute Grundlage für das gute gegenseitige Verständnis. Im Jahre 2003 erreichte der bilaterale Warenaustausch ein Volumen von 125 Milliarden Dollar. China ist der drittgrößte Handelspartner der EU, und die EU ist der drittgrößte Handelspartner Chinas. Mit der Erweiterung der EU bestehen durchaus Chancen, daß die EU auf den ersten Platz unter den Handelspartnern Chinas aufrückt. Was die Politik betrifft, so gibt es Übereinstimmung dahingehend, daß der Pluralismus und der Multilateralismus in den internationalen Strukturen gestärkt werden müssen. Und Übereinstimmung besteht auch darin, daß im internationalen Geschehen beide Seiten füreinander nützlich sein können. China möchte, daß die EU eine größere politische Rolle in der Welt spielt, und die EU hält ein starkes China ebenfalls als nützlich für die ganze Welt. Sie sprechen eine vergleichbare Sprache: Beide wollen, daß die Welt nicht von einem einzigen Land dominiert wird. Beide sind gegen Unilateralismus und gegen Krieg. Beide wissen, daß sie ihre Vorstellungen nur durch politische Zusammenarbeit und nur durch eine gemeinsame Entwicklung ihrer Standpunkte durchsetzen können.

Für China bleibt natürlich die Frage, wie es mit einer an wirtschaftlicher und politischer Bedeutung zunehmenden EU engere Beziehungen entwickeln kann, ohne zugleich die Beziehungen mit den USA zu gefährden. Wenn die EU eines Tages so mächtig sein wird wie die USA und zwischen den USA und der EU Spannungen bestehen – wie soll sich China verhalten? Und wem von beiden – der EU oder den USA – soll China ein Freund sein?

Dies ist keineswegs eine abseitige oder fern liegende Frage. Unübersehbar ist gerade in diesen Monaten, wie sich im Gefolge des amerikanischen Unilateralismus anti-amerikanische Haltungen ausprägen. Aber China kann es sich nicht leisten, für eine Freundschaft auf der einen Seite mit dem Preis einer Feindschaft auf der anderen

Seite zu zahlen. Wenn es zu solch einer Situation kommen sollte – daß es einen Freund und zugleich einen Feind gewinnt –, wird China rapide an außenpolitischem Spielraum verlieren. Und so kann das Ziel nur lauten, die USA und die EU gleichermaßen als Freund zu betrachten und entsprechende Beziehungen zu pflegen.

Die EU ist für China aber auch aus anderen Gründen interessant. Das europäische Entwicklungsmodell vermittelt viele Lehren. Verglichen mit anderen kapitalistischen Ländern, gibt es in den westeuropäischen Staaten eine lange Tradition sozialistischen Gedankenguts. In diesen Ländern gibt es mehr Gleichheit als anderswo, den Fragen der Kultur und des Umweltschutzes wird mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Das alles ist für China sehr bedeutsam – steht das Land angesichts der raschen Entwicklung seiner Wirtschaft doch vor der komplizierten Aufgabe, die Kluft zwischen Arm und Reich zu mildern, eine bessere soziale Wohlfahrt zu garantieren, moralischen Werten stärkere Geltung zu verleihen und etwas gegen die gewaltige Umweltverschmutzung zu tun. Das sind Felder, auf denen die Erfahrungen der EU von großem Wert für China sind.

Chinas Außenpolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts – das ist eine Außenpolitik, die in China selbst öffentlich diskutiert wird wie nur selten zuvor. Es ist ein großer Umbruch im Gange – wohin wird er führen?

Aus dem Englischen übersetzt von WOLFRAM ADOLPHI

ZHANG MINJIE

# Arbeitsmigration in China

Eine der Besonderheiten in Chinas lang etablierter Kultur bestand in einer »ungleichen und differenzierten Struktur«, in der jede Einzelperson oder Gruppe eine festgelegte Position hatte: eine angeborene, vererbte und nicht von Konkurrenz geprägte Position. Nach der Gründung der Volksrepublik China im Oktober 1949 wurde an dieser Tradition nicht nur nichts geändert, sondern sie wurde sogar noch verstärkt: Auch die Städte wurden nun komplett in dieses System eingebaut. Eine Stadthierarchie wurde geschaffen, die durch die Kombination von mehrschichtiger Verwaltung und ungleichen, im Ergebnis zentralistischer Entscheidungen zustande gekommenen injektionsartigen Investitionen geprägt war. Die Regierung führte 1955 eine strenge Haushaltsmeldepflicht ein. Damit wurde die Arbeitsmigration durch die zentrale Regierung stark kontrolliert, und es gab nur eine geringe Migration der Landarbeiter von ländlichen in städtische Regionen.

In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts trat China in das Zeitalter der Globalisierung ein. Im Dezember 2001 wurde China Mitglied der Welthandelsorganisation WTO – ein Ereignis, das in der chinesischen und westlichen Presse gleichermaßen als Gewinn für beide Seiten gepriesen wurde. Zu bedenken ist jedoch, daß die damit verbundenen Wirtschaftsreformen nicht nur ökonomische Veränderung bedeuten, sondern zugleich mit ungeheuren Veränderungen in den sozialen Strukturen einhergehen. Einerseits führte die Entkollektivierung zu einer Auflösung der Volkskommunen und der massenhaften Entwicklung privater Landwirtschaftsbetriebe. Andererseits bewirkte die Wiedereinführung des Marktes eine wachsende Kommerzialisierung des gesamten Lebens und – die Ausprägung einer gewaltigen Arbeitsmigration.

Ist Arbeitsmigration nun überhaupt etwas völlig Neues für die Volksrepublik China? Nein, etwas völlig Neues ist sie nicht. Aber neu ist sie in der Form und in der Dimension, in der sie sich jetzt vollzieht. Um dies verständlich machen zu können, empfiehlt sich ein Blick auf vier voneinander unterscheidbare Etappen der Entwicklung der Arbeitsmigration seit 1950.

*Erste Periode vom Beginn der 1950er bis Mitte der 1950er Jahre:  
Die Land-Stadt-Migration unterstützt die Erholung Chinas  
von den Nachkriegsfolgen*

Mit dem Wiederaufbau und der Entfaltung einer Wirtschaft nach dem Vorbild der ehemaligen Sowjetunion – gekennzeichnet durch

Zhang Minjie, Professor an der Handelsuniversität in Hangzhou.

Der Text folgt dem englischen Manuskript, aus dem der Autor auf der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH) in Linz/Österreich im September 2003 vorgetragen und das er dann der Redaktion »UTOPIE kreativ« zur Verfügung gestellt hat.

eine schnelle Entwicklung der Schwerindustrie – kamen viele Bauern in die Stadt, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die städtische Bevölkerung wuchs rasch an: von 10,6 % im Jahre 1949 auf 15,4 % im Jahre 1957. Der Höhepunkt des Bedarfs an Arbeitskräften wurde 1958 beim von Mao Zedong inszenierten »Großen Sprung nach vorn« erreicht. 20 Millionen Bauern strömten in die Städte, um Stahlarbeiter zu werden.<sup>1</sup> Allerdings übertraf dieser Zustrom schon bald den eigentlichen Bedarf und auch die Aufnahmefähigkeit der Städte. 1961 sah sich die Regierung zum Umsteuern gezwungen. Nun wurde die Zahl der Arbeiter in der Industrie reduziert, und die Einwohnerzahl in den Städten und großen Gemeinden wurde ebenfalls verringert. Viele Migranten wurden gezwungen, wieder in ihre ursprüngliche Heimat zurückzukehren.<sup>2</sup> Damit wurde ein Verfassungsrecht ausgehebelt: In der Verfassung von 1954 war allen Einwohnern Chinas die Freiheit der Migration garantiert worden, nun hatte sie sich als unvereinbar mit sozialen Kontrollstrukturen erwiesen, und das Grundrecht auf Migration wurde später aus der Verfassung gestrichen.

1 She Weihong: Migrant Population in Contemporary China, Southern Weekend, November 1998.

2 Wu Zhen: Migration Policy: From Restriction to Regulation, China Population Today, Beijing, December 1996.

*Zweite Periode von Mitte der fünfziger Jahre an:*

*Chinas dualistische Stadt-Land-Struktur und die Meldepflicht*

Seit Mitte der 1950er Jahre waren die chinesischen Bürger durch das System *hukou* (Meldepflicht) auf einen permanenten, ständigen Wohnsitz festgelegt. Dieses System teilte die chinesischen Bürger in zwei Kategorien: in Haushalte, die in ländlichen Gegenden gemeldet sind, und in Haushalte in den Städten. Jeder Staatsbürger hatte von Geburt an einen *hukou*-Status – nämlich den der Eltern. Das bedeutete, daß die Kinder eines in der Stadt wohnhaften Bürgers immer Stadtbürger waren, während Bauernkinder immer nur Bauern sein konnten.

Seit den 60er Jahren war die Trennung zwischen Stadt- und Landentwicklung noch schärfer geworden. Infolge der Meldepflicht wurden Arbeiter in Landarbeiter oder Nicht-Landarbeiter aufgeteilt. Die Landarbeiter waren dem Ackerland zugewiesen und hatten keine Gelegenheit, in die Städte zu ziehen – es sei denn, sie konnten sich auf eine Bewilligung durch die kommunalen Sicherheitsbehörden berufen. Ohne eine solche hatten sie keinen Anspruch auf gesetzliche Leistungen, z. B. medizinische Versorgung, Versicherung, Rente oder Bildung. Ohne Stadt-*hukou* konnte man in der Stadt keine Arbeit finden oder sich dort niederlassen, und nur durch den Besuch einer Universität oder eine andere staatlich kontrollierte Form des Wechsels vom Land in die Stadt gewann man die Möglichkeit, auch den *hukou*-Status zu ändern. Umzüge wurden streng kontrolliert, die Privilegien der Nicht-Landarbeiter bei der Arbeitsfindung, dem Zugang zu Wohnungen in der Stadt, bei der kostenlosen Krankenversorgung und bei der Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs wurden geschützt. Das Meldesystem hatte eine janusköpfige Wirkung: Einerseits bewahrte es China vor Migrationsproblemen, wie sie in anderen Entwicklungsländern auftraten, andererseits verursachte es aber über dreißig Jahre lang zugleich eine tiefe Trennung zwischen Stadt und Land.



*Dritte Periode von 1978 bis 1987:**Lockerung der strengen Kontrolle über die Arbeitsmobilität*

Von 1978 bis 1987 wurde im Rahmen der Wirtschaftsreformen die strenge Kontrolle über die Arbeitsmobilität gelockert. Seit Ende der 70er Jahre wurde die Wirtschaft Chinas von einer geplanten Wirtschaft zur Marktwirtschaft umgebaut, und dies zog dramatische Veränderungen in allen Lebensbereichen nach sich. Das Meldesystem blieb von den Veränderungen jedoch noch lange unberührt.

Erst Mitte der 80er Jahre wurde der Druck so groß, daß die Regierung Veränderungen einleiten mußte. Zunächst bildeten Stadt und Land noch immer zwei strikt voneinander getrennte Systeme. Anfang der 80er Jahre führte die Regierung das System der Haushaltsproduktionsverträge in der Landwirtschaft ein. Durch eine Verlagerung des Schwerpunktes der Landarbeit auf die Getreideproduktion und eine gleichzeitige Orientierung auf diversifizierte Wirtschaftsformen in der Landwirtschaft wurde die agrarwirtschaftliche Produktion stark angekurbelt. Da jedoch der Umfang des zur Verfügung stehenden Ackerlandes nur begrenzt war, entstand auf dem Land eine große Zahl an »überflüssigen« Arbeitskräften. Von 1983 an – parallel zu einem neuen Schritt der Marktöffnung – machten sich daher erste Gruppen von Landarbeitern auf den Weg in die Stadt, und die Behörden erlaubten den Landbewohnern, in die Marktstädte zu ziehen – allerdings noch ohne die Erlaubnis, auch ihren *hukou*-Status zu ändern. Dennoch markierte dieses Jahr einen wichtigen Wendepunkt für die Migrationsflut vom Land zur Stadt in den folgenden Jahren.

Ein nachsichtigeres Gesetz entstand Ende 1984. Mit diesem gab der Staat nun den Landarbeitern die Möglichkeit, einen neuen Nicht-Land-*hukou*-Status zu erhalten. Es war dies – wie in den Migrationsfragen auch späterhin – wohl eher eine Reaktion auf bereits geschaffene Tatsachen denn Ausdruck des Willens, den Bauern eine Lizenz für die Migration zu erteilen.

Im Juli 1985 machte ein neues Dokument – das »vorläufige Gesetz für die Verwaltung der Bevölkerung, die vorübergehend in der Stadt wohnt« – den Versuch des Ministeriums für öffentliche Sicherheit sichtbar, die Kontrolle über die Wanderarbeiter zu sichern. Die größte Bedeutung dieser Maßnahme lag aber vielleicht in der impliziten Bestätigung, daß das Einströmen der Bauern in die Städte eine Tatsache war.

Das Gesetz, auch wenn es der Kontrolle diente, legitimierte die unbefristete Gegenwart der Bauern in Städten aller Größen. Es schuf eine Kategorie von Bauern, deren Arbeit einen Aufenthalt von drei Monaten oder länger in der Stadt erforderte, und gab ihnen ein Zertifikat, die »Karte für Bewohner, die mit anderen wohnen«.

Eine weitere große Veränderung wurde der zusätzliche Personalausweis, der von der Regierung Mitte der 80er Jahre eingeführt wurde, um die Kontrolle über die Anmeldung der Haushalte zu stärken. Der Personalausweis wurde am 15. September 1989 für die gesamte ländliche und städtische Bevölkerung im Alter von über sechzehn Jahren obligatorisch.

*Vierte Periode von 1987 bis heute: Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt der Städte und Erlaubnis für die Landarbeiter, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen*

Im Jahre 1988 demonstrierte das Ministerium für Arbeit, daß es die Abwanderung vom Land akzeptierte – diesmal mit einer Empfehlung an Regionen mit verarmten Bevölkerungen, ihre Arbeitskraft zu exportieren. Wie bei vorherigen Reformankündigungen bestätigte sie auch in diesem Falle nur einen bereits sich vollziehenden Vorgang, der durch die Kräfte des Marktes in Gang gesetzt worden war.

Im Verlaufe eines Jahrzehnts – von 1978 bis 1987 – erhielten auf legale Weise mehr als 10 Millionen Landbewohner Jobs in der Stadt. Die Zahl derer, die ihre Arbeit nicht gemeldet hatten, lag aber zweifellos viel höher. Die vierte Nationale Volkszählung im Jahre 1990 bezifferte die Bevölkerung Chinas mit 1,13 Milliarden. Die Daten zu den Wanderarbeitern zeigen, daß der Anteil der in Fabriken und auf dem Bau angestellten Migranten im Zeitraum von 1987 bis 1990 von 9 % auf 24 % stieg. Es kann jedoch nicht exakt nachgewiesen werden, wie viele Wanderarbeiter von den Städten aufgenommen worden sind. Dem »Grünbuch zur Arbeit im ländlichen und städtischen China« zufolge gab es 1990 in China 31,24 Millionen Wanderarbeiter, 1995 83,93 Millionen und im Jahre 2002 100 Millionen.<sup>3</sup>

Auch andere Zahlen verdeutlichen, in welchem raschem Maße sich in den vergangenen Jahren das Bild bei der Arbeitsmigration verändert hat – und wie diese Migration zu einem Faktor des wirtschaftlichen Aufschwungs geworden ist. Von den 50er bis in die späten 70er Jahre hinein betrug die Zahl der Land-Stadt-Migranten insgesamt nur 48,7 Millionen Menschen. In dieser Zeit entwickelten sich die Städte nur langsam; die Bevölkerung in den Städten wuchs nur von einem Anteil von 12,5 % an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1952 auf einen Anteil von 17,9 % im Jahre 1978. Von 1979 bis 1993 hingegen betrug die Anzahl der Land-Stadt-Migranten schon 85 Millionen, der Anteil der Stadtbevölkerung stieg bis 1993 auf 27,6 % der Gesamtbevölkerung.<sup>4</sup>

Umgedreht nahm der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung geradezu rasant ab: von 1977 bis 1994 um 16 %.<sup>5</sup>

Wie organisiert vollzog sich dieser Wanderungsprozeß? Laut einer Umfrage von 2001 gibt es nur einen geringen Organisationsgrad. Nur 15 % der Befragten gaben an, daß ihre Migration durch das Arbeitsministerium organisiert worden ist bzw. daß sie durch Unternehmen direkt angeworben wurden. 52 % der Befragten hingegen waren Verwandten oder Bekannten in die Städte gefolgt, 28,5 % hatten sich auf gut Glück und eigene Faust in Richtung Stadt in Marsch gesetzt, die restlichen 4,5 % hatte es eher zufällig in die Städte getrieben. Man kann also bei der heutigen Arbeitsmigration von einem hohen Maß an Spontaneität sprechen.<sup>6</sup>

Dies ist ein deutlicher Unterschied zum Beginn der Reformperiode Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre. Damals war ein Umzug in die Stadt nur auf der Grundlage eines Vertrages zwischen den ländlichen Einheiten und staatlichen Unternehmen in der Stadt möglich. Dennoch führten auch diese Verträge, indem sie sich auf eine Beschäftigung als Saisonarbeiter oder auf eine Nebenerwerbsarbeit

3 Cai Feng (Ed.): Green Book of Population and Labour 2002, Social Sciences Documentation Publishing House, 2002, p. 212.

4 Wei Jinsheng: Rural Population Movement in China, China Population Today, Beijing, April 1996.

5 Li Jiang et al.: Report on Economic Problems in China, Beijing, Economic Daily Press, November 1998.

6 Rural Economic Research Centre of the Ministry of Agriculture: Migration Dimension and Range of Rural Labour Continue to Grow, Beijing, Economic Daily, Column 10, June 7, 2001.

in der Stadt bezogen, schon zu teilweise sehr beachtlichen Migrationszahlen und Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur in den Städten. Mitte der 80er Jahre erreichte die Anzahl der Landarbeiter, die auf diese Weise von staatlichen Baufirmen angestellt wurden, landesweit schon fast ein Drittel der Festangestellten. Ein beeindruckendes Beispiel ist die Entwicklung in der Stadt und Region Wenzhou in der dicht besiedelten, ans Meer grenzenden ostchinesischen Provinz Zhejiang. 1980 wurden dort nur noch 570 000 der eigentlich verfügbaren 2,6 Millionen ländlichen Arbeitskräfte benötigt, um die kultivierbaren Ackerflächen zu bebauen. Bis Ende 1998 sind von privaten Unternehmen in den Städten drei Viertel dieser zur Verfügung stehenden überschüssigen Arbeitskraft aufgesogen worden. 700 000 Familien – also rund 1,6 Millionen Menschen – verließen ihren Wohnsitz, um an anderer Stelle eine Arbeit aufzunehmen. Damit hatten sich 20 Prozent der Gesamtbevölkerung der Region auf Wanderschaft begeben.<sup>7</sup>

Obgleich man eine Fülle positiver Wirkungen der Migration für den wirtschaftlichen Aufschwung konstatieren kann, bleiben die Probleme beträchtlich. Trotz der beschriebenen gesetzlichen Erleichterungen für die Migration bleibt der Status der Wanderarbeiter aus den ländlichen Regionen in den Städten unsicher. Der geringe Bildungsgrad der großen Mehrzahl der Bauern und ungelernten Landarbeiter tut ein Übriges: Nach der weiten Reise und dem teuren Umzug geraten sie in ein ihnen unbekanntes Umfeld, sie nehmen eine ihnen unbekannt Arbeit auf, und so werden einige rasch wieder arbeitslos und viele müssen sich mit schlechteren Lebens- und Arbeitsbedingungen als ihre schon lange in der Stadt lebenden Kollegen abfinden. 72 % der Wanderarbeiter – so ergibt eine landesweite Erhebung – arbeiten sechs oder gar sieben Tage in der Woche, die meisten ortsansässigen Arbeiter hingegen fünf Tage in der Woche.<sup>8</sup> Obwohl das Einkommen der Wanderarbeiter an ihren neuen Arbeitsorten tendenziell etwas höher ist als in ihrer Heimat, ist ihr durchschnittliches Einkommen niedrig, und sie haben auch keinen Anspruch auf Versicherungsleistungen. Einige werden durch ihre Arbeitgeber ausgenutzt, einige haben mit Belästigungen durch lokale Behörden zu tun. Die Stadtbewohner sind auf die Arbeit der Wanderarbeiter vom Land angewiesen, sind aber oft nicht willens, sie in den Stadtregionen zu akzeptieren.

Der Volkswirtschaftler Zhang Wuchang stellte schon Ende der 80er Jahre fest: »Vorsichtigen Prognosen zufolge werden 30 bis 40 Millionen Menschen vom Land in die Stadt ziehen müssen, wenn China in den nächsten zwei Jahrzehnten gute wirtschaftliche Leistungen erbringen will.« Er nannte diesen notwendigen Wanderungsprozeß »Große Migration«. Und er fügte hinzu: »Statt dieser Wanderung der Menschen die industrielle Produktion auf dem Lande zu steigern kann keine Alternative sein, da die Kosten dafür zu hoch wären.« Aus all dem zog er den Schluß, daß die Behörden den Weg zu einer Regulierung der Migration durch den Markt freigeben sollten. Erst dann könne sie ihre ganze wirtschaftliche Kraft entfalten.<sup>9</sup>

Ich stimme dieser Prognose völlig zu. Der Zeitpunkt für diese »Große Migration« ist erreicht. Hindernisse des Systems, die die

7 Lin Qionghui: Economic Development of Wenzhou and the Floating Business Army, Journal of Wenzhou Teachers College, Vol. 20, No. 1, Februar 1999.

8 Wu Yaowu: China's Migrate Labour Force, Chinese Academy of Social Sciences Review, Beijing, August 21, 2003.

9 Zhang Wuchang: The Future of China, Daily Post Co. Ltd., Hongkong 1996 (10th Ed.), pp. 33, 38.

10 Cai Feng (Ed.): Green Book of Population and Labour 2002, a. a. O., pp. 212-213.

Bauern davon abgehalten haben, in den Städten zu arbeiten, sind allmählich verschwunden. Die Migration ländlicher Arbeitskräfte ist in eine neue Phase eingetreten. Es ist damit zu rechnen, daß bis zu 50 Prozent der ländlichen Bevölkerung in die Städte wandern werden.<sup>10</sup>

Allerdings erweist sich die wachsende Arbeitslosigkeit als drängendes soziales Problem. Wenn die Gesamtzahl der auf dem Lande überflüssig werdenden Landarbeiter in den nächsten 10 Jahren auf – wie erwartet wird – 250 bis 270 Millionen steigt, wird die Arbeitsmigration das Land vor völlig neue Probleme stellen.

Man schätzt, daß der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) dem Land ein zusätzliches Prozent jährlichen Wachstums bringen wird. Allerdings wird sich auch die internationale Konkurrenz verschärfen. Es müssen für alle Einzelunternehmen und Personen faire Bedingungen geschaffen werden, damit sie sich den wachsenden Herausforderungen stellen können.

Aus dem Englischen übersetzt von KAREN TIEDTKE  
und WOLFRAM ADOLPHI

AXEL RÜDIGER

## Globalisierung: Ist Politik noch möglich?

Aus dem sympathischen Motto der Friedens- und Umweltbewegung der 80er Jahre »Global denken, lokal handeln« ist mittlerweile ein ganzes Set von verschiedenen Globalisierungsdiskursen hervorgegangen, in denen die ursprünglich einmal artikulierten Inhalte jedoch kaum noch wiederzuerkennen sind. Das fällt insbesondere dann auf, wenn die wieder zahlreicher werdenden politischen Demonstranten im öffentlichen Raum als »Globalisierungsgegner« oder als »Anti-Globalisierungsbewegung« bezeichnet werden. Konnte das alte Motto noch als verantwortungsethischer Appell an die institutionalisierte Politik zur Bewahrung der Welt verstanden werden, so hat sich diese Politik wohl mittlerweile auf eigene Weise des Globalisierungsbegriffs bemächtigt. Hier bezeichnet er nun vielmehr eine Zäsur im Verhältnis von Ökonomie und Politik, nach welcher die Handlungsfähigkeit der Politik von einem ausschließlich ökonomisch und extern bestimmten *Realitätsprinzip* definiert wird. »Wir würden ja gerne eine andere Politik machen« – so der monoton reproduzierte Grundtenor –, »aber leider zwingt uns die Globalisierung, der Realität in die Augen zu blicken«.

Doch nicht nur die institutionalisierten politischen Akteure, sondern auch die neuerdings geradezu aus dem Boden schießenden Kommissionen zur wissenschaftlichen Politikberatung, welche die ständig anwachsenden gestaltungspolitischen Defizite der parlamentarischen Regierung auffangen sollen, und selbst die großen Kongreß-Debatten der organisierten Politikwissenschaft kolportieren diesen Realitätsverlust der Politik gegenüber der Ökonomie. Globalisierung sei demnach eine »gewachsene grenzüberschreitende Mobilität privater wirtschaftlicher Aktivitäten und der daraus folgende höhere Anteil transnationalen Wirtschaftens am gesamten Sozialprodukt«, welche »nationale Regierungen unter Druck setzt, ihre Politik den Gewinnerwartungen globaler Märkte anzupassen, um mobile Ressourcen im Lande zu halten bzw. neue anzuziehen.«<sup>1</sup>

Die politische Dimension der Globalisierung reduziert sich also auf eine Standortlogik. Der Topos der Globalisierung referiert solchermassen auf eine unhintergehbare ökonomische Rahmenbedingung, die der Regierungspolitik wohl oder übel einen bestimmten Politikstil aufzwingt. Dabei tritt die Globalisierung bezeichnenderweise in der Metaphorik einer Naturgewalt auf, die der Politik äußerlich bleibt, so daß politische Alternativen von vornherein dem ökonomisch interpretierten Natur- bzw. Realitätsprinzip unterliegen. Dieses ökonomistische Realitätsprinzip beruht dabei auf einem mechanischen Verständ-

Axel Rüdiger – Jg. 1964; Dr. phil.; Studium der Geschichtswissenschaft, der Politischen Ökonomie und der Pädagogik; Forschungsstudium am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle/Saale; 1994-1998 wiss. Mitarbeiter am Interdisziplinären Zentrum für die Erforschung der Europäischen Aufklärung in Halle; 1999 Dr. phil. mit einer Dissertation über die Geschichte der halleischen Staatswissenschaft im 18. Jh., 1999-2002 wiss. Mitarbeiter, seither wiss. Assistent am Institut für Politikwissenschaft, Lehrstuhl für politische Theorie und Ideengeschichte der Universität Halle/Saale; Studienaufenthalte an der University of Essex; Mitarbeit am International Ideology and Discourse Analysis Network.

1 Stefan A. Schirm: Wie Globalisierung nationale Regierungen stärkt. Zur politischen Ökonomie staatlicher Antworten auf Globalisierung, in: Christine Landfried (Hg.): Politik in einer entgrenzten Welt. 21. wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Köln 2001, S. 133-149; hier S. 133 f.

2 Zum problematischen Verhältnis zwischen Politik und Politikwissenschaft aus erkenntnistheoretischer wie ideengeschichtlicher Hinsicht vgl. Axel Rüdiger: Die Utopie der Politikwissenschaft, in: Walter Reese-Schäfer, Martin Kühnel, Axel Rüdiger (Hg.): Modell und Wirklichkeit. Anspruch und Wirkung politischen Denkens. Festschrift für Richard Saage zum 60. Geburtstag, Halle 2000, S. 99-117.

3 Signifikant für diese Diskussion sind die Beiträge in: Richard Saage/Gunnar Berg (Hg.): Zwischen Triumph und Krise. Zum Zustand der liberalen Demokratie nach dem Zusammenbruch der Diktaturen in Osteuropa, Opladen 1998.

nis von Politik- und Machtprozessen, das sich innerhalb der physikalischen Kausalität von Druck und Stoß bewegt.

Gegen diese eindimensionale Interpretation von Globalisierung und Politik läßt sich jedoch eine Wissenschaftsperspektive geltend machen, die sich nicht darauf beschränkt, die empirische Perspektive institutionalisierter Politikakteure lediglich abzubilden und gegebenenfalls zu systematisieren, sondern darüber hinaus auch deren praktische Handlungssituation reflexiv zu erfassen trachtet.<sup>2</sup> Dann lassen sich in dem als Globalisierung bezeichneten Prozeß mindestens drei zentrale Trends feststellen:

1. Die Tendenz zur ökonomischen Liberalisierung, die sich seit den 80er Jahren – ursprünglich vom Erfolg neokonservativer Politikmodelle in den USA und Großbritannien unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher ausgehend – entwickelte und insbesondere nach dem Zerfall des Ostblocks von einem speziellen Politikstil zu einem universalen und global wirksamen Konzept geworden ist. Mit dem Wegfall der durch die Blockkonfrontation gegebenen administrativen Beschränkungen konstituierten sich freie Kapitalmärkte auf einer neuen Dimension, in denen multinationale Unternehmen über ehemalige Grenzen hinweg auf der Suche nach billiger Arbeitskraft und niedrigen Steuern ungehindert ihren Geschäften nachgehen. Anders als noch im 19. Jahrhundert steht hierbei jedoch der Massenkonsum und nicht mehr die Produktion von Industriegütern im Zentrum der ökonomischen Dynamik.

2. Die Tendenz zur globalen Akzeptanz der liberalen Demokratie als allgemeines Muster politischer Ordnung mitsamt ihren symbolischen Einsätzen: dem Eintreten für die Menschenrechte, den Umweltschutz und den Universalismus usw. Gleichzeitig wird die liberale Demokratie intern jedoch mit Krisenphänomenen konfrontiert, die sich in der zunehmenden Unmöglichkeit einer effektiven politischen und juristischen Regulierung der Gesellschaft äußern.<sup>3</sup> Hintergrund hierfür ist nicht zuletzt die Tatsache, daß der Staat als lokaler politischer Akteur einen Großteil seiner politischen Autorität gegenüber dem global agierenden Kapital eingebüßt hat.

3. Schließlich die Tendenz zur Universalisierung der westlichen Kultur zu einer global wirksamen symbolischen Matrix, welche durch die Entstehung und Konzentration der Medien- und Kulturindustrie sowie die weltweite Verbreitung neuer Kommunikationstechnologien befördert wird. Diese drei sich sowohl ergänzenden als auch widersprechenden Tendenzen bilden zusammengenommen eine strategische Situation, die weder einem eindeutigen Realitätsprinzip unterliegt noch sich im Sinne eines einzig möglichen Ausweges politisch eindeutig entscheiden ließe. Vielmehr ist sie politisch prinzipiell offen.

Ich werde in der Folge daher der Frage nachgehen, weshalb der ökonomistische Globalisierungsdiskurs mit seiner Referenz auf politische Alternativlosigkeit trotz dieser prinzipiellen situativen Offenheit einen so hegemonialen Status innerhalb von Politik und Gesellschaft einnehmen kann. Dabei werde ich die ökonomistische Perspektive in die Genese des modernen Staats- und Politikdiskurses einbetten, um Kontinuitäten und Diskontinuitäten aufzuspüren, die den reduktionistischen Globalisierungsdiskurs mit dem modernen

Staatsdiskurs verbinden oder trennen. Abschließend werde ich alternative Theorieansätze vorstellen, die mit der bloßen Selbstbeschreibung der Politik innerhalb der politischen Theorie brechen und dadurch den Blick auf den praktischen Sinn politischer Prozesse ermöglichen.

*Die politische Realität der Moderne  
zwischen Ökonomie und Sozialphysik*

Ist es nicht so, daß das politische Selbstbild der Moderne schon immer ein Realitätsprinzip beinhaltet, das alternativlose politische Entscheidungen erzwingt und sich gerade deshalb durch eine eigentümliche Distanz zu den symbolischen Sinngebungs- und Interpretationspraktiken auszeichnet? Konstitutiv für Politik und Gesellschaft sind solche symbolischen Praktiken demnach ausschließlich für traditionale Gesellschaften. Es ist daher gerade die Abgrenzung vom Symbolismus der Tradition, worüber sich die moderne Gesellschaft definiert. Aus diesem Grunde ist der Begriff der Modernisierung als Säkularisierung, Entzauberung, Rationalisierung und Entideologisierung gedeutet worden. Die symbolische Dimension von Politik und Gesellschaft erscheint daher ausschließlich als vormodernes – und das heißt nicht zuletzt auch: – ein primitives Phänomen.

Übereinstimmung hierüber läßt sich bemerkenswerterweise in ganz unterschiedlichen politischen Begründungsansätzen des modernen Denkens finden. So werden bei Marx und Engels die »religiösen und politischen Illusionen« bezeichnenderweise mit dem Machtantritt der Bourgeoisie im »eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt«. <sup>4</sup> Die bürgerliche Gesellschaft läßt nach dem Befund von Marx und Engels »kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig (...) als das nackte Interesse, als die gefühllose »bare Zahlung««. <sup>5</sup> Als modernisierendes Subjekt muß die Bourgeoisie die Wirklichkeit des Menschen im *homo oeconomicus* enthüllen, indem sie die kulturelle Wahrnehmung der sozialen Realität revolutioniert: »Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.« <sup>6</sup>

Während Marx das Proletariat durch die Rationalisierungsleistung der Bourgeoisie zur unsentimentalen Einsicht in seine sozio-ökonomische Lage gezwungen sah, wodurch es nicht nur zur interessen geleiteten Politisierung kommen mußte, sondern auch mehr oder weniger automatisch zur politischen Klasse avancierte, war Max Weber in dieser Hinsicht zwar skeptischer, doch gleichwohl teilte er mit Marx die Ansicht, wonach die Modernisierung zuallererst Rationalisierung sei, in der das Politische als reine Sozialphysik beschrieben werden könne. Für Weber sind es die »Anwendung und Androhung physischen Zwangs«, die eine beliebige gesellschaftliche Vereinigung zum »politischen Verband« qualifizieren. <sup>7</sup> Das »Monopol legitimen *physischen* Zwanges (Hervorh. – A. R.)« ist demnach die entscheidende *differentia specifica*, die eine beliebige Herrschaftsordnung zum modernen Staat qualifiziert. <sup>8</sup> Ebenso wie für Marx ist die moderne Politik auch für Weber eine weltlich-säkulare Veranstaltung, die ihre Spezifik vor allem durch ihre Unterscheidung von den religiös geprägten symbolischen Praktiken der Kirche bezieht.

4 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx, Friedrich Engels Werke (MEW), Bd. 4, Berlin 1983, S. 459-493; hier S. 464 f.

5 Ebenda., S. 464.

6 Ebenda., S. 465.

7 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5., rev. Aufl., Studienausg., Tübingen 1980, S. 29.

8 Ebenda.

9 Zur ökonomischen Theorie der Politik: Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Einleitung von Edgar Salin, München 1975; Anthony Downs: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968; Robert A. Dahl: Vorstufen zur Demokratie-Theorie, Tübingen 1976. Kein anderer als Popper hat das instrumentelle Verständnis des empirizistischen Positivismus besser beschrieben: »Die Theorie ist das Netz, das wir auswerfen, um ›die Welt‹ einzufangen, – sie zu rationalisieren, zu erklären und zu beherrschen. Wir arbeiten daran, die Maschen des Netzes immer enger zu machen.« Karl R. Popper: Logik der Forschung, 10., verb. u. verm. Aufl., Tübingen 1994, S. 31.

10 Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992.

11 So bei Samuel P. Huntington: Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München u. a. 1996. Siehe zu den Hintergründen Stuart Hall: Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht, in: Ders., Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Hamburg 1994, S. 137-179.

12 So etwa Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt/M. 1998.

In beiden dieser einflußreichen Begründungsansätze der Moderne, so läßt sich feststellen, werden Politik und Macht innerhalb des rationalen Paradigmas formuliert, dessen Koordinaten durch die Newtonsche Physik und den ökonomischen Liberalismus bestimmt werden. Die Kausalität des Politischen wird demzufolge ausschließlich auf eine durch physischer Kraftanwendung und ökonomisches Interesse begrenzte Realitätsvorstellung beschränkt. Die Verweise auf die Alternativlosigkeit von »Realpolitik« und darauf basierenden »realistischen« Theorien in Politik- und Sozialwissenschaft, wie sie etwa in den ökonomischen Theorien der Politik von Joseph A. Schumpeter, Anthony Downs und Robert A. Dahl oder im logischen Positivismus innerhalb der empirischen Sozialforschung zur Anwendung kommen, beziehen ihre Plausibilität bis heute aus diesem mechanischen Paradigma, das den symbolischen Praktiken, jenseits von realistischer Abbildung und Evaluierung, keinen eigenständigen Wert einräumt.<sup>9</sup>

Die von den Regierungsinstitutionen der westlichen Hemisphäre forcierte und dominierte politische Globalisierungsdebatte der vergangenen zehn Jahre hat diesem modernen Realitätsprinzip, wie mir scheint, nicht viel wesentlich Neues hinzuzufügen. In gewisser Hinsicht scheint sich die Marxsche Situation zu wiederholen, wobei der Zerfall des religiös-feudalen Weltbildes jetzt durch das proklamierte Ende des ideologischen Zeitalters ersetzt wird. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, die wechselseitig in ideologischen Kategorien artikuliert wurde, schickt sich das realistische Selbstbild moderner Politik insofern an, seine endgültige Universalisierung zu propagieren.

Dies erklärt die Aufmerksamkeit, die in der westlichen Welt den Thesen Francis Fukuyamas zu Beginn der 90er Jahre entgegengebracht wurde, die das Ende der Ideologie mit dem der Geschichte gleichsetzte.<sup>10</sup> Wiederum ist es der *homo oeconomicus*, der nun vermeintlich endgültig über alle übrigen politischen Individualisierungsformen triumphiert, welche in den – zumal unter zunehmendem Realitätsverlust leidenden – Bereich des Fiktiven abgedrängt werden. Es ist aus dieser Sicht der Dinge nur konsequent, wenn der einzig noch verbliebene ernsthafte Rivale im »primitiven Rest« der Welt gesucht wird.<sup>11</sup>

Folgt man allerdings inhaltlich den Topoi der neoliberalen Globalisierungsdebatte, so werden hier die Brüche und Diskontinuitäten viel stärker betont als es uns bisher scheint. Dies betrifft insbesondere die Funktion des Staates als des zentralen politischen Akteurs im modernen Politikdiskurs des 19. und 20. Jahrhunderts sowie dessen Regulationsleistungen. War der klassische Diskurs der Moderne zweifellos wesentlich auf den Staat fixiert, so nimmt der Globalisierungsdiskurs hier eine wichtige Verschiebung vor, indem das Konzept des national agierenden, regulativen Wohlfahrtsstaates zugunsten einer deregulierten Wirtschaftsgesellschaft fallengelassen wird. Manche sprechen deshalb von einer postnationalen oder gar poststaatlichen Konstellation.<sup>12</sup>

Um das Verhältnis des neoliberalen Politikdiskurses zu Staat und Regierung jedoch etwas kritischer zu beleuchten, möchte ich stichprobenartig die Phänomenologie des modernen Staatsbegriffes etwas näher untersuchen.



*Die politische Substanz des Staates  
zwischen kapitalistischem Betrieb und Marktmodell*

Aus politischer Sicht war der moderne Staat für Marx zuallererst ein »Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet«. <sup>13</sup> Der Staat als zentraler politischer Akteur ist insofern unmittelbar identisch mit der bürgerlichen Wirtschaft. Bestritten wird diese Identität von Weber – nicht jedoch, um das Verhältnis von kapitalistischer Ökonomie und politischem Staat völlig aufzulösen, sondern um deren kausale Beziehung in Form einer Homologie darzustellen. Der moderne Staat wird von Weber deshalb als eine Parallellform des »kapitalistischen Betriebs« analysiert, in welchem die »Verwaltungsarbeiter« von »den sachlichen Betriebsmitteln« allerdings ebenso getrennt sind wie die Industriearbeiter in der bürgerlichen Ökonomie. <sup>14</sup>

Analog zu der von Marx analysierten monopolistischen Konzentration der Produktionsmittel in der Ökonomie (ursprüngliche Akkumulation) entsteht der moderne Staat nach Weber durch die Monopolisierung der politischen Gewalt- und Verwaltungsmittel und die Umwandlung persönlicher Herrschaftsverhältnisse in rationale Anstellungsverhältnisse. Während Marx und Weber jedoch übereinstimmend die Produktion und Akkumulation von Machtverhältnissen als gemeinsame Schnittmenge von Ökonomie und Politik betrachten, verschieben Schumpeter und Downs in ihren ökonomischen Theorien der Politik, die das politische System analog zum ökonomischen Marktmodell konzipieren, diese Schnittmenge auf die Ebene von Zirkulation und Distribution. Der Markt ersetzt dadurch den von Weber beschriebenen politischen Betrieb. Trotzdem steht auch noch die ökonomische Theorie der Politik in einer gewissen Kontinuität zu Marx, insofern sie das auch von ihm verwandte Modell einer interessen geleiteten Politisierung, die zur politischen Klasse qualifiziert, verwendet – allerdings füllt nun der politische Markt die Funktion des rationalisierenden Mediums aus. Hier wie da kann die politische Entscheidung als eine *rational choice* beschrieben und legitimiert werden, die dem modernen Realitätsprinzip folgt.

Bereits mit der Anwendung des Marktmodells auf die Politik durch Schumpeter und Downs schwimmt allerdings die Vorstellung vom Staat als einem politischen Akteur, der aufgrund seiner monopolistischen Stellung innerhalb der politischen Machtverhältnisse zur effektiven Regulation der Gesellschaft in der Lage wäre. Der neoliberale Globalisierungsdiskurs braucht diesem Interpretationsmodell nur wenig Neues hinzuzufügen, um die Legitimität des Sozialstaates in Frage stellen zu können. Auch hier läßt sich also entgegen dem ersten Anschein eine Kontinuität unter der behaupteten Diskontinuität entdecken. Die postmodernen Gebärden des Neoliberalismus gegen traditionelle Autoritäten sind im Kern alte Hüte.

*Von der rationalistischen Substanz des Staates  
zur relationalen Logik der Politik (Pierre Bourdieu)*

Gegen diese bisher beschriebene Reduktion des Sozialen auf die ökonomische *physis* in der Selbstbeschreibung der Moderne ist jedoch immer schon Einspruch erhoben worden. Und zwar nicht nur aus dem Unbehagen heraus, daß konservative Ideologen sie mit dem Verlust

13 Marx, Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 464.

14 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, a. a. O., S. 824 f.

ihrer symbolischen Pfründe im traditionellen Weltbild verbinden und als Untergang von Kultur überhaupt beklagen. Nein, oft kam diese Kritik an der instrumentellen Verkürzung der modernen Rationalität auch von Autoren, welche an der rationalen Legitimation der Moderne selbst mitgewebt haben. Tatsächlich geht die bisher fokussierte diskursive Ebene der rationalen Begründung moderner Politik eben nicht in der subjektiven Intention der Kritik auf. Es ist dies jener Sachverhalt, den Max Horkheimer und Theodor W. Adorno als *Dialektik der Aufklärung* beschrieben haben.<sup>15</sup> Demnach emanzipiert und unterwirft die moderne Rationalität in einem Zuge. Weder Marx noch Weber lassen sich daher, entgegen dem bisher erweckten Eindruck, auf bloße Modernisierungstheoretiker, die eine einfache Selbstbeschreibung des rationalen Herrschaftstyps liefern, reduzieren. Bei Marx – daran sei noch einmal erinnert – steht dem mechanischen Ökonomismus immerhin das Phänomen des Warenfetischismus gegenüber, das sich keineswegs mechanisch erklären läßt, und Weber unterscheidet in seiner Herrschaftssoziologie die ökonomische »Herrschaft qua Interessenkonstellation« strikt von der politischen »Herrschaft qua Autorität«, die sich aus dem Legitimationsglauben der Verwaltung speist.<sup>16</sup> Weber, der Marx für die Darstellung der kapitalistischen Ökonomie als eine essentialistische Superstruktur kritisiert, geht statt dessen von der homologen Existenz verschiedener *Kapitalismen* in Ökonomie, Politik und Gesellschaft aus. Dabei kommt er der Dialektik des modernen Rationalismus auf die Spur, die darin besteht, eine apolitische und wertfreie Verwaltungstechnik und zugleich eine zutiefst politische Legitimationslogik zu sein.<sup>17</sup>

Aus seiner Analyse der Herrschaftstypen geht klar hervor, daß der moderne Rationalismus wissenschaftlich keineswegs als universale Substanz der politischen Logik, sondern nur als eine kontingente politische Logik mit universalem Anspruch unter anderen zu betrachten ist. Demzufolge muß der Sozialwissenschaftler – da ja bekanntlich in der Nacht alle Hunde grau sind – Wege finden, sich der essentialisierenden Logik des Rationalismus zu entziehen, um diese überhaupt erst beschreiben zu können.

Auf diesen Punkt, an dem Weber seine Methode des Idealtypus ansetzt, hat nach ihm wohl auch eine jede ernstzunehmende kritische Theorie Bezug zu nehmen. Neben der bereits erwähnten älteren Frankfurter Schule trifft dies, so meine These, vor allem für die Strukturalismus- und Poststrukturalismusdebatte in der Sozialwissenschaft zu, insofern sie sich wesentlich um den konsequenten Bruch mit der bloßen Selbstbeschreibung moderner Politik und die Ersetzung essentialistischer durch relationale Interpretationsmodelle drehte und dreht, die es erlauben, kontingente Artikulationen politischer Logiken zu beschreiben. Ich werde daher abschließend sehr skizzenartig auf drei im weitesten Sinne poststrukturalistische Theorieansätze eingehen, insofern sie zur politikwissenschaftlichen Beschreibung der politischen Bedeutung des neoliberalen Globalisierungsdiskurses herangezogen werden können.

Die von Pierre Bourdieu vertretene Sozialpraxeologie bricht mit der abstrakten Perspektive des modernen Rationalismus, welche die Logik der Sache durch die Sache der Logik ersetzt, indem er an Stelle der Frage nach der Legalität bzw. Normativität der Erkenntnisgegen-

15 Vgl. Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt/M. 1993 (1947).

16 Vgl. Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, a. a. O., S. 542.

17 Um dieses Thema kreisen seine sämtlichen Überlegungen zur Frage der Werturteilsfreiheit in der Wissenschaft.

stände den eigentlichen Praxissinn jenseits jeglicher versteckter politischer Evaluierung in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses rückt.<sup>18</sup> Dazu muß er der eigenständigen symbolischen Artikulation der sozialen Akteure ebenso Beachtung schenken wie den übrigen praktischen Handlungen innerhalb eines objektiv bestimmten Terrains. Eine Zentralkategorie in Bourdieus Sozialpraxeologie ist dabei der Begriff des *sozialen Feldes*. Das Feld ist weder ein System im Sinne Niklas Luhmanns noch ein Apparat, der zur ideologischen Instrumentalisierung einlädt, sondern ein relationales Terrain mit spezifischen Produktionsverhältnissen ohne klare Begrenzung.<sup>19</sup> Ein Feld reicht genau so weit, wie seine Feldeffekte reichen. Es hat demzufolge auch keine klaren Grenzen und besitzt statt dessen dynamische Konturen. Felder konstituieren sich im Kampf um spezifische Machtressourcen, die sich als feldspezifische Kapitalformen begreifen lassen.<sup>20</sup> So verdichtet sich das politische Feld zum Staat durch die Monopolisierung der physischen und – wie Bourdieu Weber ergänzt – durch die symbolischen Gewaltmittel.<sup>21</sup>

Bourdieu ordnet sein methodologisches Vorgehen diesbezüglich ideengeschichtlich folgendermaßen ein: »Wider die Illusion vom neutralen, unparteiischen Staat hat Marx den Begriff vom Staat als Herrschaftsinstrument entwickelt. Gegen die von der marxistischen Kritik vollzogene Entzauberung muß nun aber mit Weber gefragt werden, wie es denn dem Staat gelingt, daß seine Herrschaft anerkannt wird, und ob dem Modell nicht wieder eingefügt werden muß, gegen das es entwickelt wurde: die spontane, unreflektierte Vorstellung vom Staat als legitimen.«<sup>22</sup> Mit der Wiedereinführung der symbolischen Dimension in die Politik sucht Bourdieu, die Naturalisierungseffekte der rationalen Legitimationslogik außer Kraft zu setzen und als eine strategische Disposition der Herrschaft zu beschreiben. Die symbolische Gewalt des Staates basiert auf der Übereinstimmung der objektiven sozialen Strukturen von Herrschaft mit den subjektiven mentalen Strukturen der politischen Akteure (Habitus). Dort, wo diese Übereinstimmung gegeben ist, wird der politisch-arbiträre Charakter symbolischer Gewalt zum blinden Fleck. Der Habitus – die subjektiv inkorporierte Sozialordnung – vermag sich aus diesem Grunde in der objektiven Herrschaftsordnung mehr oder weniger wiederzuerkennen und mit dieser zu identifizieren.

Die symbolische »Hauptmacht des Staates« besteht nun vor allem darin, die rationalistischen »Denkkategorien zu produzieren und durchzusetzen (...), die wir spontan auf jedes Ding der Welt und auch auf den Staat selbst anwenden.«<sup>23</sup> Dies erfolgt im rationalen Staat vor allem im Bereich der politischen Kultur, insbesondere im Bildungswesen, den Massenmedien und nicht zuletzt in der Wissenschaft. So ist nach Bourdieu der moderne Diskurs der Sozialwissenschaft »von Anfang an ein integraler Bestandteil dieses Bemühens um die Konstruktion der Darstellung des Staates gewesen, die Teil seiner Realität selbst ist.«<sup>24</sup>

Die meisten wissenschaftlichen Schriften und Diskurse, die scheinbar nur passiv über Staat und Politik reflektieren, tragen daher, bedingt schon durch ihre soziale Perspektive, die von der Universität als akademisches Selektions- und Ausbildungsmedium für das administrative Personal bestimmt ist, tatsächlich aktiv zum Aufbau und zur

18 Dies zieht sich wie ein roter Faden durch sein gesamtes Werk. Signifikant hierfür sind solche Titel wie Pierre Bourdieu: Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1979; Ders.: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt/M. 1997; Ders., Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt/M. 1998.

19 Es ist klar, daß die eklektische Systemtheorie von Luhmann zur Kritik der rationalen Essenz der Moderne nichts beitragen kann, da sie komplett innerhalb der Alternativlosigkeit der modernisierungstheoretischen Differenzierungsmetaphysik verbleibt. Die technokratische Arbeitsteilung – darüber kann die pluralistische Ausfächerung der sozialen Systeme nicht hinwegtäuschen – bleibt die zugrundeliegende Superstruktur, die als Essenz der gesellschaftlichen Entwicklung fungiert. Bourdieu selbst hat aus diesem Grunde seine Feldtheorie scharf von Luhmanns Systemtheorie abgegrenzt. Siehe hierzu etwa: Pierre Bourdieu, Loïc J. D. Wacquant: Reflexive Anthropologie, Frankfurt/M. 1996, S. 132-135.

20 »Die sozialen Felder bilden Kraftfelder, aber auch Kampffelder, auf denen um Wahrung oder Veränderung der Kräfteverhältnisse gerungen wird. Und das – praktische wie gedankliche – Verhältnis der Akteure zu diesem Spiel ist noch Teil desselben – unter Umständen Grundlage seiner Transformation.« Pierre Bourdieu: Sozialer Raum und »Klassen«. Leçon sur la leçon. 2

Vorlesungen. Frankfurt/M. 1995, S. 74.

21 Vgl. insbesondere hierzu: Pierre Bourdieu: *Praktische Vernunft*, a. a. O., S. 96-136.

22 Pierre Bourdieu: *Rede und Antwort*, Frankfurt/M. 1992, S. 52.

23 Ders., *Praktische Vernunft*, a. a. O., S. 93.

24 Ebenda., S. 97.

25 Vgl. Pierre Bourdieu: *Homo academicus*, Frankfurt/M. 1992. Auf historischem Terrain anhand einer konkreten Fallstudie der preußischen Staatswissenschaft im 18. Jahrhundert wird diese These erhärtet bei: Axel Rüdiger: *Staatslehre und Staatsbildung. Die Geschichte der Staatswissenschaft an der Universität Halle im 18. Jahrhundert*, Tübingen 2004.

26 Pierre Bourdieu: *Praktische Vernunft*, a. a. O., S. 97.

27 Für Bourdieu besitzt der politische Staatsbegriff einen metaphysischen Charakter: »Man tut so, als wäre der Staat eine klar definierte, fest umrissene, einheitliche Realität, die ein Außenverhältnis mit externen Kräften eingeht, die ihrerseits klar definiert sind (...). Worauf man in Wirklichkeit stößt, ist konkret ein Ensemble von bürokratischen und administrativen Feldern (...), in denen staatliche und nicht-staatliche Akteure und Gruppen von Akteuren persönlich oder stellvertretend um eine besondere Form von Autorität kämpfen, um die Macht nämlich, eine besondere

Reproduktion des Staates bei.<sup>25</sup> Gerade ihre gesellschaftliche Autorität und ihre spezifische Wirksamkeit auf dem bürokratischen Feld machen sie somit zu direkten »politischen Aktionsprogrammen zur Durchsetzung einer bestimmten Auffassung vom Staat.«<sup>26</sup>

Wissenschaftliche Ansätze, die sich hierüber nicht selbstreflexiv Rechenschaft ablegen und dies in ihre Erkenntnisperspektive einbauen, verwenden ihre performativen Effekte gerade aus diesem Grunde bewußt oder unbewußt zur bloßen Selbstbeschreibung von politischer Autorität. Sie werden dabei ganz im Hegelschen Sinne von einer staatlichen Macht gedacht, von der sie zu denken meinen. Diese staatliche Macht unterscheidet sich dabei natürlich radikal von der geläufigen staatlichen Substanz in den institutionellen Selbstbeschreibungen. Sie ist oft genau dort zu finden, wo man am wenigsten mit ihr rechnet. So muß die private Wirtschaft keineswegs außerhalb des Staates stehen, nur weil sie dies behauptet.<sup>27</sup>

Welche konkrete Auffassung über die Ziele und Formen von Staat und Politik dominieren, hängt wesentlich vom Legitimitätshorizont der verschiedenen politischen Verwaltungen und deren internem Kräfteverhältnis ab. Als Rechts-, Parteien-, Sozial- und Steuerstaat verfügt der moderne Staat über eine differenzierte Verwaltung, deren Mitglieder untereinander auf dem bürokratischen Feld um politische Profite konkurrieren. Während die eng mit den Wirtschafts- und Finanzressorts verflochtenen administrativen Felder aktuell mit der neoliberalen Doktrin verflochten sind, waren es vor allem die Ressorts für Soziales und Bildung mitsamt ihrer politischen Korona aus der Interessenvertretung lohnabhängiger Arbeit, welche bisher den klassischen Sozialstaat stützten und legitimierten. Bourdieu spricht in diesem Zusammenhang von der »linken Hand des Staates« und meint damit »die Gesamtheit derer, die im Auftrag der – wie man so sagt – Ausgaben-Ministerien handeln, die innerhalb des Staates die Spuren der sozialen Kämpfe der Vergangenheit bewahren.«<sup>28</sup> Diesen steht, um im Bild zu bleiben, mit der hohen Verwaltungsbürokratie des Finanz- und Wirtschaftsministeriums, der öffentlichen und privaten Banken und der Ministerialkabinette einschließlich ihrer technokratischen Kommissionen, die mehrheitlich mit neoliberalen Ökonomen besetzt sind, die »rechte Hand des Staates« gegenüber. Der gegenwärtig zu beobachtende Siegeszug des Neoliberalismus etwa in der Bundesrepublik Deutschland geht einher mit der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden politischen Polen des staatlichen Machtfeldes.<sup>29</sup> Die neoliberale Erzählung wird erst durch diese sozio-politische Voraussetzung zu einem »Mythos im starken Wortsinn«, einem »Machtdiskurs«, einer »Ideenmacht«, einer »Vorstellung, die gesellschaftliche Macht besitzt, die Glauben auf sich zieht.«<sup>30</sup>

Dabei nimmt diese Verschiebung im politischen Kräfteverhältnis in bestimmten Bereichen durchaus die Tendenz zur ökonomistischen Gleichschaltung aller selbständigen Handlungsbereiche (Kultur, Bildung, Medien, Politik etc.) an, deren relative Autonomie unzweifelhaft eine der großen zivilisatorischen Errungenschaften des keynesianischen Sozialstaates bildete. Insofern sind es weniger die anonymen, externen Prozesse des Welthandels, sondern ganz konkrete sozio-politische Kräfteverhältnisse innerhalb der Gesellschaft, die dafür sorgen, daß der neoliberale Globalisierungsdiskurs vom marginalen Mythos zum vermeint-

lichen politischen Logos mutierte und »die entscheidende Waffe der Kämpfe gegen die Errungenschaften des welfare state« wurde.<sup>31</sup>

*Gouvernementalität und diskursive Artikulation*  
(Michel Foucault und Ernesto Laclau)

Bourdieu's Befund wird durch eine Reihe anderer politiktheoretischer Ansätze gestützt, die von alternativen Ausgangspunkten zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommen. Wie die Sozialpraxeologie vermögen auch Michel Foucaults Theorie der Regierung und die Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe aus antiessentialistischer Perspektive Licht auf die politischen Kämpfe der Gegenwart zu werfen, da ihre Autoren methodologisch in der Lage sind, der mythologischen Ideenmacht politischer Diskurse zu widerstehen.<sup>32</sup>

Analog zu Bourdieus Dekonstruktion des metaphysischen Staatsbegriffes verbindet Foucault im Begriff des modernen Staates die Genese einer politisch-juristischen Institutionalisierung von Machtprozessen mit der Herausbildung von konkreten Subjektivierungsformen und politischen Logiken. Aus der politischen Synthese, der auf den Körper gerichteten Disziplinarmacht und der auf den Geist zielenden Deutungsmacht, die in der Terminologie von Weber und Bourdieu auch als Monopolisierung von physischer und symbolischer Gewalt beschreibbar wäre, geht eine komplexe Machttechnologie hervor, die Foucault als Regierung (Gouvernementalität) bezeichnet.<sup>33</sup> Sie zielt auf das menschliche Individuum in seiner Einheit als körperliches und geistiges Wesen. Auch innerhalb von Foucaults Regierungslehre stehen sich Staat und Gesellschaft nicht als selbständige Substanzen gegenüber, ihre jeweilige Demarkationslinie ist vielmehr von der Regierungsmacht politisch verschiebbar.

Während die Gouvernentalität des klassischen Liberalismus von der autonomen Äußerlichkeit zwischen Politik und Ökonomie ausging, in welcher der Markt lediglich als politisches Prinzip der Selbstbegrenzung der Regierung fungierte und die Selbstführung der Wirtschaftssubjekte vor allem durch Sicherheitsdispositive, d. h. im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit, reguliert wurde, setzt erst der Neoliberalismus das Marktprinzip auch als internes regulierendes und organisierendes Prinzip von Politik und Staat ein. Unter den Bedingungen der Krise des sozialliberalen Wohlfahrtsstaates seit den 1970er Jahren gewinnt der neoliberale Diskurs in dem Maße an Macht, wie er es versteht, sowohl die rechte und linke Kritik an der bürokratischen Verstaatlichung der Gesellschaft sozial wirksam zu artikulieren und dadurch den Begriff der Freiheit neu zu besetzen.<sup>34</sup> Mit seiner Intervention zugunsten von privater Initiative, Eigenverantwortlichkeit, Deregulierung etc. wird die politische Demarkationslinie zwischen Privatem und Öffentlichem sukzessive zuungunsten der Öffentlichkeit verschoben.

Diese vermeintliche Entbürokratisierung führt jedoch keineswegs zum Abbau politischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Ganz im Gegenteil führt der Abbau der öffentlichen Verwaltung mitsamt der kritischen Öffentlichkeit letztlich nur dazu, daß die privatisierten Risikoindividuen mit geringerem administrativen Aufwand effektiver funktionieren. Öffentliche Bürokratien werden dabei lediglich durch private ersetzt. Der neoliberale Abbau des Staates beinhaltet also keinen adäquaten Rückzug der Regierungsmacht, sondern verschärft diese erheblich.<sup>35</sup> Genaugenommen wird also auch nicht der Staat ab-

Sphäre von Praktiken (...) durch Gesetze, Bestimmungen, Verwaltungsmaßnahmen (...) zu regeln, kurz alles, was unter den Begriff Politik fällt.« Bourdieu, *Wacquant: Reflexive Anthropologie*, a. a. O., S. 143.

28 Pierre Bourdieu: *Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zur Politik und Kultur 1*, Hamburg 1992, S. 151. Ausführlich untersucht hat Bourdieu dieses Thema in: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen des Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997.

29 Ein signifikanter Indikator hierfür ist die Eingliederung des Arbeitsministeriums unter die Ägide des als neoliberaler »Macher« bekannten Wirtschaftsministers Clement im zweiten Kabinett Schröder.

30 Pierre Bourdieu: *egenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz 1998, S. 43.

31 Ebenda.

32 Grundlegend zur Rekonstruktion der Regierungstheorie Foucaults: Thomas Lemke: *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernentalität*, Berlin/Hamburg 1997. Siehe darüber hinaus auch: Ulrich Bröckling, Susanne Krasemann, Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M. 2000; Graham Burchell, Colin Gordon, Peter Miller (Hg.): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead 1991; Marianne

Pieper, Encarnaci Gutierrez Rodriguez (Hg.): Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept im Anschluß an Foucault, Frankfurt/New York 2003. Grundlegend zur politischen Diskurstheorie: Ernesto Laclau, Chantal Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 1991.

33 Foucault greift hierbei auf einen von Roland Barthes geprägten Neologismus zurück, der begrifflich den Zusammenhang von Regierungstechnik (»gouverner«) und Subjektivitätsform (»mentalité«) verbindet. Er zeigt, daß der Gegenstand der Regierung nicht von seiner Logik getrennt werden kann. Vgl. Thomas Lemke: Eine Kritik der politischen Vernunft, a. a. O., S. 146.

34 Archetypisch hierfür Friedrich August von Hayek: Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971.

35 »Die Gouvernamentalitätsperspektive erlaubt es also, das neoliberale Programm des »Rückzug des Staates« als eine Regierungstechnologie zu dechiffrieren.« Thomas Lemke: Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien, in PVS, Heft 1/2000, S. 31-47, hier S. 39.

36 Vgl. Laclau, Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie, a. a. O., S. 234-239.

gebaut, sondern er nimmt, wie Laclau/Mouffe betonen, eine neue diskursive Form an, die von der Desartikulation des in den politischen Kämpfen der demokratischen Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts entstandenen Bandes zwischen Liberalismus und Demokratisierung gekennzeichnet ist. Der Sozialstaat als signifikantester Ausdruck dieser Synthese wird wirksam zur Disposition gestellt, indem etwa die sozialen Anspruchsrechte auf Chancengleichheit (Bildung, Eigentumserwerb etc.), also der juristische Ausdruck des politischen Konnexes von Liberalismus und sozialer Demokratie, durch negative Freiheitsrechte ersetzt werden, die im Kern ökonomisch definiert sind.<sup>36</sup>

Da der neoliberale Diskurs – wie alle politischen Diskurse – nicht in der Lage ist, das diskursive Feld des Sozialen vollständig zu fixieren und für sich zu vereinnahmen, muß er die alternativen Diskurse in einer antagonistischen Operation ausgrenzen und nach innen als das Andere repräsentieren. Kritiker aller Richtungen sowie Betroffene finden sich dementsprechend unter der metaphorischen Klammer des reformunwilligen Traditionalisten oder des Sozialbetrügers (Stichwort »Miami-Rolf«) wieder. Gleichzeitig nimmt der Neoliberalismus mit der Substitution der politischen Logik durch das Marktmodell eine entscheidende Verschiebung vor, die selbst das liberale Modell der durch politische Anspruchsrechte geschützten privaten Individualität unterwandert. Der neoliberale *homo oeconomicus* bezeichnet eben nicht mehr die äußere Grenze und den unantastbaren Kern des Privaten, wie das noch im klassischen Liberalismus der Fall war, sondern ein ökonomisch vollständig konsumierbares und konditionierbares Wesen. Mit der Doktrin des »Humankapitals« wird dabei die unterschwellige Illegitimität instrumenteller Arbeitsverhältnisse ebenso unterlaufen wie das hieraus abgeleitete Recht auf soziale Kompensation durch Unternehmer und Öffentlichkeit, wie es das Prinzip der Sozialpflichtigkeit des Eigentums noch formuliert. Der ehemals abhängig Beschäftigte wird so zum autonomen Unternehmer (»Ich-AG«) mit eigenverantwortlichen Investitionsentscheidungen. Die Gewerkschaften können dementsprechend durch die Einführung eines privaten Insolvenzrechtes ersetzt werden.

Angesichts dieses Befundes fragt es sich, ob es nicht an der Zeit ist, die Bedeutung der Dialektik der Aufklärung für die Erklärungskraft kritischer Theorie ebenso wie für die Handlungsfähigkeit kritischer Politik neu zu überdenken. Anstatt des aussichtslosen Unterfangens, den neoliberalen Ökonomismus in Theorie und Praxis mit orthodoxen, gleichfalls auf ökonomistischen Grundannahmen der einen oder anderen Schule basierenden Konzepten auf der Innenkurve zu überholen, ist es vielmehr geboten, ganz undogmatisch mit der essentialistischen Logik des modernen Rationalismus zu brechen, ohne zugleich die Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft – das eigentlich kritische Projekt der Moderne – aus den Augen zu verlieren. Die hierdurch mögliche Perspektive auf die Politik ermöglicht nicht nur Aufklärung über Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die in der neoliberalen Befreiungssemantik suggestiverweise enthalten sind, sondern auch eine politikwissenschaftliche Methodik zu entwickeln, die den Übergriffen außerwissenschaftlicher Autoritäten nicht ungewappnet gegenübersteht, den Selbstbeschreibungen der Politik nicht blind hinterherläuft und sich gerade deshalb auch erst der Logik des Politischen wissenschaftlich nähern kann.

JOCHEN WEICHOLD

# Umweltpolitik in den Zeiten des Neoliberalismus

In den 1980er Jahren hatte sich die alte Bundesrepublik Deutschland zum Musterknaben unter den entwickelten Industriestaaten in Sachen Umweltschutz entwickelt. Ein Pfund, mit dem sich auch in der Systemauseinandersetzung – insbesondere gegenüber der DDR – wuchern ließ. Ein Resultat, das zu einem guten Teil auf das Konto einer starken Umweltbewegung und der oppositionellen grünen Partei ging und zugleich dem hohen Stand des Umweltbewusstseins in der Bevölkerung des Landes Rechnung trug.

Bereits 1971 hatte die damalige SPD/FDP-Koalition ein Umweltprogramm beschlossen, in dem im Sinne einer so genannten »Ziel-Trias« unter Umweltpolitik die Gesamtheit aller Maßnahmen verstanden wurde, »die notwendig sind,

- um dem Menschen eine Umwelt zu sichern, wie er sie für seine Gesundheit und für ein menschenwürdiges Dasein braucht,
- um Boden, Luft und Wasser, Pflanzen- und Tierwelt vor nachteiligen Wirkungen menschlicher Eingriffe zu schützen und
- um Schäden oder Nachteile aus menschlichen Eingriffen zu beseitigen«.<sup>1</sup>

Nach der noch heute gültigen Definition ist Umweltpolitik mithin jede Politik, die Eingriffe in die Natur vermeidet, verhindert oder eingetretene Umweltschäden beseitigt.

Die im Zeitraum zwischen 1967 und 1973 eingeleitete Phase des kompensatorischen Umweltschutzes wurde Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre durch eine Phase der integrierten Ökosystemgestaltung abgelöst,<sup>2</sup> in deren Zentrum das Leitbild des integrierten Umweltschutzes als Bestandteil des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung steht. Dieses Konzept ist unter dem Begriff *Sustainable Development* mindestens seit der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 international zu einer umweltpolitischen Maxime geworden. »Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die den Bedürfnissen heutiger Generationen Rechnung trägt, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu behindern, ihren eigenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.«<sup>3</sup>

Indem das Leitbild einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung die ökologischen, ökonomischen und sozialen Problemfelder einander zuordne, betonte der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) 1996 in einer erweiterten Interpretation, werde es »zum Impulsgeber für eine neue Grundlagenreflexion über die Zukunft der Gesellschaft«<sup>4</sup>. Darin könne für die Umweltpolitik, so Horst Zilber, Professor für Umweltpolitik und Umweltplanung an der Uni-

Jochen Weichold –  
Jg. 1948; Dr. sc. phil.,  
Politikwissenschaftler,  
Bereichsleiter in der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung.  
Letzte Veröffentlichung  
in UTOPIE kreativ:  
»Die vergoldeten Diäten.  
Zusatzeinkünfte und  
Versorgungen der  
Abgeordneten«, Heft 143  
(September 2002).

1 Umweltprogramm der Bundesregierung, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1971, S. 6.

2 Vgl. Joseph Huber: Umwelt, in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bonn 1998, S. 667.

3 World Commission for Environment and Development (WCED): Our Common Future, Oxford 1987, p. 43.

4 Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1996, Stuttgart 1996, S. 15.

5 Horst Zilleßen: Von der Umweltpolitik zur Politik der Nachhaltigkeit. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als Modernisierungsansatz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn 1998, Nr. B 50, S. 3.

6 Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 2000, Stuttgart 2000, S. 21. – Das Bundeskabinett beschloss erst im April 2002 das »Programm für eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie«. Vgl. Winfried Kösters: Umweltpolitik: Themen – Probleme – Perspektiven, München 2002, S. 9 und 113.

7 Vgl. Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III/1, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Baden-Baden – Frankfurt am Main 1999, S. 585.

8 Während nach einer Umfrage des Emnid-Instituts im Oktober 1992 bei den Probanden in den Alt-Bundesländern ein wirksamer Umweltschutz bei den als »besonders wichtig« angesehenen Aufgaben immerhin noch auf Platz vier rangierte, verdrängten bei den Befragten in den neuen Bundes-

versität Oldenburg, durchaus ein Hoffungszeichen gesehen werden, »denn die integrierende Betrachtung ökologischer, ökonomischer und sozialer Probleme macht den übergreifenden Zusammenhang deutlich, in den die Umweltprobleme gestellt werden müssen, wenn sie sachgemäß und sozial akzeptabel gelöst werden sollen.«<sup>5</sup>

Die UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 verabschiedete die Agenda 21, in der die Mitgliedsstaaten aufgefordert wurden, eine nationale Strategie nachhaltiger Entwicklung zu formulieren. Die UNO-Sonderversammlung vom Juni 1997 in New York beschloss dann, dass alle Unterzeichnerstaaten ihre Nachhaltigkeitsstrategie bis spätestens 2002 fertig stellen sollten. Im Jahr 2000 musste jedoch der SRU besorgt konstatieren: »Die Bundesrepublik Deutschland, die 1971 mit ihrem ersten Umweltprogramm noch als internationaler Vorreiter auf diesem Gebiet gelten konnte, gehört heute zu den Nachzüglern dieser Entwicklung.«<sup>6</sup>

In der Geschichte der bundesdeutschen Umweltpolitik stellt die Vereinigung Deutschlands 1990 aus heutiger Sicht eine tiefgreifende Zäsur dar, die aus dem bisherigen Musterknaben mehr und mehr ein Schmutzkind werden ließ. Mit der Vereinigung Deutschlands drängten die damit verbundenen Probleme (namentlich die rasch anwachsende und ein hohes Niveau erreichende Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern) die Belange des Umweltschutzes im öffentlichen Bewusstsein in den Hintergrund,<sup>7</sup> obwohl im deutschen Einigungsvertrag 1990 auch eine Umweltunion fixiert worden war. Vor allem die am Ende der DDR zu verzeichnende hohe Sensibilisierung gegenüber Umweltproblemen ging nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland stark zurück.<sup>8</sup> Mit dem Vormarsch des Neoliberalismus und der Rezession 1993 wurde Umweltpolitik sowohl in der unionsgeführten Bundesregierung als auch in breiten Kreisen der Öffentlichkeit als reiner Kostenfaktor und als Standorthindernis angesehen. Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen musste in seinem Umweltgutachten 1996 konstatieren, dass Umweltpolitik im Verteilungskampf um gesellschaftliche und monetäre Ressourcen mit anderen Politikbereichen mehr und mehr in die Defensive geraten war.<sup>9</sup>

Vor diesem Hintergrund wurden wegweisende Vorhaben auf dem Gebiet der Umweltpolitik im Bundeskabinett gestoppt. Das betraf die Wärmenutzungsverordnung, die einen sparsamen Energieverbrauch erzwingen sollte, ebenso wie die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes oder die Schaffung marktwirtschaftlicher Anreiz- und Steuerungsinstrumente. Andere Vorschläge des Bundesumweltministeriums wurden deutlich entschärft.<sup>10</sup> Demgegenüber wurde durch so genannte Vereinfachungs- und Investitionsbeschleunigungsgesetze vorhandenes Umweltrecht insbesondere durch die Einschränkung der Bürgerbeteiligung bei Genehmigungsverfahren mehr und mehr ausgehöhlt.<sup>11</sup> Galt die alte BRD in den 80er Jahren als einer der Motoren der europäischen Umweltpolitik, behinderte nun das vereinte Deutschland auf EU-Ebene massiv die Erarbeitung effektiver Vorschriften beispielsweise bei der CO<sub>2</sub>-/Energiebesteuerung. Dies alles, obwohl Anfang der 90er Jahre die jährlichen Umweltschäden allein in den alten Bundesländern auf rund 610 Mrd. DM beziffert wurden.<sup>12</sup>

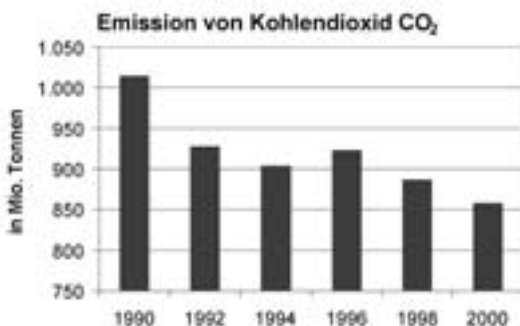


Die Defensivposition der Umweltpolitik im vereinten Deutschland hat sich deutlich im Verhältnis von Wirtschaftsleistung und Investitionen in den Umweltschutz niedergeschlagen (siehe Tabelle 1). Stieg der Anteil der Ausgaben des Produzierenden Gewerbes und des Staates für den Umweltschutz am Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) noch von 1991 zu 1992 von 1,36 auf 1,45 Prozent, war er seither rückläufig – besonders seit dem Wechsel an der Spitze des Umweltressorts von Klaus Töpfer zu Angela Merkel 1994. 1999 betrug der Anteil der Umweltschutzausgaben am Bruttonationaleinkommen nur noch 0,84 Prozent (zum Vergleich: Diese Quote betrug 1989 in der alten Bundesrepublik noch 1,64 Prozent).

Von 1992 bis 1999 gingen die Ausgaben des Produzierenden Gewerbes und des Staates für den Umweltschutz auch absolut von 50,02 Mrd. DM auf 31,24 Mrd. DM zurück. Besonders signifikant sanken die Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe von 1994 bis 1997/98: Sowohl absolut als auch hinsichtlich des Anteils an den Gesamtinvestitionen gingen sie um deutlich mehr als die Hälfte zurück (siehe Tabelle 2). In der alten Bundesrepublik war dagegen dieser Anteil von 3,5 Prozent 1980 bis auf 7,7 Prozent 1988 gestiegen.<sup>13</sup> Seit 1998 wird nun der Anteil der Investitionen für den Umweltschutz an den Gesamtinvestitionen des Produzierenden Gewerbes in der bundesdeutschen Statistik nicht mehr ausgewiesen – »Honi soit qui mal y pense«.

In den 90er Jahren wurde etwa die Hälfte aller Ausgaben des Produzierenden Gewerbes und des Staates für den Gewässerschutz aufgewendet, rund ein Drittel für die Abfallbeseitigung und nur knapp 20 Prozent für die Luftreinhaltung. Wenn dennoch in den 90er Jahren die Schadstoffemission im vereinten Deutschland insbesondere bei Schwefeldioxid, Staub und Kohlenmonoxid deutlich gesenkt werden konnte (siehe Tabelle 3 bzw. Grafik 1), ist das weniger Maßnahmen zur Luftreinhaltung zu verdanken als vielmehr Ergebnis der Deindustrialisierung Ostdeutschlands.<sup>14</sup> Die Verringerung der Luftverschmutzung hat aber sicher dazu beigetragen, dass – unbesehen aller regionalen und baumartenspezifischen Unterschiede – die Ergebnisse der Waldschadenserhebung 1998 eine ganz allmähliche Verbesserung des Kronenzustandes seit 1991 im Bundesgebiet zeigten.<sup>15</sup> Seither haben sich allerdings die Schäden auf hohem Niveau stabilisiert (siehe Tabelle 4).

Grafik 1:  
**Kohlendioxid-Emission im vereinten Deutschland**



Quelle:  
Statistisches  
Jahrbuch  
2003 für die  
Bundes-  
republik  
Deutschland,  
Wiesbaden  
2003, S. 716.

ländern die bisher unge-  
wohnten gravierenden  
ökonomischen und sozialen  
Sorgen und Nöte das  
Thema Umweltschutz  
auf Platz dreizehn. Vgl.  
Der Spiegel 1992, Nr. 44,  
S. 63. – Nach einer Unter-  
suchung des Instituts für  
praxisorientierte Sozial-  
forschung stuften 1990 in  
den neuen Bundesländern  
79 Prozent der Befragten  
einen »wirksamen Umwelt-  
schutz« als »sehr wichtig«  
ein (alte Bundesländer:  
74 %), hingegen waren  
1993 nur noch 68 Prozent  
der Probanden dieser Auf-  
fassung (alte Bundesländer:  
67 %). Vgl. Umweltdaten  
Deutschland 1995, Hrsg.:  
Umweltbundesamt, Berlin/  
Statistisches Bundesamt,  
Wiesbaden 1995,  
S. 3.

9 Vgl. Alexander Carius,  
Armin Sandhövel: Umwelt-  
politikentwicklung auf natio-  
naler und internationaler  
Ebene, in: Aus Politik  
und Zeitgeschichte, 1998,  
Nr. B 50, S. 12.

10 Vgl. Olaf Hillenbrand:  
Umwelt, in: Werner Weiden-  
feld, Karl-Rudolf Korte  
(Hrsg.): Handbuch zur deut-  
schen Einheit, Bonn 1996,  
S. 675/676.

11 Hervorzuheben sind  
in diesem Kontext das  
Verkehrswegeplanungs-  
beschleunigungsgesetz vom  
16. Dezember 1991, das  
Investitionserleichterungs-  
und Wohnbaulandgesetz  
vom 22. April 1993 und das  
Genehmigungsverfahren-  
beschleunigungsgesetz  
vom 19. September 1996.  
Vgl. Christian Schrader:  
Das Umweltrecht aus Sicht  
eines Umweltverbandes, in:  
Aus Politik und Zeitge-  
schichte, 1998, Nr. B 50,  
S. 32; Martin Jänicke: Um-

weltpolitik unter hohem Erwartungsdruck. Eine erste Bewertung der rot-grünen Regierung, in: Jahrbuch Ökologie 2001, hrsg. von Günter Altner, München 2000, S. 47.

12 Vgl. Olaf Hillenbrand: Umwelt, a. a. O., S. 674.

13 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1990 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1990, S. 613; Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1992, S. 704.

14 Bereits 1991 wurde geschätzt, dass die Luftbelastung in Ostdeutschland im Jahr 1990 durch Produktionsstilllegungen, -reduzierungen und -umstellungen von Industriebetrieben um 10 bis 15 Prozent abgenommen hatte. Vgl. Rolf-Ulrich Sprenger, Martin Hartmann, Johann Wackerbauer, Ulrich Adler unter Mitarbeit von Bernd Lemser: Umweltschutz in den neuen Bundesländern. Anpassungserfordernisse, Investitionsbedarf, Marktchancen für Umweltschutz und Handlungsbedarf für eine ökologische Sanierung und Modernisierung, München 1991, S. 20.

15 Vgl. Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), Bonn 2000, S. 385.

Gleichzeitig haben in den 90er Jahren die erfassten Straftaten gegen die Umwelt um mehr als ein Drittel zugenommen (siehe Tabelle 5). Dabei zeigt sich bei den beiden Hauptstrafatbeständen (umweltgefährdende Abfallbeseitigung nach § 326 StGB; Gewässerverunreinigung nach § 324 StGB) eine gegenläufige Tendenz: Während die Straftaten nach § 324 StGB von 1991 bis 1999 um mehr als ein Drittel zurückgingen, haben sich die Straftaten nach § 326 StGB mehr als verdoppelt. Die Zahl der verurteilten Umweltsünder liegt insgesamt jedoch nur bei knapp einem Zehntel der verübten Umweltstraftaten.

Das Ausmaß der Umweltbelastung äußert sich aber nicht nur in der Belastung von Luft, Gewässern oder Boden mit Schadstoffen, sondern hängt insbesondere von der Menge der in Anspruch genommenen natürlichen Ressourcen ab. Eine Antwort auf die Frage, wie effizient mit den einzelnen Produktionsfaktoren umgegangen wird, liefert das Verhältnis von gesamtwirtschaftlicher Leistung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) zu den verschiedenen Produktionsfaktoren. In den 90er Jahren zeigte sich im vereinten Deutschland eine leicht sinkende Tendenz beim Primärenergieverbrauch, bei der Wasserentnahme aus der Natur sowie bei der Entnahme abiotischer Rohstoffe und bei importierten abiotischen Gütern, während das Bruttoinlandsprodukt von 1991 bis 1999 um 11,5 Prozent wuchs. Im gleichen Zeitraum nahm die Ressourcenproduktivität beim Primärenergieverbrauch um rund 14 Prozent und beim Rohstoffverbrauch um 15 Prozent zu. Beim Wasserverbrauch stieg die Ressourcenproduktivität von 1991 bis 1995 (neuere Zahlen liegen nicht vor) um gut 10 Prozent (siehe Tabelle 6). Jedoch war der Anstieg der Ressourcenproduktivität wesentlich geringer als der Anstieg der Arbeitsproduktivität.

Trotz der Zurückdrängung der Belange des Umweltschutzes in der Politik der Bundesregierung wurden in den 90er Jahren neue Umweltgesetze verabschiedet und eine Reihe bestehender Gesetze novelliert. Zu den neuen Gesetzen gehören das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 12. Februar 1990, das Stromeinspeisungsgesetz vom 7. Dezember 1990, das die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz regelt, das Umwelthaftungsgesetz vom 10. Dezember 1992, das Umweltinformationsgesetz vom 8. Juli 1994 und das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vom 27. September 1994. Eher symbolische Umweltpolitik verkörpert das im Sommer 1995 verabschiedete Ozon-Gesetz (Sommersmog-Regelung), das bundeseinheitlich ein Fahrverbot für Altfahrzeuge bei Überschreiten einer bestimmten Ozonkonzentration vorsieht. Hervorzuheben sind allerdings die Technische Anleitung Abfall vom 12. März 1991, die FCKW-Halon-Verbotsverordnung vom Mai 1991, die Technische Anleitung Siedlungsabfall vom 14. Mai 1993 und die Verpackungsverordnung vom 12. Juni 1991, die die Verpackungsflut schrittweise durch Abfallvermeidung bzw. stoffliche Verwertung eindämmen soll und unter anderem für Getränkeverpackungen die Erhebung eines Pfands nach bestimmten Kriterien vorsieht (Dosenpfand).

Eine Unabhängige Sachverständigenkommission beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erarbeitete

von 1992 bis 1997 einen Entwurf für ein Umweltgesetzbuch, mit dem die wesentlichen Teile des Umweltrechts zusammengefasst, vereinheitlicht, harmonisiert und dabei fortentwickelt werden sollten.<sup>16</sup> Da eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich ist, um das Projekt Umweltgesetzbuch auf eine verfassungsrechtlich gesicherte Basis zu stellen, verzögert sich die Umsetzung des Entwurfs dieses Gesetzbuches bis heute, obwohl der Regelungsdschungel im Umweltschutz kaum mehr zu durchschauen ist: Im Jahr 2000 galten in der BRD über 800 Umweltgesetze, rund 2 770 Umweltverordnungen und fast 4 700 Verwaltungsvorschriften.<sup>17</sup> Dagegen verfügen Schweden, Frankreich, Dänemark, die Niederlande und Großbritannien längst über Umweltgesetzbücher oder über kodifikationsähnliche Gesetzeswerke zum Umweltschutz.

Gegen mannigfaltige Widerstände wurde schließlich Mitte 1994 der Umweltschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen. Die Kompromissformel für den neuen Artikel 20 a GG lautet: »Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.«<sup>18</sup>

Im Kontext der internationalen Umwelt-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro und der 1. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention 1995 in Berlin verpflichtete sich die Bundesrepublik, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber 1990 um 25 Prozent bis zum Jahr 2005 zu reduzieren. Die Bundesregierung verabschiedete dazu auf der Basis der Berichte der seit 1987 arbeitenden Enquete-Kommission »Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre« des 11. Deutschen Bundestages ein umfangreiches nationales Klimaschutzprogramm mit rund 100 Einzelmaßnahmen, dessen Schwerpunkte bei der Energieeinsparung, der effizienteren Energienutzung und der Substitution kohlenstoffreicher durch kohlenstoffärmere oder -freie Energieträger, d. h. insbesondere auch durch erneuerbare Energieträger, lagen.

Nach der Bundestagswahl vom 27. September 1998 traten *Die Grünen* mit zwei ambitionierten umweltpolitischen Projekten in die SPD-geführte Bundesregierung ein, die sie im Koalitionsvertrag verankern konnten: zum einen ging es um den »Ausstieg aus der Atomenergie« und – damit verbunden – um die Förderung erneuerbarer Energien, zum anderen um die Einführung einer Öko-Steuer, mit der der natürliche Ressourcenverbrauch verteuert und im Gegenzug menschliche Arbeit billiger werden sollten. Am 1. April 1999 trat dann das »Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform« in Kraft, das eine Stromsteuer einführt und ebenso stufenweise erhöhte wie die Steuer auf Mineralöl und Gas – allerdings mit Ausnahmeregelungen für energieintensive und landwirtschaftliche Betriebe sowie für öffentliche Verkehrsträger. Der gewünschten Lenkungswirkung zur Reduzierung des Energieverbrauchs waren somit auf Druck von SPD und Wirtschaftsverbänden von vornherein Grenzen gesetzt, was die Kritik der Umweltverbände nach sich zog. Mit den Einnahmen aus der Öko-Steuer wurden über eine Herabsetzung der Rentenbeiträge die Lohnnebenkosten gesenkt.

Die Umsetzung des zweiten umweltpolitischen Projektes gestaltete sich wesentlich komplizierter und drohte mehrfach sowohl am

16 Vgl. Umweltgesetzbuch (UGB-KomE). Entwurf der Unabhängigen Sachverständigenkommission zum Umweltgesetzbuch beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Hrsg.: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin 1998, besonders S. 5.

17 Vgl. Winfried Kösters: Umweltpolitik: Themen – Probleme – Perspektiven, München 2002, S. 121.

18 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe, Stand: Juli 1998, Bonn 1998, S. 22.

19 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 1999; Jungle World, 30. Juni 1999; Der Fischer Weltalmanach 2000, hrsg. von Dr. Mario von Baratta, Frankfurt am Main 1999, Sp. 1083. Am 22. Juli 1999 einigte sich der Umweltministerrat in Brüssel gegen die Stimme Deutschlands auf einen Kompromiss, der die europäische Autoindustrie verpflichtet, ab 1. Januar 2001 alle Neufahrzeuge und ab 1. Januar 2006 sämtliche Fahrzeuge des Altbestandes kostenlos zurückzunehmen.

20 Die EU hat im Oktober 2003 eine Richtlinie zur Einführung von Umweltzertifikaten – zunächst nur für das klimaschädlichste Treibhausgas CO<sub>2</sub> – erlassen, um Schadstoff-Emissionen politisch zum knappen Gut zu machen und so Druck auf die Unternehmen auszuüben, den ökologischen Umbau zu forcieren. Mittels Nationaler Allokationspläne werden Umweltzertifikate, also Rechte zur Umweltverschmutzung, an die Unternehmen der EU-Mitgliedsländer vergeben. Ab 2005 können Unternehmen, die technologisch-ökonomisch weniger an Rechten zur CO<sub>2</sub>-Emission benötigen, diese CO<sub>2</sub>-Zertifikate am Markt innerhalb der Europäischen Union an jene Unternehmen verkaufen, die ihre CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele nicht durch technologische Maßnahmen erreichen können oder wollen. Schätzungen gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft im Zuge des Emissionshandels Einsparungen von bis zu 500 Mio. € jährlich erzielen wird.

Widerstand der Energiekonzerne als auch an Differenzen mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner zu scheitern. So stoppte Bundeskanzler Schröder im Dezember 1998 eine Atomrechtsnovelle seines grünen Bundesumweltministers Jürgen Trittin, die auf ein Verbot der Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernelemente hinauslief, und rügte ihn im März 1999 öffentlich wegen einer nicht abgesprochenen Neubesetzung der *Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission*, der nun auch eine Reihe von Atomkraft-Kritikern angehörten. Die ab Januar 1999 geführten Konsensgespräche zwischen Bundesregierung und Vertretern der Energiewirtschaft wurden mehrfach wegen der umstrittenen Restlaufzeiten der KKW ausgesetzt. Schließlich wurde am 15. Juni 2000 ein Kompromiss in der Frage des Atomausstiegs gefunden, nach dem die Regellaufzeit der am Netz befindlichen KKW auf 32 Jahre pro Reaktor begrenzt wurde. Nachdem ein Jahr später, am 11. Juni 2001, zwischen beiden Seiten ein Vertrag zum Atomkonsens unterzeichnet worden war, konnte am 27. April 2002 das entsprechende Atomgesetz in Kraft treten. Während der Atomausstieg von der rechten Opposition generell bekämpft wird, geht er den Umweltverbänden und auch der grünen Parteibasis nicht schnell genug.

Auch auf anderen Gebieten der Umweltpolitik war die Bilanz der rot-grünen Bundesregierung bisher durchwachsen. Einerseits verhinderte Bundeskanzler Schröder auf direkten Druck der Autokonzerne im Juni 1999 die Annahme einer EU-Altauto-Richtlinie,<sup>19</sup> und die Kohle-Lobby konnte bei der ökologischen Steuerreform Vergünstigungen für moderne Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke weitgehend verhindern. Andererseits verabschiedete der Bundestag mit der Kanzlermehrheit am 25. Februar 2000 das von der Stromwirtschaft abgelehnte Gesetz zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, das die Vergütung für eingespeisten Strom, der aus Solar- und Windenergie, aus Biomasse und Erdwärme gewonnen wurde, erheblich erhöht. Am 1. Februar 2002 billigten Bundestag und Bundesrat nach einem Vermittlungsverfahren das von Umweltminister Trittin eingebrachte neue Naturschutzgesetz, das die Wende zu einer ökologischen Landwirtschaft unterstützen soll. Im März 2002 ratifizierte der Bundestag das Kyoto-Protokoll für den Klimaschutz von 1997, und im Mai 2002 wurde der Tierschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen. Im neuen rot-grünen Koalitionsvertrag vom Oktober 2002 wurden zwar keine neuen umweltpolitischen Großprojekte vereinbart, doch soll eine Reihe Ausnahmeregelungen bei der Öko-Steuer entfallen, um so deren Lenkungswirkung in Richtung Energiesparen und damit in Richtung Umweltschutz zu verstärken.

Typisch für die Umweltpolitik der rot-grünen Bundesregierung ist der im März 2004 getroffene Kompromiss zum Emissionshandel<sup>20</sup> und den Klimaschutz-Eckwerten. Danach werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen für Industrie und Energiewirtschaft von gegenwärtig 505 Mio. Tonnen bis 2007 auf 503 Mio. Tonnen pro Jahr und bis 2012 auf 495 Mio. Tonnen begrenzt. Unter Verweis auf die Selbstverpflichtung der Wirtschaft hatte das Bundesumweltministerium im Entwurf des Nationalen Allokationsplans ursprünglich 488 bzw. 480 Mio. Tonnen vorgesehen. Durch den Kompromiss sind Branchen wie

Stahl, Glas und Keramik vorerst nicht benötigt, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Die erforderlichen CO<sub>2</sub>-Einsparungen werden nun auf dem Verkehrssektor, von den privaten Haushalten und vom Gewerbe erbracht werden müssen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2012 auf 846 Mio. Tonnen zu reduzieren und damit das im Klima-Protokoll von Kyoto festgelegte Minderungsziel zu erreichen.<sup>21</sup>

Unternehmensvertreter und Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hatten argumentiert, stärkere Umweltschutzaufgaben würden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gefährden, Unternehmen zur Abwanderung in andere Länder zwingen und so viele Tausende Arbeitsplätze gefährden. Und dies, obwohl durch den umweltpolitisch initiierten Strukturwandel in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren in nennenswertem Umfang neue Arbeitsplätze entstanden sind. In der Umwelt-Branche sind in Deutschland derzeit nach Angaben des Bundesumweltministeriums mehr als 1,2 Millionen Menschen beschäftigt, davon allein 120 000 bei den erneuerbaren Energien.<sup>22</sup> In der Steinkohle finden dagegen heute nach Gewerkschaftsangaben nur noch 70 000 Menschen Lohn und Brot.<sup>23</sup> Doch das politische Gewicht »alter« Industrien wie der Kohlewirtschaft, als deren Sprecher sich Clement sieht, ist offenbar größer als das der jungen Umwelt-Branche.

Nach Experten-Meinung sind denn auch unter dem Strich die Zugeständnisse des Bundesumweltministers an die Wirtschaft weit größer, als die des Bundeswirtschaftsministers an die Umwelt. Im Ergebnis des Kompromisses werden die Interessengruppen der großen Energieverbraucher und der Kohleindustrie einseitig bevorzugt. Während sich Wirtschaftsverbände, Industrieunternehmen und Energiewirtschaft, viele Landesregierungen und Gewerkschaften wie die IG Bergbau, Chemie, Energie dementsprechend über den Kompromiss zufrieden zeigten, übten Umweltverbände und Klimaschützer harsche Kritik. Die Leiterin Klimaschutz und Energiepolitik beim WWF Deutschland, Regine Günther, sprach von einem »schlechten Kompromiss«: »Rot-Grün hat den Emissionshandel und damit das wirkungsstärkste Klimaschutzinstrument kastriert.«<sup>24</sup>

Selbstverständlich bewegt sich Umweltpolitik stets in einem Spannungsfeld zwischen den Erfordernissen von Ökologie und Ökonomie.<sup>25</sup> In den Zeiten des Neoliberalismus werden jedoch unter dem Druck der Unternehmerverbände und ihnen nahestehender Politiker in weit stärkerem Maße als in der Vergangenheit (kurzfristige) Wirtschaftsinteressen gegen die Belange des Umweltschutzes ausgespielt. Im Zweifel wird die Ökologie der Ökonomie untergeordnet. Im Ergebnis bleibt im Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie heute immer öfter der Umweltschutz auf der Strecke.

Tabellen-Anhang auf den folgenden Seiten

21 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. März 2004.

22 Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Pressemitteilung Nr. 096/04 vom 2. April 2004; Neues Deutschland, 24. März 2004.

23 Vgl. Windkraft: Arbeitsplätze mit Zukunft, Klimaschutz und Beschäftigung, Hrsg.: IG Metall, FB Wirtschaft – Technologie – Umwelt, Frankfurt am Main 2003, S. 4.

24 Regine Günther: Pyrrhussieg für die Industrie (Interview), in: Neues Deutschland, 31. März 2004.

25 Vgl. Olaf Hillenbrand: Umwelt, in: a. a. O., S. 672.

Tabelle 1:  
**Wirtschaftsleistung und Investitionen in den Umweltschutz  
im vereinten Deutschland**

Jahr	Bruttonational- einkommen (Bruttosozial- produkt) (in Mrd. €) <sup>a, b</sup>	Ausgaben des Pro- duzierenden Gewer- bes und des Staates für Umweltschutz (in Mio. €) <sup>a, c, d</sup>	Anteil der Umwelt- schutzausgaben am Bruttonational- einkommen (in %)
1991	1722,5	23 410	1,36
1992	1759,3	25 560	1,45
1993	1738,2	24 570	1,41
1994	1763,8	24 250	1,37
1995	1791,8	23 070	1,29
1996	1808,2	21 880	1,21
1997	1832,3	19 540	1,07
1998	1863,6	16 730	0,90
1999	1903,8	15 970	0,84

a in Preisen von 1995.

b 1999 bis 2002 vorläufiges Ergebnis.

c 1999 vorläufiges Ergebnis.

d ab 1998 ohne laufende Ausgaben der Energie-  
und Wasserversorgung.

Zusammengestellt und berechnet nach: Statistisches Jahrbuch 2003  
für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 657 und 724.

Tabelle 2:  
**Investitionen für den Umweltschutz  
im Produzierenden Gewerbe des vereinten Deutschlands**

a) in absoluten Zahlen nach der Zweckbestimmung:

Jahr	Investitionen		darunter nach der Zweckbestimmung			
	für den Umwelt- schutz (in Mio. DM)	in % der Gesamt- investi- tionen	Luftrein- haltung (in Mio. DM)	Gewässer- schutz (in Mio. DM)	Lärm- bekämp- fung (in Mio. DM)	Abfall- beseitigung (in Mio. DM)
1991	8 066,2	5,3	4 073,4	2 652,3	362,3	978,1
1992	8 807,6	5,6	4 360,5	3 147,3	362,9	936,9
1993	8 552,9	6,1	4 439,2	2 697,6	285,8	1 130,3
1994	8 642,7	6,6	4 436,4	3 052,4	315,3	838,6
1995	7 385,2	5,5	3 427,0	2 864,5	325,5	768,2
1996	5 080,9	4,1	2 872,4	1 305,4	178,2	633,7
1997	3 628,9	3,0	1 620,4	1 236,5	189,3	510,5
1998	3 287,7		1 328,2	1 203,9	194,3	471,1
1999	3 534,8		1 424,5	1 187,6	179,9	652,7
2000	3 176,7		1 397,2	1 084,5	179,5	417,8
2001 <sup>a</sup>	3 152,8		1 465,8	1 014,4	186,1	416,8

a vorläufiges Ergebnis.

b) in Prozent nach der Zweckbestimmung:

Jahr	Investitionen		darunter nach der Zweckbestimmung			
	für den Umweltschutz (in Mio. DM)	in % der Gesamtinvestitionen	Luftreinhaltung (in %)	Gewässerschutz (in %)	Lärmbekämpfung (in %)	Abfallbeseitigung (in %)
1991	8 066,2	5,3	50,5	32,9	4,5	12,1
1992	8 807,6	5,6	49,5	35,7	4,1	10,6
1993	8 552,9	6,1	51,9	31,5	3,3	13,2
1994	8 642,7	6,6	51,3	35,3	3,7	9,7
1995	7 385,2	5,5	46,4	38,8	4,4	10,4
1996	5 080,9	4,1	56,5	25,7	3,5	12,5
1997	3 628,9	3,0	44,7	34,1	5,2	14,1
1998	3 287,7	...	40,4	36,6	5,9	14,3
1999	3 534,8	...	40,3	33,6	5,1	18,5
2000	3 176,7	...	44,0	34,1	5,7	13,2
2001	3 152,8	...	46,5	32,2	5,9	13,2

Zusammengestellt und berechnet nach: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, S. 687; Statistisches Jahrbuch 1997 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1997, S. 712; Statistisches Jahrbuch 1998 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1998, S. 700; Statistisches Jahrbuch 1999 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1999, S. 698; Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2000, S. 677; Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2001, S. 695; Statistisches Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2002, S. 673; Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 697; Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), Bonn 2000, S. 389.

Tabelle 3:  
Schadstoffemission im vereinten Deutschland

Emission	Einheit	1990	1992	1994	1996	1998	2000
Kohlendioxid CO <sub>2</sub>	Mio. t	1 014	928	904	923	886	858
Stickstoffoxide (NO <sub>x</sub> berechnet als NO <sub>2</sub> )	1000 t	2 729	2 323	2 055	1 897	1 724	1 600
Schwefeldioxid SO <sub>2</sub>	1000 t	5 321	3 307	2 473	1 340	874	795
Kohlenmonoxid CO	1000 t	11 213	8 351	7 065	6 109	5 425	4 768
Ammoniak NH <sub>3</sub>	1000 t	736	636	594	607	605	598
Distickstoffoxid N <sub>2</sub> O	1000 t	286	277	256	265	206	194
Staub	1000 t	1 858	625	364	303	270	255
Flüchtige organische Verbindungen (ohne Methan)	1000 t	3 221	2 539	2 158	1 892	1 739	1 600
FCKW und Halogene	1000 t	43	20	8	8	8	8
Methan CH <sub>4</sub>	1000 t	5 273	4 400	3 772	3 285	3 107	2 885

1996 bis 2000 vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 716.

Tabelle 4:  
Entwicklung der Waldschäden im vereinten Deutschland

Jahr	Waldschäden nach Schadstufen <sup>a</sup> der Probebäume		
	Schadstufe 0 (ohne Schadmerkmale)	Schadstufe 1 (schwach geschädigt; Warnstufe)	Schadstufen 2 – 4 (deutliche Schäden)
1992	29	42	29
1994	31	43	26
1996	39	39	22
1997	37	41	22
1998	38	41	21
1999	37	41	22
2000	35	42	23
2001	36	42	22
2002	35	44	21

a Der Gesundheitszustand der Bäume wird durch die Begutachtung der Baumkronen während der Vegetationszeit ermittelt.

Zusammengestellt und berechnet nach: Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2001, S. 716; Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), Bonn 2000, S. 384; Bericht über den Zustand des Waldes 2002. Ergebnisse des forstwirtschaftlichen Umweltmonitorings (Vorabdruck), Hrsg.: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), Bonn, Dezember 2002, S. 11.

Tabelle 5:  
Straftaten gegen die Umwelt im vereinten Deutschland

Jahr	Straftaten gegen die Umwelt			Verurteilte wg. Umweltstraftaten <sup>a</sup>		
	insgesamt	darunter umweltgefährdende Abfallbeseitigung	Gewässer- verunreinigung	insgesamt	darunter umweltgefährdende Abfallbeseitigung	Gewässer- verunreinigung
1991	23.817	11.622	9.911	2.493	1.188	962
1992	25.882	14.283	9.168	2.381	1.288	787
1993	29.732	18.575	8.701	2.393	1.428	631
1994	32.082	21.587	8.207	2.777	1.924	560
1995	35.643	24.619	7.075	3.306	2.456	537
1996	39.641	28.935	6.878	3.647	2.842	254
1997	39.864	29.559	6.337	3.895	3.133	409
1998	41.381	31.172	6.289	3.443	2.792	342
1999	36.663	26.762	5.862	3.420	2.799	323
2000	34.415	24.349	5.912	3.417	2.873	284
2001	30.950	22.255	4.984	3.713	3.163	285

a nur früheres Bundesgebiet, ab 1994 einschließlich der Angaben für Berlin-Ost.

Zusammengestellt nach: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, S. 715; Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2000, S. 690; Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2001, S. 723; Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 727.



Tabelle 6:  
**Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke  
im vereinten Deutschland**

Produktionsfaktoren	Einheit	1991	1993	1995	1997	1999	2001
Primärenergieverbrauch	Petajoule	14.611	14.179	14.269	14.614	14.193	14.500
Rohstoffentnahme und Import <sup>a</sup>	Mio. t	1.460	1.413	1.485	1.440	1.439	1.408
Wasserentnahme aus der Natur <sup>b</sup>	Mio. m <sup>3</sup>	51.344	48.150	48.909	47.334	...	...
Bruttoinlandsprodukt <sup>c</sup>	Mrd. €	1.711	1.730	1.801	1.840	1.915	1.981
Primärenergieverbrauch	% <sup>d</sup>	100	98,0	97,7	100,0	97,1	99,2
Rohstoffentnahme und Import <sup>a</sup>	% <sup>d</sup>	100	96,8	101,7	98,6	98,6	96,4
Wasserentnahme aus der Natur <sup>b</sup>	% <sup>d</sup>	100	93,8	95,3	92,2	...	...
Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zu Produktionsfaktoren:							
Primärenergieverbrauch	% <sup>d</sup>	100	103,2	107,8	107,5	115,0	116,6
Rohstoffentnahme und Import <sup>a</sup>	% <sup>d</sup>	100	104,5	103,5	109,1	113,3	120,0
Wasserentnahme aus der Natur <sup>b</sup>	% <sup>d</sup>	100	107,8	110,5	116,7	...	...

a Verwertete Entnahme abiotischer Rohstoffe und importierte abiotische Güter.

b Einschließlich Fremd- und Regenwasser. c Nachrichtlich; in Preisen von 1995.

d Basis: 1991.

Zusammengestellt und berechnet nach: Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2001, S. 707; Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 657 und 712; Umweltdaten Deutschland 2002, Hrsg.: Umweltbundesamt / Statistisches Bundesamt, Berlin / Wiesbaden (2002), S. 9.

Stand: 15. April 2004

LOTHAR SCHRÖTER

## Die militärische Machtentfaltung der Europäischen Union

Im Juni 1992 wurden mit den Petersberger Aufgaben die denkbaren militärischen Einsatzvarianten der EU umrissen. Danach sollten Truppen eingesetzt werden können für

- »humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze,
- friedenserhaltende Einsätze sowie
- Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen ...«<sup>1</sup>

Meine These: *Dieser Aufgabenkanon ist einzig und allein darauf abgestellt, die EU machtpolitisch, d. h. militärisch, handlungsfähig zu machen.*<sup>2</sup> Darauf weist die tatsächliche Gewichtung der Petersberger Aufgaben hin. Untersuchen wir sie.

An die erste Stelle wurden humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze befördert. Es wird der Eindruck erweckt, als handle es sich um die den EU-Streitkräften zugeordnete wichtigste Aufgabe. Entsprechend liegt nahe, dass in erster Linie Einsätze zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie von Infrastrukturanlagen und Ressourcen bei und nach Katastrophen, so auch nach kriegerischen Auseinandersetzungen, gemeint sind.

Doch: Für all das werden militärische Kontingente entweder überhaupt nicht bzw. äußerstenfalls nur kleine Spezialeinheiten benötigt. Eine Truppe von 60 000 bis 180 000 Mann, wie sie die EU plant, scheidet dafür jedenfalls aus. Zur Bekämpfung von Katastrophen und zur Nachsorge eignen sich vielmehr Formationen am besten, die dafür speziell vorbereitet und ausgestattet sind. Das sind nicht Streitkräfte, die für die Anwendung bewaffneter militärischer Gewalt ausgerüstet und ausgebildet werden, sondern Kräfte der Zivilverteidigung. Im Vergleich zu dieser sind Truppen bei Katastrophen dazu noch erheblich kostenintensiver.

In Deutschland gibt es die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW).<sup>3</sup> Sie ist das Kernstück des Katastrophenschutzes im gesetzlich 1997 und 2002 nach dem Kalten Krieg neu geregelten Zivilschutz der Bundesrepublik Deutschland.<sup>4</sup> Das THW ist grundsätzlich in der Lage, für die Abwehr und die Bewältigung von Natur-, technischen und anderen Katastrophen herangezogen zu werden. Mehr noch: Durch die hohe Qualifikation der THW-Helfer könnten sie sogar einen nachhaltigen Beitrag dazu leisten, derartigen Unglücken vorzubeugen.

Humanitäre Aufgaben könnten aber auch in der Versorgung mit Nahrungsmitteln, einschließlich Trinkwasser, in der Betreuung von Flüchtlingen, im Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen oder in

Lothar Schröter – Jg. 1952; Dr. sc. phil., Major a. D. der Nationalen Volksarmee der DDR; 1974 bis 1990 wissenschaftlicher Assistent und Dozent sowie Fachgruppenleiter Militärgeschichte der BRD und zuletzt Abteilungsleiter Militärgeschichte der NATO und der BRD am Militärgeschichtlichen Institut der DDR Potsdam. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Streitkräfte gegen Terroristen, Heft 149 (März 2003)

1 Zitiert nach Vertrag über die Europäische Union (EU). Vom 7. Februar 1992 in der Fassung vom 2. Oktober 1997, in: Thomas Laufer (Hrsg.): Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleittexten, Bonn 1999, S. 28.

der Förderung von Entwicklung, also in der Entwicklungshilfe, bestehen.

Warum soll man dies alles Streitkräften übertragen? Ist es nicht sehr viel zweckmäßiger, die dazu schon bestehenden diversen Organisationen – Rotes Kreuz, Gelbes Kreuz, Blaues Kreuz, Deutscher Entwicklungsdienst (DED) und andere Entwicklungshilfeorganisationen – und mit ihnen die Katastrophenhilfsorganisationen im gesamten EU-Raum endlich so finanziell und technisch auszustatten, dass sie den tatsächlich für sie anstehenden Aufgaben auch gerecht werden können? Das würde die Staatshaushalte im Übrigen finanziell weit weniger belasten, als wenn man diese wesensfremde Aufträge Armeen zuteilt. Zudem: Hilfsorganisationen werden als solche gleich erkannt. Rücken Truppen an, wird das Misstrauen nie gänzlich überwunden werden können. Hilfsaufgaben den dafür am besten geeigneten zivilen Trägern anzuvertrauen, d.h. sie dorthin zu verweisen, wo sie hingehören, würde schließlich und vor allem ein Beitrag zur Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen sein.

Blieben bei den humanitären noch Sicherungsaufgaben. Sollte man dafür nicht besser Polizeiformationen vorsehen? Polizeien sind fast ausschließlich nach innen gerichtete Organe des zivilen Staates. Sie sind kein Militär, welches ein Instrument der Außenpolitik ist. Und so wird das in eventuellen Einsatzräumen auch verstanden. Mittlerweile liegt ja auch die positive Erfahrung aus Namibia vor. Dort ging 1989 die Mission der Polizeien beider deutscher Staaten, dazu noch in einer früheren deutschen Kolonie, bei der Absicherung des Übergangs zu Unabhängigkeit und Demokratie mit Erfolg zu Ende.

Schlussfolgerung: Wer Professionalität bei effektivstem finanziellen Mitteleinsatz will, muss bei den eigentlich fast ausschließlich unbewaffneten humanitären Aufgaben zivile Kräfte vorsehen – oder er will etwas anderes.

Die zweite der Petersberger Aufgaben sollen »friedenserhaltende Einsätze« sein. Von der Semantik her bedeutet das, dass es noch keine Kämpfe bzw. dass es einen Waffenstillstand gibt.

In der Tat kennt die Zeitgeschichte eine Reihe derartiger Einsätze. Und in der Tat kommen dafür auch Streitkräfte in Frage. Dann, wenn sich die Konfliktparteien darauf verständigt haben, zusätzlich zu politischen Vermittlungen Truppen anderer Staaten in die Kampfgebiete zu lassen, um die Gegner räumlich auf Distanz zu halten, so die Situation zu entschärfen und politische Lösungen zu erleichtern. Derartige Missionen sind vor allem als UNO-Blauhelmissionen bekannt.

UNO-Blauhelme sollten aber nur von Staaten gestellt werden, die keine unmittelbaren politischen Interessen im Verhältnis zu den streitenden Seiten bzw. in der Region des Streits haben. Es waren also bisher in der Regel Kontingente aus kleineren, nichtpaktgebundenen Ländern. Die EU als politische, wirtschaftliche und künftig – wie angestrebt – auch militärische Großmacht kann dafür demzufolge nicht in Frage kommen. Als ehrlicher Makler wird die EU in kaum einem Konflikt akzeptiert werden, da sie mit Nachdruck weit über Europa hinausreichende politische und ökonomische Interessen verfolgt. Es wird nirgends gelingen, die Zweifel mindestens einer,

2 Siehe Roland Wegener: Ein bedeutendes Jahr. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte zur Weiterentwicklung der Westeuropäischen Union (WEU), in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Bonn, H. 6/1999, S. 429.

3 Das THW zählte Ende 2003 62 000 aktive Mitglieder, Helfer genannt. Sie sind in 665 Ortsverbänden organisiert und auf 810 Technische Züge mit je 40 aktiven und 60 Reservehelfern aufgeteilt. Dazu gibt es Schnell-Einsatz-Einheiten für Bergungseinsätze im Ausland. Das THW verfügt über 6 000 Fahrzeuge unterschiedlichster Zweckbestimmung. Bei der Hochwasserkatastrophe an der Elbe im Jahre 2002 leisteten 24 000 THW-Helfer 900 000 Arbeitsstunden bei der Bekämpfung der Flut.

4 Zum Zivilschutz zählen im Weiteren die Feuerwehren (Fw), der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und der Malteser Hilfsdienst (MHD).

wenn nicht aller Konfliktparteien auszuräumen, wenn EU-Truppen in Krisengebiete geschickt würden.

»Friedenserhaltende Einsätze« in der EU-Begriffswelt könnten sich aber auch weit über die bisherigen UNO-Blauhelmissionen hinaus erstrecken. Sie könnten z. B. auch die Teilnahme an Entwaffnungen, an der Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher Kriegsverbrecher, bei der Wiederingangsetzung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, eingeschlossen die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit und der staatlichen Ordnung, beinhalten. Doch dieses Spektrum umfasst auch hier ausnahmslos polizeiliche und eben nicht militärische Aufgaben. Alle NATO-Mächte kennen vor diesem Hintergrund die aus politischen und einsatztaktischen Gründen dringend gebotene Trennung von Polizei und Militär.

Die Schlussfolgerung daraus kann nur lauten, dass derartige »friedenserhaltende Einsätze« von Streitkräften schon aus eigenem Interesse kaum für längere Zeit ins Kalkül gezogen werden. Die nun schon über Jahre anhaltende militärische Präsenz in Bosnien-Herzegowina oder im Kosovo widerspricht dem nur scheinbar. Denn: Vorgesehen nach einer »Befriedung« ist grundsätzlich etwas anderes, allerdings fehlten dafür bislang ausreichende Voraussetzungen. Vorgesehen ist die schnellstmögliche Umstellung besetzter Territorien von einem militärisch zu einem zivil beherrschten Protektorat. Das bedeutet, dass auf Soldaten und Panzer Polizisten und Beamte folgen sollen. Die Planungen der EU sehen deshalb jetzt auch vor: 5 000 Polizisten, 200 Justizbeamte, 2 000 Katastrophenschutzkräfte, bis zu 2000 Mann vor allem an Spezialkräften sowie in größerem Umfang Verwaltungspersonal vorzuhalten.<sup>5</sup> Vor einiger Zeit kam sogar der Vorschlag, eine europäische Gendarmerie aufzustellen, die, wie in einer Reihe von EU-Staaten, unterhalb direkter militärischer Szenarien herangezogen werden könnte. Als kasernierte Truppe würde sie die Lücke zwischen der Polizei im Einzeldienst und den Streitkräften schließen.

Das ist keine bloße Theorie mehr: Als das Militär in Mazedonien entbehrlich schien und die Operation »Concordia«<sup>6</sup> am 15. Dezember 2003 endete, folgte ihr unmittelbar die EU-Polizeimission »Proxima«.<sup>7</sup>

Bei der Analyse der zweiten, also scheinbar zweitwichtigsten der Petersberger Aufgaben, der »friedenserhaltenden Einsätze«, kann man deshalb eigentlich nur zu einem Ergebnis kommen: Es handelt sich dabei um befristete Aufgaben, in der Regel um Besetzungsaufgaben. Sie sollen in der Regel nur so lange wahrgenommen werden, wie in den Besatzungsgebieten eine Gefährdung durch militärisch handlungsfähige Gegner existiert.

Bleibe die dritte: »Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedenschaffender Maßnahmen«. Sie sind ganz unübersehbar der Kern bei der Militarisierung der EU. Die im Dezember 2003 verabschiedete so genannte Europäische Sicherheitsstrategie<sup>8</sup> sieht vor, »aktiver« und mit der gesamten Palette der Instrumente, notfalls also mit aller für notwendig erachteten Gewalt, überall auf der Welt einzugreifen, wenn die Interessen der EU bedroht sind. Nach offizieller Lesart gehören dazu die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der internationale Terrorismus, die Auf-

5 Siehe Claus-Peter Müller: Nachrichten aus Brüssel, in: Europäische Sicherheit, H. 12/2003, S. 29.

6 Siehe Hans-Georg Ehrhart: Die »Operation Concordia« als weiterer Schritt zur ESVP, in: Ebenda, H. 9/2003, S. 7 f.

7 Siehe Auf Concordia folgt Proxima. Die EU-Mission in Mazedonien: Nunmehr Polizei statt Militär, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Dezember 2003, S. 5.

8 Siehe Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, in Internet: [www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html). Das Dokument lehnt sich in seiner Anlage unübersehbar an das USA-Vorbild an. (Siehe Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten vom 17. September 2002 gekürzt, in: Internationale Politik, Nr. 12/2002, S. 113-138.)

lösung staatlicher Strukturen, Bevölkerungsbewegungen oder die organisierte Kriminalität. Es braucht nicht ausargumentiert zu werden, wie rasch Begründungen daraus zur Hand sein werden, wenn Einsätze beschlossen werden sollen.

Die in der Entwicklung begriffenen militärischen Fähigkeiten der EU richten sich an dieser Aufgabe aus, nicht oder kaum an den ersten beiden. Davon wird auch die Zukunft der Bundeswehr bestimmt. Es ist charakteristisch, dass der erste von vier Punkten des Auftrages der deutschen Streitkräfte nach den am 21. Mai 2003 erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien sich eben nicht auf humanitäre, Rettungs- und friedenerhaltende Einsätze gemäß dem Petersberger Spektrum bezieht, sondern lautet: »... sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit«<sup>9</sup> Deutschlands. Und bei den Aufgaben der Bundeswehr – auch im Unterschied zu Petersberg – steht an erster Stelle: »Internationale Konfliktverhütung und *Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus* – (Hervorh. – L. S.) sind für deutsche Streitkräfte auf absehbare Zeit die wahrscheinlicheren Aufgaben und beanspruchen die Bundeswehr in besonderem Maße.«<sup>10</sup> Entsprechend ordnete Verteidigungsminister Peter Struck am 13. Januar 2004 seine Wegmarken für die Weiterentwicklung der Bundeswehr. Der streitkräftegemeinsame Ansatz unterscheidet danach (in dieser Reihenfolge!) Eingreifkräfte für »friedensschaffende« Einsätze (35 000 Mann), dann Stabilisierungskräfte für »friedenerhaltende« Einsätze (70 000 Mann) und dann erst Unterstützungskräfte für alle anderen militärischen Aufgaben (137 500 Mann). Eine klare Gewichtung zugunsten der Positionen drei und zwei der Petersberger Aufgaben also; von Aufgabe eins ist erst gar nicht die Rede. Bis zu 14 000 Bundeswehrsoldaten sollen künftig dauerhaft in Auslandseinsätze entsandt werden können – mehr als das Doppelte von heute.

Es kann überhaupt kein Zweifel bestehen, und das entspricht auch der zwingenden militärischen Logik, dass die gemeinsamen Streitkräfte der EU – wie alle Streitkräfte – also in allererster Linie auf Kampfeinsätze vorbereitet werden. Mit »Krisenbewältigung« und »friedensschaffenden Maßnahmen« ist militärischer Interventionismus<sup>11</sup> »out of area« gemeint, einzig und allein geleitet durch politische und wirtschaftliche Interessen<sup>12</sup>. Deshalb war schon vor einigen Jahren in einer vom Bundesverteidigungsministerium herausgegebenen Zeitschrift zu lesen, dass »es bei einer Intervention wahrscheinlich primär um die Durchsetzung von nationalen und Bündnisinteressen ... gehen (dürfte), z. B. Sicherung der Energieversorgung, Stärkung demokratischer Kräfte o. ä.« »In der Regel dürfte es die dauerhafte Änderung der politischen Absichten der gegnerischen Seite implizieren, sei es durch Einsicht – was nur selten oder gar nicht der Fall sein dürfte, wenn man sich die Lage im ehemaligen Jugoslawien vergegenwärtigt – oder durch direkte militärische Gewalt gegenüber der gegnerischen Führung.«<sup>13</sup> Die schon benannte so genannte Europäische Sicherheitsstrategie legt ganz in diesem Sinne das Schwergewicht auf die »globalen Herausforderungen«. Die Abhängigkeit und auch Anfälligkeit Europas von vernetzten Infrastrukturen u. a. in den Bereichen Verkehr, Energie und Information habe sich erhöht. Besonderen Anlass zur Besorgnis gebe die

9 Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin 2003, S. 27.

10 Ebenda, S. 28.

11 Nach einer offiziellen deutschen Begriffsbestimmung ist Interventionismus eine »Politik der ständigen Einmischung mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln in die inneren und äußeren Angelegenheiten eines Staates oder (einer – L.S.) Staatengemeinschaft.« (Ortwin Buchbender, Hartmut Bühl, Harald Kujat, Karl H. Schreiner, Oliver Bruzek: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik mit Stichworten zur Bundeswehr, 4. vollst. überarb. Aufl., Hamburg/Berlin/Bonn 2000, S. 159.)

12 Siehe Lothar Schröter: Nach dem neuen Denken ein neuer Bellizismus für das 21. Jahrhundert? Friedenspolitische und militärische Aspekte des modernen Interventionismus, in: Reinhard Brühl, Lothar Schröter (Hrsg.): Stahlhelm, Blauhelm, Friedenstaube. Friedenssicherung am Beginn des 21. Jahrhunderts, Schkeuditz 2001, S. 123-142.

13 Fred Bünz: Hoher Einsatz. Überlegungen zum Risiko-Kalkül beim Einsatz von Streitkräften, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, H. 9/2000, S. 563.

14 Militärtheoretiker und Militärs verlangen beim Interventionismus faktisch eine Neuaufgabe der Blitzkriegsdoktrin, weil ohne einen raschen militärischen Sieg – aus verschiedenen Gründen – schnell das politische Ziel unerreichbar wird. (Siehe Lothar Rühl: Von der Landesverteidigung zur Interventionsmacht. Die Wandlung der europäischen Seestreitkräfte, in: Internationale Politik, Nr. 7/2002, S. 25.).

15 Für seine Zeit hatte der kaiserliche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erkannt: »Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht allzu viel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, dass, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt allein niemals erhalten kann.« (Zit. nach: Willibald Gutsche: Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichskanzlers. Theobald von Bethmann Hollweg 1856-1921. Ein politisches Lebensbild, Berlin Ost 1973, S. 102.).

16 Heinz Kluss: Nationenbildung – Aufgabe des 21. Jahrhunderts? In: Europäische Sicherheit, H. 12/2003, S. 46.

17 Zit. nach: »... bestraft wird, wer das Empire herausfordert.« In: Neues Deutschland, 1./2. Februar 2003.

18 Siehe Boutros Boutros-Ghali: Das Nachkriegsdilemma. Über den Unilateralismus der USA, in: Ebenda, 28. April 2003.

Energieabhängigkeit des Kontinents. Dazu kämen der Wettstreit um andere Naturressourcen sowie die Konsequenzen von Bevölkerungsbewegungen. Offensichtlich soll das europäische Militär also primär auf diese im weitesten Sinne ökonomischen Aspekte ausgerichtet werden.

Angesichts der dramatischen Erfahrungen der Interventen im Irak, in Afghanistan und partiell in den jugoslawischen Nachfolgestaaten wird jetzt aber mehr und mehr nach einer schlüssigen Konzeption für die Zeit nach der Intervention bzw. nach einem mehr oder weniger, aber gewollt raschen militärischen Sieg nachgedacht.<sup>14</sup> Das ist nicht neu<sup>15</sup> und firmiert heute in aller Regel unter dem Terminus »Nation Building« oder »State Building«. Es wird suggeriert, als wolle man nach Krieg und Chaos und Diktatur eine Staatwerdung auf demokratischer Grundlage herbeiführen. In der ersten Phase dessen »bleiben Besatzungstruppen im Land stationiert, die für die innere und äußere Sicherheit sorgen und den Aufbau einheimischer Streitkräfte und Sicherheitsorgane unterstützen. Auch wird die Verwaltung anfangs überwiegend oder teilweise von ausländischen Administratoren geleitet und erst allmählich in einheimische Hände übergeben.«<sup>16</sup> Der Autor des Zitats kommt um die Einschätzung nicht herum, es sei ein »Protektoratsmodell« angewandt worden. Es geht also um die Implantierung von Varianten des kapitalistisch-neoliberalen Staats- und Gesellschaftssystems oder/und um die Errichtung von Vasallenregimes. Der Direktor des neokonservativen Instituts für strategische Studien an der Harvard-Universität in Cambridge/Massachusetts und einer der Vordenker der aggressiv-reaktionären Bush-Administration Stephen P. Rosen sprach es offen aus: »... unser Ziel (ist) nicht der Sieg über einen Rivalen, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Stellung und der imperialen Ordnung.« »Im Verhältnis zur Sowjetunion musste der Krieg vermieden werden. ... Imperiale Kriege zur Wiederherstellung der Ordnung unterliegen solcher Einschränkung nicht.«<sup>17</sup>

Kein geringerer als der frühere Generalsekretär der UNO Boutros Boutros-Ghali nannte die Dinge beim Namen, als er die Führung in Washington als »US-amerikanische Neo-Imperialisten« bezeichnete.<sup>18</sup> Der heutige Imperialismus, der nicht nur in den USA existiert, könnte dabei im Zeitalter der Globalisierung auch als Globalisierungs-Kolonialismus bezeichnet werden. Er unterscheidet sich vom klassischen Kolonialismus des 19. und 20. Jahrhunderts und vom Neokolonialismus der letzten 40 Jahre des 20. Jahrhunderts dadurch, dass er zu den gewaltsamen Methoden der Unterwerfung zurückkehrt und dies nicht nur in den früheren Kolonialgebieten, sondern auch in Regionen, in denen es keine Kolonien gab bzw. die ehemals zur so genannten zweiten Welt gehörten. Der Globalisierungs-Kolonialismus ist damit so weltumspannend, wie es der klassische und der Neokolonialismus nie waren. Mit ihrer Militarisierung macht die EU klar, dass sie sich daran beteiligen will.

# WOLFGANG FRITZ HAUG

## Gedanken zum 2. Juni 1967

Die Verquickung und Überlagerung von Konflikten, die 1967 im Westteil Berlins ihren ersten blutigen Höhepunkt fanden, ließ das politische Drama einen Quantensprung machen auf eine Ebene, auf der sich noch nicht einmal ein Jahr später die nächste Tragödie ereignete, deren weitere Folgen die Bundesrepublik nachhaltig verändert haben. Das hier zu erinnernde und zu bedenkende Geschehen scheint einer Logik zu folgen, die sich wie die komplementäre Gegenlogik zur von Florian Havemann geschilderten Logik des Ursprungsmotivs des gescheiterten Sozialismus ausnimmt. War doch letzterer, wie er sagte, als eines der großen Ordnungsprojekte der Moderne aus der Unordnung hervorgegangen, mit der die Anarchie des Marktes und des entfesselten Privateigentums die bürgerliche Gesellschaft heimgesucht hatte. Im heute zu Bedenkenden scheint nun umgekehrt der sozialistische Impuls einer bestimmten Ordnung zu entspringen, die wir der Einfachheit halber als die des westdeutschen Postfaschismus bezeichnen können. Vielleicht ist in der Dialektik der beiden gegenläufigen Bewegungen ein Ansatz zu gewinnen, der über entgegengesetzte Einseitigkeiten hinausführt.

Selbst wenn dieser Anspruch zu hoch gegriffen wäre, bliebe ein möglicher Zweitnutzen. Die möglichen Subjekte einer Linken im 1990 im Schwerefeld der D-Mark ineinsgefallenen Deutschland haben eine gespaltene Geschichte und können, solange dies ihr Bewußtsein bewußtlos bestimmt, nicht zueinanderfinden. Sich das heute vor siebenunddreißig Jahren mit tödlicher Energie aufladende Drama vor Augen zu führen und mit dem Geschehenen, das sich in der Stalinallee verkörperte, zusammenzudenken, mag dazu beitragen, ein, bei allen unaufhebbareren Unterschieden, gemeinsames linkes Geschichtsbewußtsein zu bilden, das – zumindest bis die an diesem Tisch vertretenen Generationen ausgestorben sein werden – wie eine Ellipse zwei Brennpunkte haben wird.

Wenden wir den Blick zurück.

Am 2. Juni 1967 ist vor der Westberliner Oper in der Kantstraße der Student Benno Ohnesorg von dem Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen worden. (Am 27. November 1967 ist Kurras von der Anklage fahrlässiger Tötung freigesprochen worden.) Was soll, mag eine von Bildern gewaltsamer Tode überschüttete und überfütterte Welt fragen, ein Toter mehr oder weniger. Doch manchmal genügt ein Funke, um ein Feuer zu entzünden. Ob der 2. Juni 1967 in der DDR geschichtswirksam geworden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Für Westberlin aber und, von dort austrahlend, für die Bundes-

Wolfgang Fritz Haug – Jg. 1936, Prof. em. Dr., Sozialwissenschaftler, bis 2001 Professor am Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin, u. a. Begründer und Herausgeber der Zeitschrift »Das Argument« und des »Historisch-kritischen Wörterbuches des Marxismus«. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Was tun? Die verwandelte Wiederkehr einer Gründungsfrage, Heft 161 (März 2004); und: 1. Volxuni des »social forum« Tübingen/ Reutlingen, Heft 147 (Januar 2003).

Der hier abgedruckte Text folgt einem Vortrag, den Wolfgang Fritz Haug am 2. Juni 2003 im Konferenzsaal der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Berliner Franz-Mehring-Platz in der

von Florian Havemann ins Leben gerufenen *Denkwerkstatt* gehalten hat. Der Abdruck eines weiteren Vortrags aus dieser *Denkwerkstatt*, mit dem Florian Havemann am 29. August 2003 das 68er-Thema aufgriff und aus anderer Sicht beleuchtete, schließt sich dem des Haug-Beitrages unmittelbar an.

Im Rückblick auf die erste Zusammenkunft der *Denkwerkstatt* am 25. April 2003 vermerkte Wolfgang Fritz Haug: »Beim ersten Treffen hat Florian Havemann eine reizvolle Mischung von Erinnerungen ans Aufwachsen in der Stalinallee und seinen Onkel Henselmann mit historisch-kritischen Überlegungen zum Entstehen und Vergehen des in der DDR wie immer beeinträchtigt und entgleisend zum Zuge gekommenen Sozialismus vorgetragen. Der Ort unseres Treffens, das Turmzimmer am Frankfurter Tor mit seinem *genius loci* und dem Blick auf die umliegende Stadtlandschaft gab seinen Worten eine Anschaulichkeit, die wir heute nicht bieten können. Zumal der Ort des heutigen Geschehens (die Räume der Rosa-Luxemburg-Stiftung befinden sich im Gebäude des ehemaligen SED-Zentralorgans *Neues Deutschland* – d. Red.) politische Nöte atmet, die nach anderem verlangen, als was wir zu erinnern haben. Der Zufall hat gewollt, daß unser zweites Treffen am 2. Juni 2003 stattfindet, und weil mir die Bemerkung herausgerutscht ist, daß wir dem Wink folgen und uns damit beschäftigen sollten, was heute vor sechsunddreißig Jahren geschah, blieb es an uns hängen, etwas zu sagen.«

republik ist Benno Ohnesorgs »klarerweise unprovoked Tod«, wie Jürgen Habermas am 20. Juni 1967 in einer Diskussion mit Dutschke gesagt hat, zu einem »point of no return« geworden.

Um die Gründe zu verstehen, die dem Geschehen eine derart unaufhaltsame Dynamik mitgeteilt haben, müssen wir uns vor Augen führen, daß sich damals der Protest gegen einen als ungerecht erfahrenen Krieg der USA mit dem Protest gegen eine als Gefährdung der demokratischen Freiheiten erfahrene Veränderung des Grundgesetzes viel inniger verband, als heute die Proteste gegen die neoliberale Globalisierung mit den Protesten gegen die amerikanische Kriegspolitik und dem Kampf gegen den neoliberalen Sozialabbau im Innern. 1967 war das Jahr der Notstandsgesetze, mit denen der westdeutsche Staat sich einbunkerte gegen mögliche soziale Bewegungen. Und es war die Zeit, in der eine erste krisenhafte Schwäche der Wirtschaftswunderkonjunktur zu einer großen Koalition geführt hatte. Die oppositionellen Kräfte fühlten sich nicht mehr im Parlament vertreten. Eine außerparlamentarische Opposition bildete sich. Ausläufer der Erschütterung, die die chinesische Kulturrevolution hervorgerufen hatte, verbanden sich mit Impulsen der wachsenden amerikanischen Protestbewegung gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam. In Berkeley bildete sich eine neue Formensprache des studentischen Protests heraus, die mitsamt der dazugehörigen Terminologie ins amerikazugeneigte Westberlin mit seinen Austauschstudenten und seinen amerikanischen Garnisonen herüberwirkte. Eine ganze Generation lernte von heute auf morgen Wörter wie *sit-in*, *teach-in*, ja *love-in* und sogar *be-in*. Die werdende Bewegung bedankte sich mit einem Gegengeschenk an die GIs der Westberliner Garnison: Für den Fall ihrer Abberufung nach Vietnam rief der studentische Konvent sie zur Desertion auf und bot ihnen Hilfe beim Untertauchen an. Es versteht sich, daß man erst recht Solidaritätsaktionen für die vietnamesische Befreiungsfront beschloß und von nun an keine Gelegenheit ausließ, bei allen möglichen offiziellen Anlässen provokativ Geld zu sammeln, was immer wieder zu Beschlagnahmen führte.

Das *make love not war*, das wie ein Wappenspruch über der Szene hing, deutet eine weitere Dimension an. Das sogenannte Wirtschaftswunder hatte die Bedingungen für eine Veränderung der Lebensweise geschaffen, die sich vor allem bei den Jüngeren mit Ausdrucksformen geltend machte, die von den Älteren weder verstanden noch toleriert wurden. Das galt besonders für sexuelle Freiheiten, die sich Teile der werdenden Bewegung immer spektakulärer herausnahmen.

Zum Beispiel war damals noch Pornographie verboten, genauer: ihre öffentliche Vorführung. Doch wenn viertausend Studenten das Auditorium Maximum der Technischen Universität füllen, kommt kein Polizeieinsatz dazwischen. So führte der ASTA auf drei Leinwänden simultan Filme vor, in denen kopuliert wurde, was in der Serie wie eine Manufaktur wirkte. Danach wurde über Sexualität und Herrschaft geredet, bis drei junge Studenten auf die Bühne sprangen, ihre Kleider abwarfen, ihre flachbäuchigen sonnengebräunten Körper ausstellten und Studentinnen aufriefen, es ihnen gleichzutun. Das tat aber keine, und auch bei den drei Helden tat sich nichts, was



sie auf »die kalten wissenschaftlichen Augen von diesem Haug« schoben. Sie hatten offensichtlich meinen Blick ganz falsch verstanden. Ich fand sie ihrerseits aseptisch. Sie glichen jenen unbedarften Sportlerstatuen, die man vor Schwimmbädern aufzustellen pflegt.

In solchen Dimensionen unserer Geschichte dürften die Generationserfahrungen aus den beiden deutschen Staaten sich am ehesten berühren. Die Musik der Beatles, die länger werdenden Haare, das Abstreifen der bürgerlichen Uniform, die Aufkündigung des Krawattenzwangs, der Siegeszug der Jeans und des offenen Kragens, der Auftritt des nackten Körpers brachen mit einer bis dahin fast unangefochten herrschenden Ordnung, die zunehmend als unerträglich empfunden und herausgefordert wurde. Deren Abwehrkampf gegen musikalischen Geschmack, Röhrenhosen und langes Haar bei jungen Männern ist auf beiden Seiten der damals ihrem fünften Jahrestag entgegengehenden Mauer geführt und verloren worden. In der DDR ging dies mit einer Spaltung der Kultur einher, wie sich am eisernen aufrechterhaltenen Krawattenzwang und Titeltakt in DDR-Restaurants ablesen ließ, was einen zuletzt generationentiefen Abstand der Kulturen in den beiden deutschen Staaten markiert hat.

1967 jedenfalls summierten sich und überlagerten einander in Westberlin die unterschiedlichsten Konflikte größeren und kleineren Ausmaßes. Als die Polizei die Räume des SDS durchsuchte und die Mitgliederkartei beschlagnahmte, protestierte selbst der RCDS dagegen. Überhaupt war die studentische Rechte von der kulturellen Dimension der Bewegung mitgezogen, was an den geföhnten lockigen Haaren abzulesen war, mit denen sich plötzlich auch Sprecher aus diesen Kreisen zu zieren begannen.

Eine Anekdote ist vielleicht geeignet, als Merkbild zu dienen.

Das Februarheft des *Argument* von 1966 war dem Vietnamkrieg gewidmet. In meinem Editorial findet sich auf den Begriff gebracht, was als eine Art Kriegsgrund zwischen Studenten auf der einen, Professoren und Behörden auf der anderen Seite fortwirken sollte: »Wissenschaft ist, so sehr es viele ihrer Vertreter leugnen mögen, innerlich nie unpolitisch, sondern vielmehr selber ein gesellschaftliches Verhältnis. (...) Dabei können wir nicht einmal mehr, wie die Deutsch-Französischen Jahrbücher vor 120 Jahren, deren späte Nachfolger wir in mancher Hinsicht sind, ohne weiteres davon ausgehen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen«. Eher schon können wir davon ausgehen, daß unsere Adressaten längst unter dem Alptraum der falschen Gesellschaft leiden, von der sie nur einen Begriff haben müssen, damit ihr Leid sich in befreiende Energie umwandele.« (8. Jg., H. 1, 1966, 1)

Das Heft wird dann übrigens eröffnet mit dem großen Artikel von Georg W. Alsheimer, alias Erich Wulff, *Die Amerikaner in Vietnam*, den Herbert Marcuse ins Amerikanische und André Gorz ins Französische übersetzen (und in Sartres Zeitschrift *Les Temps modernes* veröffentlichen) ließen.

Zum Argument-Klub – er war übrigens am Rande einer vom Rektor mit Polizeihilfe verbotenen und dann (wie so manche Unruhe in der späten DDR) im evangelischen Gemeindehaus abgehaltenen Veranstaltung mit Erich Kuby gegründet worden –: Zu dieser Grup-

Diese Denkwerkstatt soll ein Ort des Austausches sein zwischen Intellektuellen und Künstlern auf der einen Seite und Menschen, die in direkter Weise Politik machen – ich hoffe hier auf eine gegenseitige Befruchtung und Beeinflussung. Daß hier allein die Intellektuellen die Gebenden und die Politiker die Nehmenden sein könnten, würde ich vermeiden wollen. Auch Intellektuelle haben von Politikern einiges zu lernen. – Florian Havemann beim ersten Treffen der *Denkwerkstatt* am 25. April 2003.

Ich gehe davon aus, daß wir hier zusammen kommen, um uns mit der Frage herumzuquälen, was hier und heute und in Beziehung zu den von uns absehbaren Entwicklungen links sein könnte, welche linken Alternativen es zum Bestehenden geben könne – insbesondere aber auch, um die Frage zu beantworten, ob es in Deutschland eine linke, sozialistische Partei, eine Partei links von der SPD geben kann und was diese gegebenenfalls ausmache. – Florian Havemann beim ersten Treffen der *Denkwerkstatt* am 25. April 2003.

pirung, aus der später mehrere ASTA-Vorsitzende und auch der SDS-Bundesvorsitzende in der Hochzeit der Proteste hervorgegangen sind, stieß ein Stipendiat der nationalkonservativen Studienstiftung des Deutschen Volkes, ein klug aussehender bebrillter junger Mann, der sein konservativ geschnittenes Haar streng gescheitelt – wie mit dem Beil gezogen – trug. Er machte einen pünktlichen Eindruck. So wurde er zum Korrektor der Zeitschrift bestellt. Die erste Auflage jener Vietnamnummer legt davon Zeugnis ab: Sie war zu unserer maßlosen Überraschung gespickt mit mindestens einem halben Hundert Druckfehler. (In den sage und schreibe sieben Nachauflagen des Heftes sind sie natürlich korrigiert.) Die Überraschung wurde durch eine zweite in den Schatten gestellt, denn wenige Monate später war aus unserem Studienstiffler eine Art Struwwelpeter geworden, dessen Haar nach allen Seiten struppig explodierte und dessen Foto aus jener Zeit noch ebenso gewärtig ist wie sein Name. Ich spreche von Rainer Langhans, neben Fritz Teufel die subversive Narrenfigur des historischen Moments, die die Akte der unaufhaltsam ihren Lauf nehmenden Tragödie mit ihren inszenierten Streichen und Sprüchen unterbrach und die Medien mit Bildern und Beispielen versorgte, die die öffentliche Erscheinung der immer weiter anschwellenden sozialen Bewegung, die unterm Namen der Studentenbewegung bekannt geworden ist, mitgeprägt hat.

Die rasante Verwandlung des Rainer Langhans durchlief in einer einzigen Person die Extremgestalten, die damals die Bevölkerung spalteten und das Mehrheitsmilieu der Normalen alten Typs mit Aggressionen auflud, die sich in pogromartigen Akten entluden.

Man muß sich die Schockwelle vorstellen, wenn den Kindern des Wohlstands gesagt wurde, sie seien vom Osten gesteuerte »langhaarige Affen« und sollten »doch nach drüben« gehen. Oder wenn – nun allerdings zehn Jahre früher – wir von der Studentengruppe gegen Atomrüstung Flugblätter verteilten, die, weil das Wort »Gesellschaft« darin vorkam, östlichen Ursprungs verdächtigt wurden – eine Erfahrung, die man als Student ähnlich in Seminaren machen konnte, wo das Wort Gesellschaft in der auslaufenden Adenauerzeit ein Unwort war.

Wer immer gesagt kriegt, er sei rebellisch, wird es am Ende.

Wenn es in der Sache bereits genügend Anlaß zu Protesten gab und diese Proteste erstmals vom Rand ins Zentrum durchzudringen begannen, so riefen sie alsbald Protestverbote und Protestdifferenzierungen hervor. Als Konflikt ums politische Mandat etwa der Studentenschaft mit den dazugehörigen Disziplinarmaßnahmen spielen Nachfolgekonflikte auch heute noch eine Rolle. Der verbotene Protest wurde doppelter Protest. Der Protest gegen die versuchte Erhöhung der Studiengebühren und das Verbot einer Demo dagegen addierten sich zum bereits virulenten Konfliktpotential. Die Festnahme von Studenten, die gegen eine Kranzniederlegung des Bundeskanzlers Kiesinger in Plötzensee, dem Ort der Hinrichtung der antifaschistischen Widerstandskämpfer, durch einen Mann, der als NS-Kriegsrichter noch nach Kriegsende Deserteure verurteilt hatte, führte zu Protesten, die mit Verboten bedacht wurden, die wiederum mit Lust erst recht übertreten wurden. Dabei war der Staat mit seinem repressiven Argwohn der Bewegung immer einen Schritt vor-

aus. Er reagierte präventiv und rief so die Aktionen erst vollends hervor.

Was könnte damals wie heute mehr Anlaß dazu bieten als Staatsbesuche. Erst recht, wenn einer der höchsten Vertreter der kriegführenden USA ins Haus steht. Die Bewegung trat mit der Vietkong-Fahne gegen das Sternbanner auf. Im April 1967 kam es zur Festnahme von 11 Studenten, überwiegend Mitglieder der Kommune I, unterm Vorwurf, ein Bombenattentat auf den amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey geplant zu haben. Der *Abend* schrieb, »Maos Botschaft in Ost-Berlin lieferte die Bomben«. Bei den Bomben handelte es sich in Wirklichkeit um Rauchkerzen und Plastikbeutel mit Farbstoff, Pudding und Mehl. Ein paar Tage später schloß der deutsch-amerikanische Schriftsteller Reinhard Lettau im Audimax seinen Vortrag mit den Worten, er werde den Versammelten das Resultat seiner Berliner Presseanalyse dadurch mitteilen, daß er jetzt die Berliner Zeitungen zerreiße – was er denn auch tat. Dieser szenisch buchstäblich vollzogene Verriß der Westberliner Presse drückte aus, was die anschwellende Sozialbewegung von den Medien dachte. Und da drei Tage später der Militärputsch in Griechenland stattfand und die Einrichtung von KZ für Linke und Demokraten (u. a. Papandreou und Sohn) bekannt wurde, kann man sich vorstellen, daß vor dem Hintergrund der Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik die Befürchtung einer schleichenden Re-Faschisierung der Verhältnisse immer mehr Anhaltspunkte fand.

Als der bis dahin politisch nicht hervorgetretene Benno Ohnesorg, Mitglied der evangelischen Studentengemeinde, am 2. Juni 1967 von dem Polizisten Kurras »klarerweise unprovokiert« erschossen wurde, geschah dies im Rahmen einer Polizeiaktion, die es dem Schah von Persien, Reza Pahlewi, ermöglichen sollte, sich mit seiner Frau Farah Diba an Mozarts *Zauberflöte* zu ergötzen, ohne beim Verlassen der Oper den Anblick von Demonstranten erdulden zu müssen. Bereits in Bonn, dann in München war der Besuch der Staatsgäste von Protesten begleitet gewesen.

Bei der Westberliner Polizei herrschte Alarmzustand, seit in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai in allen Stadtteilen Steckbriefe gegen den Schah aufgetaucht waren. Dieser, so verkündeten sie, werde gesucht »wegen Mord und Folterungen an dem Journalisten Karpour Schirazi, an dem Außenminister Hossein Fatemi, an dem Justizminister Lotfi nach vorherigem Ausreißen der Augen, an einundsiebzig oppositionellen Offizieren, an Hunderten von Kommunisten, an ziviler Bevölkerung und Studenten.«

Wie Tschombé den linksbürgerlichen Lumumba, hatte Pahlewi mit CIA-Hilfe den linksbürgerlichen Reformer Mossadeq beseitigt. Und wie im an Bodenschätzen reichen Kongo, wo der Massenmord dieser Tage wieder einmal Triumphe feiert, ist auch der Iran, der sich in Reaktion auf jene westlich gestützte Ausbeuterdiktatur dem Islamismus in die Arme geworfen hat, heute fortwirkend noch immer ein Brennpunkt der Weltkonflikte, weil er auf der Abschußliste der amerikanischen Administration steht.

Am Vorabend der Erschießung von Benno Ohnesorg hatte der ASTA der FU Berlin eine Informationsveranstaltung mit 2000 Studenten zu »Persien – Modell eines Entwicklungslandes« durchgeführt.

Ich glaube, daß wir nicht versuchen sollten, diese Frage direkt zu beantworten, daß wir uns vielmehr erst einmal mit Geschichte, mit unserer Geschichte, beschäftigen sollten: ausgehend davon, daß es noch keine allgemein verbindliche Auffassung dessen gibt, wie die Entwicklung der sozialistischen/kommunistischen Bewegung zu erfassen, zu verstehen sei; ausgehend davon, daß jeder der hier Versammelten versucht haben wird, sich einen Reim auf diese Geschichte zu machen, sie in irgendeiner Weise für sich zu interpretieren; ausgehend auch davon, daß es noch keinen wirklichen Austausch dieser Geschichten und Geschichtsinterpretationen gegeben hat – besonders nicht einen, der auch die für jeden offenen Fragen benennt, die Dinge, mit denen man nicht klar kommt, die man sich nicht erklären kann; ausgehend weiter davon, daß diese Geschichtsinterpretation, die jeder für sich vornimmt, ganz wesentlich die Perspektive bestimmen wird, von der aus man die gegenwärtige Situation, die Zukunftsaussichten des Sozialismus und die also anstehenden Aufgaben sieht; und ausgehend schließlich davon, daß sich die Vorschläge, die jeder in der gegenwärtigen Situation macht, nicht allein von den politischen Realitäten und gesellschaftlichen Entwicklungen herleiten, sondern ganz entscheidend eben von diesen Perspektiven geprägt sein dürften, die sich jedem auf Grund seiner eigenen Geschichtsinterpretation in ganz unterschiedlicher Weise bieten. – Florian Havemann beim ersten Treffen der *Denkwerkstatt* am 25. April 2003.

Der Streit, wie es weitergehen soll – er wird geführt, wird auch geführt werden müssen, die Aufgabe der *Denkwerkstatt* dabei sollte sein, immer wieder innezuhalten, die eigene Position in Frage zu stellen, sie mit Menschen diskutieren zu können, die hier nicht Konkurrenten, politische Gegner, sondern ebenso Suchende sind. Was wir als *Denkwerkstatt* nicht versuchen müssen, das ist, zu einer gemeinsamen Haltung und Einschätzung zu kommen. Als eine Gemeinschaft, die darauf aus ist, eine der linken Strömungen zu stärken und mit klugen Ideen zu versorgen, sollten wir uns nicht begreifen. Eine neue Stärke der Linken – das ist, wie ich annehme, sicher unsere gemeinsame Überzeugung – kann in unserer Zeit nur aus der offenen, der dabei aber nicht nur kritischen, sondern auch solidarischen Debatte entstehen. – Florian Havemann beim ersten Treffen der *Denkwerkstatt* am 25. April 2003.

Überhaupt hatte sich an der FU inzwischen eine studentische Öffentlichkeit – mit Bundesgenossen unter Schriftstellern und einigen wenigen Professoren – entwickelt, die einfach an allem Anstößigen Anstoß nahm. Was sie tat, läßt sich auf die Kurzformel der immanen Kritik bringen. Sie konfrontierte die Verfassungswirklichkeit mit der Verfassungsnorm, die autoritären Strukturen mit den Bekenntnissen zur Demokratie, das Wort zum Sonntag mit dem, was unter der Woche geschah. Später wird man sagen, daß es Aktivitäten dieser Art waren, die dem Postfaschismus in der Bundesrepublik ein Ende bereitet und das Land in ein »normales westliches Land« verwandelt haben.

Und wie heute die Großen der Welt sich nicht versammeln können, ohne daß die Kritiker ihrer Politik dort ebenfalls zusammenströmen, so damals die Studenten. So erschienen etwa zur feierlichen Eröffnung des Kennedy-Instituts tausend ungeladene studentische Gäste, die den Regierenden Bürgermeister mit Buh-Rufen empfangen. Die Springerpresse griff diesen an, weil er die »roten Radaubröder« demonstrieren lasse.

Doch damals machte der Staat mit einer Gewalt und in Formen mobil, von denen ein Jürgen Habermas sich an die NS-Zeit erinnert fühlte.

Daß die Spirale von Gewalt und Gegengewalt sich noch immer höher schraubte, wurde durch die internationale Situation gefördert. Drei Tage nach Benno Ohnesorgs Tod überschattete der 6-Tage-Krieg im Nahen Osten dieses Ereignis, der jenes Besatzungsregime hervorrief, unter dem noch immer Tag um Tag gestorben wird und der einen der heute gefährlichsten, weil von der Gefahr einer nuklearen Katastrophe durchlauernten Konflikt hinterlassen hat.

Diesen Horizont muß man sich vorstellen, wenn man die Dynamik der Konflikte und Ängste verstehen will, die einen Hexenkessel angeheizt hat, der die kulturell vermutlich schöpferischste Phase der Bundesrepublik bedeutet hat.

Damals löste die demonstrativ getragene Trauer um Ohnesorg neue Aggressionen aus. Frigga und ich bekamen sie persönlich zu spüren. Nach dem Tod von Benno Ohnesorg befestigten wir einen schwarzen Stoffstreifen an der Antenne unseres Autos, das ich von meinem Vater zur Promotion geschenkt erhalten hatte. Das führte zu bedrohlichen Straßenszenen. Mehr als einmal wurden wir gefährlich von anderen Wagen geschnitten, besonders erinnere ich mich an ein Taxi, dessen Fahrer drohend die Faust schüttelte und schrie, »studier erst mal richtig!«.

Das Juliheft 1967 (Nr. 43) des *Argument* heißt dann *Wissenschaft als Politik*, und das Editorial befaßt sich mit dem Konflikt um die Rezension eines Seminars von Ernst Fraenkel, der in panischer Paranoia unsere Zeitschrift als »dunkle Macht im Hintergrund« wählte. Es geht um Demokratie und rationale Öffentlichkeit. Der Name der Zeitschrift, *Das Argument*, ist Programm. Am Ende des Editorials folgt ein kleingedruckter Zusatz: »Die vorstehende Kontroverse ist durch die Ereignisse vom 2. Juni und durch die seitherige Entwicklung ebenso belanglos wie entsetzlich aktuell geworden. Das Stereotyp von den dunklen Mächten im Hintergrund hat zugeschlagen. Angesichts der Erschlagung von Benno Ohnesorg und

angesichts der täglich wachsenden Hetze gegen die ›radikalisierten Minderheiten‹ droht rationales Argumentieren zuschanden zu werden: Ritual und Polizeiterror haben ihren Zusammenhang gezeigt: In Krisensituationen geht die in Ritualen verborgene mittelbare Herrschaft in unmittelbare über. (...) Keine noch so potente ›Minderheit‹ wäre zu fürchten, würde an der Universität in aller Öffentlichkeit am Aufbau demokratischer und rationaler Verhältnisse zusammengearbeitet.« (93)

Man ersetze übrigens einmal probeweise »Universität« durch »DDR«, und man wird auf einen Schlüssel zum Verständnis der weiteren Entwicklung stoßen.

Anfang Juli 1967 sprach dann Herbert Marcuse im überfüllten Audimax der FU über »Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition«. Im *Argument* (Nr. 45, Heft 5/6 1967) erschien der Vortrag zusammen mit kritischen Anmerkungen Abendroths, dazu Günther Anders' »Philosophisches Wörterbuch heute« zum Vietnamkrieg und ein Beitrag zum arabisch-israelischen Konflikt von Baber Johansen. Die Akteure und Adressen haben sich seither geändert, aber im Großen wirkt die Konstellation weiter mit dem einzigen, desto signifikanteren Unterschied, daß kein Gleichgewicht des Schreckens der imperialen Gewalt eine Grenze zieht.

Stilles Wasser ist klar. Kommt es in Bewegung, wird es trübe. Die Schnelloptimierung bringt Rohmaterial an die Oberfläche. Ohne politische Erfahrung, ausgeliefert der Rhetorik, jederzeit bereit, sich in irgend eine Richtung bewegen zu lassen. Die Polarisierung, die in einer Gesellschaft zunimmt, wiederholt sich im Innern der rebellischen Bewegung wie im Innern der konservativen Kräfte.

Am ersten Weihnachtstagsabend 1967 ergreift Rudi Dutschke in der Kaiser-Wilhelm-Kirche das Wort, um gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam zu sprechen. Es kommt zum Tumult. Dutschke wird verletzt. Ein Kriegsinvalide schmettert ihm seine Krücke über den Schädel.

Am folgenden Gründonnerstag, 11. April 1968, wird Rudi Dutschke von dem Hilfsarbeiter Josef Bachmann auf dem Kurfürstendamm vom Fahrrad gerissen und niedergeschossen.

Unter den 15- bis 25jährigen quer durch alle Gesellschaftsklassen kennen inzwischen mehr den Namen Rudi Dutschke als den des Bundeskanzlers.

Die liberal-konservativen Instanzen verlieren jede Glaubwürdigkeit bei der Jugend. Schließlich werden ihre besten Vertreter, wie man an der weiteren Entwicklung des Regierenden Bürgermeisters, des Pfarrers Heinrich Albertz, oder auch des Innensenators, Wolfgang Büsch, ablesen kann, von tiefen Selbstzweifeln erfaßt. Die Springersche Hetze ekelt sie an, und der plumpe Polizeistaatstil der Gewaltapparate macht ihnen Angst.

Am Ostermontag, 15. April 1968, sagt Heinrich Albertz auf einer Kundgebung am Funkturm, die unter dem Motto »Für einen neuen Anfang« abgehalten wird: »Ich spreche als einer, der versucht hat, aus seinen Erfahrungen und Fehlern zu lernen. Ich spreche als einer, der, wenn er an das entsetzliche Attentat vom Gründonnerstag denkt, auch an einen anderen denken muß, der am 2. Juni 1967 erschossen wurde und für den er Mitverantwortung trägt.«

Abends ergreifen u. a. Dahrendorf, Ristock und wiederum Albertz das Wort. Das ist der Re-Integrationsversuch der ethisch weniger abgestumpften und z. T. auch einfach klügeren Sozialliberalen.

Im Rückblick erscheint vieles unerledigt – und doch folgenreich. Oskar Negt hat dazu bemerkt, die Hauptziele seien Makulatur, doch die unterschwelligen Ziele Geschichte. Er meint nicht vergangene Geschichte, sondern weiterhin geschichtsbildende Kräfte.

Ein Effekt erster Generation der Studentenbewegung bestand darin, Liberale nach rechts zu treiben, selbst Linksliberale wie meinen damaligen Chef, den FU-Rektor Lieber, von dem wir als junge Studenten zum ersten Mal von Horkheimer und Adorno gehört hatten, der noch im Februar 1967 seine Rede zur Eröffnung einer Auschwitz-Ausstellung im *Argument* veröffentlicht hatte und der sich jetzt einer reaktionären Gruppe, die sich »Notgemeinschaft« nannte, anschloß, um schließlich verbittert an die Sporthochschule Köln als Rektor zu gehen, nachdem der erste Reformkonvent der FU ihm bei der Präsidentenwahl unter kräftiger Mitwirkung seiner Assistenten (ich war einer davon) eine Niederlage verpaßt und Rolf Kreibich gewählt hatte.

Ein Effekt zweiter Generation bestand darin, daß sich unter den liberalen und demokratischen Intellektuellen die klügeren, kühneren und risikobereiteren für Ideen der Studentenbewegung zu öffnen begannen. Sie mäßigten die Bewegung, indem sie die reformistisch erfüllbaren Ziele und die radikal kapitalismuskritischen auseinanderdividierten. Sie verwandelten, was nach einer Revolution ausgehen hatte, in eine Reform. Daß es das gibt – eine sozialliberale und sozialdemokratische Reformkraft, übrigens unter Beteiligung vieler Verantwortlicher aus der Evangelischen Kirche –, bringt jene spezifische Kombination von Reformfähigkeit vorm Hintergrund der Resignation radikalerer Vorstellungen zum Ausdruck, worin sich die BRD erneuert und eine eigene Legitimität erwirbt. Das ist ein Prozeß, dem in der DDR nichts entspricht.

In Frage stand doch: Was macht eine Gesellschaft angesichts eines von den Vertretern der Ordnung als Bedrohung empfundenen Änderungsverlangens, das »von innen« kommt, nicht von jenseits der Mauern? Als von außen belagerte Festung könnte sie immer weiter bestehen. Auch Westberlin kann ja in vergleichender Sicht als eine Art DDR des bürgerlich-kapitalistischen, US-geführten Lagers aufgefaßt werden. Nur daß eben hier die Reformfähigkeit wie ein evolutionärer Vorteil wirkte.

An diese Zeit erinnern, heißt nicht, Ruhmeskränze verteilen. Wie von der 1848er-Bewegung sind allerlei unerfreulich verwandelte Gestalten von der 1968er-Bewegung übrig geblieben. Die bekifften Apo-Opas mit ihren mottenzerfressenen Bärten bildeten noch die harmloseste Form des Veteranen. In Massen wurden aus jungen Revolutionären alte Spießer die einen, smarte Machtmenschen die andern. Wieder andere wandelten sich zu bürgerlichen Konvertiten im Büßerhemd wie Semler, neoliberal-konservativen Populisten wie Enzensberger, neuvölkischen Faschisten wie Horst Mahler oder, in Anflügen, Bernd Rabehl.

In Italien sprach man nach 1989 von den »marxisti pentiti«, den reuigen ehemaligen Marxisten, in Abwandlung der »mafiosi pentiti«. Die Konvertiten im Büßerhemd sind eine besondere Pest heute, wie sie damals eine waren, als sie auf die totalitäre Tragödie des Stalinismus die stalinistische Posse ihrer Parteisekten folgen ließen: prokonjunkturelle Glücksritter. Ulrike Meinhof und ihre Genossen machten den stalinistischen oder auch maoistischen Histrionismus nicht mit, obgleich auch sie, wie der von ihnen gewählte Name »Rote Armee Fraktion« zeigt, sich in grotesker Verkennung der geschichtlichen Situation ins heroische Kostüm in diesem Fall aber der prästalinistischen revolutionären Vergangenheit warfen und schließlich in den Tod gingen, nachdem sie den Weg des Tötens ausgesuchter Klassenfeinde eingeschlagen hatten. Im *Argument* (105/1977) schrieb ich, dessen politische Ziehmutter Ulrike Meinhof in der studentischen Antiatombewegung einst gewesen war, den Leitartikel »Gegen den Terrorismus«.

Auf einer Ebene kann man sagen, daß durch jene Bewegung hindurch der fordistische Konsumismus einen veraltenden Konservatismus und am Ende auch die Studenten besiegt hat, wo sie zu siegen schienen. Und dennoch: Die Bewegung war der Eisbrecher der (west-)deutschen Nachkriegsgeschichte.

Aus einer unerträglich empfundenen Ordnung als schöpferische Unordnung hervorgegangen, erfand sie vielfache Formen sozialer Praxis. Soziale Phantasie kam auf Gruppenebene vielfältig an die »Macht« in dem schlichten Sinn, daß etwas machbar wurde und tatsächlich gemacht wurde, was vorher unvorstellbar war.

Man denke nur an die »Aktion roter Punkt«, als die Fahrpreise wieder einmal erhöht werden sollten: Eine Bewegung des Mitnehmers im PKW setzte die Verkehrsbetriebe unter Druck, wie übrigens auch heute die Mitfahrorganisation übers Internet angesichts der Preispolitik der Bahn ungeheuer angewachsen ist.

Zu den Folgen rechnet der Tod des Untertans und das Ende des dumpfen Postfaschismus mit Spätfolgen wie der Entstehung der Turnschuhpartei der Grünen. Das »Verbot, den Rasen zu betreten« hat seine Kraft verloren. Ein gewisser Normalisierungszwang ist gesprengt.

Auf ihrem Höhepunkt im Anschluß an das Attentat auf Rudi Dutschke hat jene Bewegung einen Einfallsreichtum und eine Schöpferkraft bewiesen, von welcher linke und radikaldemokratische Politik einen Begriff behalten muß. Normalerweise ist entweder der Staat oder das Kapital die Instanz, welche die arbeitsteiligen Kompetenzen der Gesellschaft zu konkreter Produktivität oder Handlungsfähigkeit zusammensetzt. Hier aber kamen diese Fähigkeiten von überall her zusammen. Diese Selbstzusammensetzung der sozialen Kräfte erscheint unserer Zeit als Utopie. An der sozialen Bewegung, die am 2. Juni 1967 in Westberlin ihren ersten dramatischen Höhepunkt erfuhr, läßt sich ablesen, daß sie zur konkreten Möglichkeit werden kann.

## FLORIAN HAVEMANN

### 68er Ost

Bis jetzt bin ich an meiner Absicht, daß wir uns hier erst mit der Vergangenheit des Sozialismus beschäftigen müssen, wenn wir denn gemeinsam über seine Zukunft nachdenken – bzw. vorausdenken – wollen, noch nicht irre geworden. Ich bin es auch nicht durch unser Treffen am 2. Juni, das schon etwas von der Schwierigkeit offenbarte, ein solches Gespräch über die Vergangenheit so zu führen, daß diese dabei nicht bloß Vergangenheit bleibt. Wir haben am 2. Juni – veranlaßt dadurch, daß dies der Tag ist, an dem im Jahre 1967 in West-Berlin am Rande einer Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs der Student Benno Ohnesorg erschossen wurde, und angeregt durch einen Einführungsvortrag von Wolfgang Fritz Haug – über das mythische Jahr 68 diskutiert und versucht, den Entwicklungen im Westen, die in diesem Jahr kulminierten und von ihm auch angestoßen wurden, nachzuspüren.

Florian Havemann –  
 Jg. 1952, nach Protesten  
 gegen den Einmarsch in die  
 ČSSR 1968 Verurteilung  
 wegen staatsfeindlicher  
 Hetze, 1971 Flucht in den  
 Westen, Arbeit als Elektriker,  
 Hausmeister und Beleuch-  
 ter, Bühnenbild-Studium an  
 der Hochschule der Künste  
 bei Achim Freyer, seit 1999  
 Verfassungsrichter des  
 Landes Brandenburg,  
 Stücke: Projekt: Speer;  
 ROSA; Stück ohne Titel  
 oder das ominöse Kartell;  
 Der Kandidat; Der Kanzler;  
 Der Skandal; Die Sekretärin;  
 Doppel-Leben

Bezeichnenderweise war die Diskussion unter uns dann nicht wirklich produktiv, und dies hatte sicher mit den Verständigungs- und Verständnis-Schwierigkeiten zu tun, die es auch zwischen West- und Ost-Linken gibt. Wolfgang Fritz Haug hat in seinem Vortrag auf das Bezug genommen, was ich in meiner Einführungsrede so etwas kühn behauptet hatte: daß nämlich die sozialistische Bewegung als eine der Bewegungen des 20. Jahrhunderts anzusehen sei, denen es darum ging, Ordnung in die von Widersprüchen und Klassenkämpfen zerrissene Gesellschaft zu bringen, die mit der Industrialisierung, mit dem liberalen Kapitalismus in die Welt gebracht worden war. Er hat dann, ganz zu Recht, wie ich meine, darauf hingewiesen, daß die westliche Linke, deren Entwicklung im Jahre 1968 kulminierte, von einem ganz anderen, ja entgegengesetzten Motiv angetrieben wurde: dem der Rebellion gegen eine bestehende Ordnung, zu der nicht nur gehörte, daß sie in Vietnam mit Waffengewalt verteidigt werden mußte, zu der nicht nur gehörte, daß sie einen ehemaligen Nazi wie Hans Georg Kiesinger zum Bundeskanzler machte und meinte, sich in Notstandsgesetzen und dann auch Berufsverboten verteidigen zu müssen, sondern zu der auch der Krawattenzwang oder diese Schilder gehörten, die es damals noch überall zu finden gab und auf denen zu lesen stand: »Betreten des Rasens verboten!«

Wenn wir dies einmal annehmen, wenn wir diesen Unterschied der Grundmotive – Ordnungsstreben und Rebellion gegen eine Ordnung – als möglicherweise entscheidend begreifen, dann könnte vielleicht als ein Erkenntnissschritt dabei helfen, daß die möglichen (so nannte das Wolfgang Fritz Haug: die *möglichen*) Subjekte einer dann ge-



samtdeutschen Linken, die bisher immer noch eine Linke aus dem Osten und eine Linke aus dem Westen ist, mit ihrer so unterschiedlichen Geschichte zueinander finden. Dies gehe nicht – so hat Wolfgang Fritz Haug konstatiert –, solange diese gespaltene Geschichte ihr Bewußtsein bewußtlos bestimmt. Vielleicht sollten wir mal dem Vorschlag folgen, den Haug mir gegenüber nach unserer auch für ihn nicht sehr glücklichen Diskussion beim letzten Mal gemacht hat, und uns gegenseitig von Ost nach West und von West nach Ost alles das an den Kopf werfen, was es an Vorurteilen und gegenseitigen Einschätzungen und Beurteilungen auch unter Linken (noch) gibt.

Es hat ein 1968 nicht nur im Westen gegeben. Das Jahr 68 ist auch für den Osten von größter Bedeutung, und zwar durch die Entwicklung in der ČSSR, durch das, was man den *Prager Frühling* genannt hat, auf den dann der schreckliche 21. August folgte, die Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten. Darüber wird zu reden sein und auch darüber, daß es im Osten eine 68er Bewegung gegeben hat, deren Schicksal mit der des Prager Frühlings auf das engste verbunden ist.

Ich bin auf meine Weise selbst ein 68er, habe mich jedenfalls immer als ein solcher begriffen. Ich gehöre zu der zahlenmäßig sehr kleinen Gruppe von Leuten, die man die Ost-68er nennen könnte – vielleicht waren das insgesamt 200 Menschen, mehr nicht. Man kannte sich untereinander nicht vollständig, man kannte aber die meisten, kannte sie wenigstens vom Sehen und Hören, kannte sie von ihren Spitznamen her.

Diesen maximal 200 Leuten, die sich gut und gerne in einem mittelgroßen Kulturhaus hätten versammeln können, war es auf Grund der im Vergleich mit dem Westen unfreien Bedingungen in der DDR niemals möglich, zusammenzukommen und dann ihre Sache, ihre Ziele und ihre Probleme zu diskutieren, geschweige denn, in all diesen Fragen zu einer Einigkeit und Stärke zu gelangen. Das Medium dieser Ost-68er, das Medium ihres Austausches blieb das Gespräch – das allerdings oft sehr intensive – in kleinen Grüppchen, die wohl nur informelle Gesprächskreise genannt werden können. Das Medium größerer Zusammenkünfte war die Party. Diese kleine Gruppe versuchte, alles zu sein, alles zu machen – alles das, was auch anderswo zu 68 dazu gehört: Sie versuchte eine andere Kunst und Kultur, eine andere Art des Lebens und dann auch der Kindererziehung auszuprobieren, sie versuchte sich in der sexuellen Befreiung, in anderen Geschlechterverhältnissen, sich versuchte sich in anderen Räschen und sie versuchte auch, eine andere Art von Politik zu denken und zu praktizieren. Das war natürlich alles *ein bißchen ville* und zuviel für eine so kleine Gruppe, die dabei noch durch die Umstände, die politischen Verhältnisse behindert war. Zumal hier im Geiste von 68 keine Rollenaufteilung untereinander möglich war, wie sich dies sonst in Provinzen beobachten läßt, die aber doch den Ehrgeiz haben, am großen Spiel der großen Welt in ihrer kleinen Weise, mit ihren geringen Ressourcen teilzuhaben – Claude Levi-Strauss hat das in seinem Buch von den *Taurigen Tropen* wunderbar für das Rio de Janeiro der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts beschrieben. 68 ging es um den ganzen Menschen, und also mußte jeder einzelne von uns alles sein.

Der hier abgedruckte Text folgt einem Vortrag, den der Autor am 29. August 2003 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Berliner Franz-Mehring-Platz im Rahmen der von ihm ins Leben gerufenen *Denkwerkstatt* gehalten hat. Der Beitrag schließt unmittelbar an den von Wolfgang Fritz Haug an, den wir auf den vorhergehenden Seiten abgedruckt haben.

»Während der VII. Parteitag der SED 1967 noch im Erfolgsgefühl des reformgespeisten wirtschaftlichen Aufschwungs schwelgte, begann Ulbricht bereits die Beziehungen zur UdSSR zu strapazieren. Das »entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus« als relativ selbständige sozialökonomische Formation machte die DDR so zum Vorreiter der Entwicklung und holte die UdSSR, welche nominell seit 1936 den Kommunismus aufbaute, auf den Boden des Sozialismus zurück. Die sowjetische Verstimmung über Ulbricht (...) war vorprogrammiert.«  
Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, in: Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, hrsgg. von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler in Zusammenarbeit mit Christine Krauss und Detlef Nakath, Berlin 1997, S. 210.

»Im Rahmen des nun präzisierten ›Ökonomischen Systems des Sozialismus‹ wurden aus den ökonomischen Hebeln ›Preis‹, ›Gewinn‹, ›Geld‹ Kategorien sozialistischen Wirtschaftens. In der ČSSR, wo man mit Ota Šik noch einen Schritt weiter in Richtung ›sozialistischer Marktwirtschaft‹ zu gehen im Begriffe war (und dessen Buch ›Ökonomie, Interessen, Politik‹ in der DDR offizielles Lehrbuch an der Berliner Hochschule für Ökonomie wurde), gab es jedoch noch einen für die Herrschenden aller anderen osteuropäischen Länder alarmierenden sozialistischen Demokratisierungsprozeß, der sofort die Gegenfront der Bürokraten wieder einte.«

Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, a. a. O.

Kein Wunder, daß bei all diesen so ins Grundsätzliche gehenden Bemühungen erst einmal wenig herausgekommen ist – erst einmal, denn es ist ja dann, wie sich im Verlaufe der folgenden Jahre erwies, sehr, sehr viel herausgekommen. Diese kleine, so intensiv auf sich und ihre geistigen und moralischen Probleme bezogene Gruppe war eine Brutstätte von Begabungen, ein Talentschuppen, wie es das nur ganz selten gibt. Selbst Leute, die ich für blasse Randfiguren hielt, haben dann später Bücher geschrieben, für die sie Preise bekamen, gefeiert wurden. Zu dieser Gruppe gehörten Thomas Brasch, Katharina Thalbach, Nina Hagen, Barbara Honigmann, Toni Krahl, Reinhardt Stangl, Hans Scheib, zu ihr gehörte auch als ein sehr junger Mann Thomas Heise, zu ihr gehörten ein paar mehr, die später dann erfolgreiche Wissenschaftler, Dramaturgen, Redakteure und auch Künstler wurden, die nicht so bekannt geworden sind. Diese Gruppe besaß auch eine große Anziehungskraft auf Leute, die nicht direkt zu ihr gehörten – ich spreche dabei von Einar Schleaf, Heiner Müller, B. K. Tragelehn, Thomas Langhoff und auch von Wolf Biermann. Diese Gruppe zog für eine Zeitlang alles an, was an unzufriedenen Leuten, was an künstlerischem und geistigem Potential in Ost-Berlin existierte.

Bemerkenswert ist, daß diese Gruppe keine Politiker im engeren Sinn hervorgebracht hat. Dies war natürlich sehr stark den Umständen geschuldet, die eine freie politische Tätigkeit nicht zuließen – der einzige, der hier zu nennen wäre, das ist Gerd Poppe, bei uns damals Popow genannt, der dann in der Wende eine Rolle spielte und später Menschenrechtsbeauftragter im Außenministerium des wiedervereinigten Deutschlands wurde. Dies war aber nicht nur den politischen Umständen geschuldet, sondern auch unserem Verständnis dessen, was 68 bedeutet. Wenn man für das westliche 68 feststellen kann, daß im nachhinein vor allem dasjenige Wirkung gezeitigt hat, was man den kulturrevolutionären Teil dieser Bewegung nennen kann, so war gerade dies für uns immer die Hauptsache, und zwar von Anfang an. Wir verfolgten, so gut uns dies möglich war, die Entwicklung des westlichen 68, der Studentenbewegung. Es gab auch direkte persönliche Kontakte – so waren Leute wie Langhans, Teufel und Kunzelmann von der Kommune 1 bei unseren Partys, später dann auch Rudi Dutschke. Für uns waren diese Leute, mit denen wir uns verbunden fühlten, aber nur Teil einer Bewegung, die viel mehr einschloß. Bob Dylan und Jimi Hendrix waren da mindestens ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger. Diese Musik stellte eine Verbindung her, die bis in die Provinz reichte, zu einer viel größeren Gruppe, zu den sogenannten Beat-Fans, die damals vom Staat verfolgt wurden, und unter denen es wohl die damals einzige, wirklich funktionierende illegale Organisation gab: den Plattenclub.

Ich habe mich oft gefragt, ob unser Ost-68 nur als Ausläufer, als *dépendance* des westlichen 68 zu gelten hat, ich habe mich auch gefragt, ob unser 68 nur zufällig mit dem westlichen 68 zusammenfiel und wir unser eigenes, originäres 68 vollzogen haben, das mit dem westlichen nicht viel zu tun hatte, oder ob hier wirklich gemeinsame Anliegen existierten, parallel wirkende Ursachen und Motive.

Die Bedingungen unseres Handelns waren völlig andere: Wenn ich dabei nur an die Flugblätter denke, von denen mich vielleicht 40 – und zwar noch nicht mal verteilte! – wegen staatsfeindlicher Hetze ins Gefängnis brachten, und wenn ich mich dann an den Kulturschock erinnere, den ich erlitt, als ich zum ersten Mal in West-Berlin in die Mensa der TU ging und dort auf den Tischen hunderte der verschiedensten Flugblätter rumliegen sah, die niemand las und die niemand zu interessieren schienen.

Das Medium unseres Wirkens war ein anderes: Es gab keinen *Club Voltaire*, keine Zeitschriften wie das *Kursbuch* oder das von den Haugs herausgegebene *Argument*, noch nicht einmal unseren eigenen Samisdat, der uns bei der Selbstverständigung hätte helfen können. Schon allein einen solchen zu betreiben, hätte einen für mehrere Jahre ins Gefängnis bringen können.

Auch waren die Anlässe, politisch zu werden, ganz andere: Waren es im Westen der Krieg der Amerikaner in Vietnam, die Notstandsgesetze oder eine Hochschulpolitik, die Protest hervorrufen mußte, so gab es für jeden von uns im Osten diese vielen kleinen Anlässe, diese Zumutungen, irgendwelchen Dingen zustimmen zu müssen, mit denen kein vernünftiger Mensch einverstanden sein konnte, so daß es dabei erstmal nicht eigentlich um den Unterschied politischer Auffassungen ging, sondern darum, ob man die eigene moralische Integrität wahren und den Preis dafür zu zahlen bereit war, den dies kostete.

Die faschistische Vergangenheit bedeutete für uns etwas anderes. Den Vorwurf, den die meisten 68er im Westen zu machen hatten – daß ihre Eltern in der Nazizeit zumindest Mitläufer, wenn nicht mehr gewesen waren –: den hatten wir in unserer Gruppe nicht zu machen. Unsere Mütter und Väter waren entweder im aktiven Widerstand gegen die Nazis gewesen oder hatten die Jahre der Naziherrschaft im Exil, in der Emigration verbracht. Die Frage, die sich für uns stellte, war die, ob die Entwicklung der DDR-Gesellschaft nicht von uns verlangte, dem heroischen Beispiel unserer Eltern zu folgen, was bedeutete: konspirativ zu handeln, selbst Widerstand gegen diese Entwicklung zu leisten, die wir als eine antisozialistische ansahen.

Auch die Zuspitzung, die es bei einer solchen Bewegung immer gibt, hatte für uns einen ganz anderen Charakter: Terror, wie es ihn im Westen von seiten der Linken gegeben hat, war für uns völlig ausgeschlossen, wir mußten (und konnten uns auch) mit nur symbolischen Akten begnügen.

Ich bin hier beim letzten Mal bei unseren West-Referenten auf wenig Gegenliebe, ja, heftige Ablehnung gestoßen, als ich glaubte, etwas Erhellendes zu unserer Diskussion über 68 beitragen zu können, indem ich mich auf Henry Kissinger und Norbert Elias bezog. Ich versuche dies jetzt noch einmal, wo die beiden Haugs nicht dabei sein können, denen es schon gegen den Strich ging, sich überhaupt mit einem Denker wie Norbert Elias beschäftigen zu müssen, der ihnen 68 als Vertreter der bürgerlichen Liberalen entgegenstand – dem Hinweis von Wolfgang Fritz Haug darauf, daß das epochemachende Hauptwerk von Norbert Elias »Über den Prozeß der Zivilisation« von diesem bereits in den 30er Jahren geschrieben wurde, und daß

»In den Unterlagen der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe – d. Red.) des MfS (Ministerium für Staatssicherheit – d. Red.) findet sich zum Beispiel eine ›Auskunft über das System und die Methoden der Feindtätigkeit zur Durchsetzung der Ziele der sog. Neuen Ostpolitik, besonders gegenüber der ČSSR, über ihre Auswirkungen in der ČSSR und über die Versuche zur Ausnutzung der Vorgänge in der ČSSR zur Forcierung der politisch-ideologischen Aufweichungs- und Zersetzungstätigkeit gegen die DDR‹ vom Mai 1968. Infolge der Entwicklung in der ČSSR kommen bei Teilen der Studenten und der Lehrkörper der Universitäten und Hochschulen, der Kulturschaffenden und der Angehörigen der Intelligenz solche Tendenzen wieder zum Durchbruch, wie sie im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über Havemann (gemeint ist Prof. Dr. Robert Havemann, der Vater von Florian Havemann – d. Red.) und vor dem 11. Plenum des ZK der SED festzustellen waren.«

Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, a. a. O., S. 211.

»Obwohl ein ZPKK-Bericht (Zentrale Partei-Kontroll-Kommission – d. Red.) vom 12. Dezember 1968 überwiegende Zustimmung der SED-Mitglieder zu den Maßnahmen der WVO-Staaten (Warschauer Vertragsorganisation – d. Red.) gegen die ČSSR vermerkte, gab es trotz der 1968/69 massiv einsetzenden Indoktrination Parteistrafen gegen 2883 SED-Mitglieder wegen »unklarer Auffassungen, schwankenden Verhaltens, parteischädigenden Auftretens und parteifeindlicher Handlungen«, darunter 223 Ausschlüsse. Allerdings waren die Proteste sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei weder konzeptionell rückgebunden noch (wie 1953) sozial fundiert, also in ihrer Breite und Tiefe äußerst begrenzt. Deutlich wurden die Erfolge der Doppelstrategie, Widerspruch entweder durch Reintegration zu absorbieren oder durch massive und demonstrative Einschüchterung zu liquidieren. Der trotzdem periodisch wiederkehrende Widerspruch und punktuelle Widerstand von der Basis gegen die herrschende Parteilinie konnte sich weder organisieren noch politisch stabilisieren.«  
Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, a. a. O.

auch ein intelligenter Mensch im Alter nicht davor gefeit sei, Unsinn zu erzählen, ist natürlich schwer zu widersprechen. Die Ablehnung, sich mit einem Gedanken von Henry Kissinger einzulassen, war da natürlich eine noch vehementere, denn, daß der in dieser Zeit auf der Seite der Gegner stand und eine Politik betrieb, die wir wohl alle hier abgelehnt haben, das dürfte klar sein. Henry Kissinger zu verdächtigen, daß seine Äußerungen zu 68 interessengeleitete sein müßten, daß sie nur dazu da sein könnten, sich vor seinen Kritikern zu rechtfertigen – das ist sicher etwas, das jeder von uns nachvollziehen kann. Trotzdem glaube ich, daß wir es hier mit einem kulturellen Unterschied zwischen West- und Ost-Intellektuellen zu tun haben. Wir, die wir in einer Welt der Verbote, der Zensur von Büchern groß geworden sind, wollen uns nicht selber solche Verbote auferlegen. Das Interesse, uns mit den Gedanken unserer Gegner zu beschäftigen und auch bei ihnen nach Anregungen zu suchen, scheint mir bei Ost-Intellektuellen stärker. Man denke nur an Heiner Müller und seine Faszination durch Carl Schmitt, denke an die Wirkung, die Nietzsche dann auf viele im Osten gehabt hat. Vielleicht spielt dabei schon die Überraschung eine Rolle, erkennen zu müssen, erkennen zu können, daß auch auf der andern Seite gedacht wurde.

Als ich im Jahre 1971 in den Westen ging und dort dann auf die Reste von 68 und damit auf Leute traf, mit denen ich doch sehr wenig anfangen konnte (umgekehrt war das genauso), war das für mich eine wichtige Frage, herauszufinden, was denn dieses 68, zu dem ich mich in meiner kleinen DDR-Opposition bis dahin mit dazu gezählt hatte, überhaupt gewesen sei. Mit den 68ern selbst war darüber wenig zu reden, ihre Selbstreflexion war gering, ich traf sie in einer Phase der Depression, der unfruchtbaren Sektiererei an, damit beschäftigt, mit dem Gang einiger ihrer Genossen in die Illegalität und dem Problem des Terrors klarzukommen. Ich war also froh, in den Jahren danach dann doch ab und an auf einige für mich erhellende Äußerungen zu stoßen – so bei den beiden Genannten, bei Henry Kissinger und Norbert Elias. Von Kissinger gibt es nur ein paar kurze Äußerungen in seinem zweibändigen, autobiographischen Buch »The White House Years«, das ich sowieso jedem politisch Denkenden zur Lektüre empfehlen würde. Wer etwas über amerikanische Außenpolitik erfahren möchte, der sollte dieses Buch lesen, und dies besonders deshalb, weil Kissinger ja zu einem der kritischen Betrachter dieser Politik gehört, die er, insgesamt dabei wahrscheinlich erfolglos, zu verändern suchte. Von Norbert Elias erschien dann im Zuge der eigentlichen Entdeckung dieses Denkers eine umfangreichere Studie, die sich mit 68 beschäftigt und als Teil eines Buches über die Deutschen veröffentlicht wurde. Für Norbert Elias lag das Hauptinteresse dabei (und das schon wird vielleicht manchen guten alten 68er ärgern) auf dem Problem der Entstehung des westdeutschen Terrorismus, und er stellte diesen (und auch das dürfte manchen 68er ärgern) mit dem rechtsradikalen Terrorismus der 20er Jahre in Beziehung. Die zentrale Frage, die sich einem unbefangenen Betrachter nämlich in bezug auf 68 stellte, ist ganz grundsätzlich erstmal die: Wie kam es denn, daß Studenten plötzlich links wurden?

Das bedarf schon einer Erklärung, denn Studenten waren in Deutschland lange Zeit sehr rechts, überwiegend rechts, und man

denke da nur an die Rolle der studentischen Corps mit ihren Duellen, den Schmissen, den Besäufnissen, man denke an die radikal nazistische Studentenschaft, die ja von selbst darauf gekommen ist, diese Bücherverbrennungen zu veranstalten, die für uns so stark das Bild dieser geistesfeindlichen Epoche prägen. 68 ließ sich sagen: Der Geist steht links. Aber es wäre ein Irrtum zu glauben, er täte dies logischerweise immer. Norbert Elias bietet dafür, warum dies 68 anders war und wie es in dieser Zeit zu einer Renaissance des Marxismus kommen konnte, interessante Erklärungen – ich kann also hier auch seine Studie nur empfehlen.

Henry Kissinger und Norbert Elias, das sind natürlich sehr verschiedene Leute, und wahrscheinlich wird sie bisher noch keiner so zusammengebracht haben, wie ich dies hier tun möchte. Was sie beide vereint, ist, daß sie beide die akademische Welt gut kannten, zu der sie – aber eben nur als Außenseiter – gehörten. Eine solche Zwitterstellung hat ja manchmal den Vorteil, daß sie einem in Vertrautheit bei gleichzeitiger Distanz ermöglicht, Dinge sehr viel klarer sehen zu können, als das den direkt Beteiligten möglich ist. Beide, Kissinger und Elias, kommen in verblüffender Weise zu dem gleichen Befund, wenn sie über 68 sprechen, sie benutzen sogar fast gleichlautende Formulierungen – auch wenn die natürlich für sie jeweils sicher anders akzentuiert sind. Beide sprechen davon, daß diese Generation, die da 68 als eine Generation aufbegehrte, für sich als Generation nach einem Sinn suchte.

Kissinger, von Hause aus Historiker, konstatiert dies, seine Erklärungen dafür, warum dem so sei, sind sehr viel politischer und verweisen auf einen geschichtlichen Zusammenhang, sie gehen vielleicht auch nicht so tief. Der Erklärungsansatz von Norbert Elias ist, wie sollte es anders sein, ein soziologischer, und ich vermute, daß uns seine Thesen darüber, daß in unserer Art von Gesellschaft immer wieder junge Generationen dazu gebracht werden, nach dem Sinn ihrer Existenz suchen zu müssen, sehr viel bedeuten könnten, wenn wir die gegenwärtige Gesellschaft und deren Entwicklungen betrachten, und besonders auch, wenn wir danach Ausschau halten, welche Kräfte sich für Veränderungen und dann vielleicht auch in einer linken Partei engagieren könnten.

An einer Stelle schreibt Kissinger über seinen Präsidenten Richard Nixon: »Er hatte kein Gefühl für die metaphysische Verzweigung derer, die vor sich ein Leben in materiellem Überfluß sahen, das aber in einer geistigen Wüste geführt werden mußte.« An anderer Stelle heißt es: »Es geht darum, dem Leben einer Generation einen Sinn zu geben, einer jüngeren Generation in Staaten, die zunehmend von Bürokratien und von der Technologie beherrscht werden.« Und mal ganz unabhängig davon, ob nun Frigga und Wolfgang Fritz Haug solche Formulierungen für treffend und gar zutreffend, ob überhaupt für diskussionswürdig halten würden, will ich sie hier zum Ausgangspunkt meiner Betrachtungen über die Ost-68er machen, die mit ihnen natürlich so nicht gemeint waren und auch nicht gemeint sein konnten. Ich glaube schon, daß sich da einiges auf uns übertragen läßt.

Auch wir, die wir in der DDR groß geworden waren, die wir also nicht an den heroischen Kämpfen beteiligt gewesen waren, die der

»Zunächst haben die Renaissance linken und marxistischen Denkens in der BRD und die in den Diskussionen der Außerparlamentarischen Opposition sowie der ›Neuen Linken‹ seit Mitte der sechziger Jahre thematisierten Inhalte gerade auf jüngere Intellektuelle der damaligen DDR zumindest punktuellen Einfluß gehabt. Namentlich die Wiederentdeckung von durch die stabilisierten kommunistischen Parteien verfernten linken Theoretikern, der Anti-Vietnam-Kriegsbewegung und der neue Politistil in diesem Milieu vor dessen Versekung in diversen K-Gruppen der siebziger Jahre hatten auch für junge kritische SED-Mitglieder eine hohe Attraktivität. (...) In der DDR wurde die Jugend der Sechziger in der Breite jedoch viel mehr von der gleichzeitig kulminierenden antiautoritären Subkultur des Westens beeinflusst. Direkt politisch wurde sie aber höchstens an ihren linken Rändern ›infiziert‹ und staatlicherseits (wenn Disziplinierung zu aufwendig erschien) postwendend instrumentalisiert.«

Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, a. a. O.

»Sozialismus ist Demokratie« – dies große Wort muß wahr gemacht werden. Das ist heute angesichts der erregenden Entwicklung in der ČSSR unsere leidenschaftliche Hoffnung. Wir Deutschen Sozialisten und Kommunisten führen einen schweren Kampf. In der westdeutschen Bundesrepublik hat sich ein wirtschaftlich äußerst leistungsstarker spätkapitalistischer Staat restauriert. Er erweckt bei vielen mit Erfolg den Eindruck, er sei freiheitlich und demokratisch. Wir in der DDR haben mit großen Mühen und auch mit erheblichen Erfolgen unsere Wirtschaft aufgebaut und Industrie und Landwirtschaft auf guten Stand gebracht. Ich glaube, daß die Lösung der deutschen Frage im Sinne von Sozialismus und Demokratie fast unvorstellbar erleichtert und beschleunigt würde, wenn der Weg, den die ČSSR jetzt eingeschlagen hat, auch bei uns beschritten wird.«

Robert Havemann:  
Sozialismus und Demokratie. Der ›Prager Frühling‹ – ein Versuch, den Teufelskreis des Stalinismus zu durchbrechen, in: Die Zeit, 31. Mai 1968, hier zitiert nach: Robert Havemann: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen, hrsgg. von Dieter Hoffmann und Hubert Laitko, Berlin 1990, S. 209.

Gründung dieses Staates vorausgingen, die wir auch nicht zur Gründergeneration dieser DDR gehörten, sahen vor uns ein Leben in einem Staat, der zunehmend von einer Bürokratie geprägt war, die den Bewegungsspielraum aller – nicht nur der ihr direkt Unterworfenen, sondern auch der politischen Akteure – immer mehr einengte. Wir sahen ein Leben vor uns, das von der Technik, von technischen Notwendigkeiten bestimmt sein würde, und daß uns dies nicht behagte, nicht behagen konnte, jedenfalls keinerlei Begeisterung mehr in uns wecken konnte – das weist vielleicht schon darauf hin, daß diese Epoche des Fortschrittsglaubens, in der wir groß geworden waren, zu Ende ging. Ich erinnere nur an das Buch, das alle DDR-Jugendlichen zu ihrer Jugendweihe bekamen, erinnere an »Weltall, Erde, Mensch«, wo uns in Bildern, die man von heute aus nur belächeln kann, für alle Probleme der Menschheit eine technische Lösung vorgestellt wurde. »Sowjetmacht plus Elektrifizierung gleich Kommunismus« – das war eine Losung, die vielleicht auch uns begeistert hätte, aber eine elektrifizierte DDR, bei der nur nach einem feststehenden Plan irgendwelche Schalter umzustellen waren, das war so etwas natürlich nicht, und auch die Phase, die Leute wie Volker Braun und Heiner Müller noch in ihren Bann zu ziehen vermochte, die Phase Schwarze Pumpe, Stalinstadt, Eisenhüttenstadt, wo dem Bau von Industrieanlagen etwas Heroisches anhaftete, war bereits vorbei. Auch wenn wir anders als unsere Altersgenossen im Westen noch kein Leben in materiellem Überfluß vor uns sehen konnten, sahen wir nicht, daß diese Gesellschaft, in die wir hinein geboren, in der wir groß geworden waren, ein anderes Ziel denn das des bloßen materiellen Wohlstands hatte. Auch vor uns lag eine geistige Wüste, denn das, was uns als Sozialismus hingestellt wurde, das war nichts, was uns als junge Sozialisten in irgendeiner Weise begeistern oder motivieren konnte.

Diese kleinbürgerlich geordnete Wüste aber, der alles Weite und Großartige fehlte, die sich da um uns immer mehr ausbreitete, sie lebte noch, lebte in uns, die wir die Frage stellten, ob denn dies etwa der Sozialismus sei – der, den wir uns vorgestellt hatten, war es jedenfalls nicht, und wir konnten uns auch nicht vorstellen, daß die Begründer der sozialistischen Bewegung, daß Marx, Engels und Lenin einen solchen geisttötenden Sozialismus gemeint haben konnten, der die Produktivität der Menschen mehr einzuengen schien, als daß er sie befreite. Und, um noch einmal Kissingers Formulierung aufzugreifen: Wir konnten auch nicht davon ausgehen, daß unsere Oberen die metaphysische Verzweigung verstehen oder wenigstens nachvollziehen konnten, die von uns Besitz ergriffen hatte – diese Verzweigung, die zwar von dem bißchen Sozialismus-Erfahrung, das in der DDR nur möglich war, ausging, aber zugleich doch weit darüber hinaus reichte.

Mein Freund Thomas Brasch hatte kurze Zeit nach der Biermann-Ausbürgerung ein längeres Gespräch mit Erich Honecker, bei dem es darum ging, ob auch er die DDR verlassen könne, verlassen solle. In diesem Gespräch sagte Erich Honecker, nachdem sie eine Weile diskutiert und Thomas Brasch von seinen DDR-Erfahrungen erzählt hatte, den bezeichnenden Satz, es ginge ihm, Honecker, doch genauso wie Thomas Brasch: Auch er habe sich den Sozialismus ganz

anders vorgestellt – das Verständnis wäre also doch da gewesen. Nur: Es gab keine Möglichkeit der öffentlichen Debatte über diese Frage in der DDR, und es konnte sie in dieser DDR auch nicht geben.

Wer sich ein bißchen in der russischen Literatur auskennt und zum Beispiel »Die Dämonen« von Dostojewski gelesen hat, wird sich vielleicht eine Vorstellung von dieser kleinen provinziellen Welt machen können mit all ihrer erhabenen Lächerlichkeit, in der sich dieses Drama der Ost-68er abspielte. In Rußland hatte diese Gesellschaftsschicht einen Namen, das waren die höheren Sphären, und zu denen gehörten sie beide, die Vertreter der Macht und die Kritiker der Macht. In der DDR sprach man von den Bonzen, und wenn wir hier von den Ost-68ern reden, dann sprechen wir von Bonzen-Kindern, von den Söhnen und Töchtern der höheren DDR-Nomenklatura, dann sprechen wir von dieser eigenartigen DDR-Aristokratie, diesem sozialistischen Adel, den es gegeben hat. Es war unsere Existenz, die keinen Sinn zu haben schien. Was uns fehlte, das war eine Aufgabe, die den Ehrgeiz befriedigt hätte, der durch die Taten, durch das heroische Beispiel unserer Eltern geweckt worden war. Es war für uns, so überraschend dies auch klingen mag, in dieser DDR-Gesellschaft eigentlich gar kein Platz vorgesehen – jedenfalls nicht als Kinder unserer Eltern, und insoweit stellt sich die Frage, ob der Vergleich mit einer Aristokratie stimmig ist. Man könnte dies nun als etwas Positives werten: daß diese Leute, die die DDR beherrschten, nicht darauf hin arbeiteten, ihren Kindern, ihren direkten leiblichen Nachfahren dereinst den Laden, d. h. die Macht, zu übergeben. Trotzdem würde ich sagen, daß sich darin, daß es ihnen nicht gelang, diese Gruppe, zu der ich gehörte, in das System zu integrieren, schon das Ende des Sozialismus abzeichnete.

68, das war für uns ein Aufbruch. Die Sozialismus-Frage stellte sich neu, und wir suchten nach neuen Wegen, wie man als Sozialist in der DDR politisch aktiv sein konnte, ohne daß dies von der Partei gesteuert wurde. 68 bedeutete aber auch das ganz schnelle Ende all dieser Versuche und Hoffnungen. Das Ende wird durch ein uns allen geläufiges Datum markiert, durch den 21. August, den Tag des Einmarsches in die ČSSR. Wie auch immer man die Prager Entwicklung im einzelnen gesehen haben mochte – und dies hing natürlich auch sehr stark von den Informationen ab, die einem zugänglich waren –: im Moment des Einmarsches war klar, daß hier etwas Entscheidendes geschehen, daß hier eine Chance für den Sozialismus zerstört worden war. Wie sich später herausstellen sollte: die letzte, die er gehabt hat. Aber dies mußte in dem Moment noch nicht klar sein.

Der 21. August war das Ende für das bißchen Ost-68, das es gegeben hatte, und er war es nicht deshalb, weil in dem Moment klar war, daß hier der Sozialismus, den doch auch wir wollten, um seine letzte Chance gebracht war, oder weil sich da eine Repressionswelle abzeichnete, die uns um alle Wirkungsmöglichkeiten bringen würde – diese Repressionswelle hat es in der DDR nicht gegeben. Für die Ost-68er bedeutete der 21. August das Ende ihres bißchens an Bewegung, weil ein paar wenige dieser Leute (zu denen auch ich gehörte) meinten, dieser Einmarsch sei ein Ereignis, das uns zu ei-

»Sozialisten und Kommunisten in aller Welt verfolgen heute mit wärmster Sympathie und von großen Hoffnungen erfüllt die politische Entwicklung in der ČSSR. Was hier geschieht, wird nicht nur für die Zukunft dieses Landes von entscheidender Bedeutung sein, sondern es wird weltweite Rückwirkungen zeitigen und tut dies schon heute. Zum ersten Mal wird hier der Versuch gemacht, Sozialismus und Demokratie in Übereinstimmung zu bringen. Bisher gab es in den sozialistischen Ländern wohl verschiedene Ansätze, den Teufelskreis des Stalinismus durch eine Art schleichende Demokratisierung zu durchbrechen. Aber das Bleigewicht der Parteibürokratie hat die wenigen hoffnungsvollen Versuche stets wieder gelähmt und zum Stillstand gebracht.«

Robert Havemann:  
Sozialismus und Demokratie, a. a. O., S. 206.

»Der Stalinismus ist das System des Mißtrauens und der Heuchelei, die Demokratie das des Vertrauens und der freien und kritischen Meinungsäußerung. Im Stalinismus hat der Staat die Bürger, in der Demokratie haben die Bürger den Staat. Die Demokratie war die große Errungenschaft der bürgerlichen Revolution. Sie kann im Sozialismus nur in einem dialektischen Sinne aufgehoben werden, nämlich aufgehoben im Sinne von aufbewahrt und auf eine höhere Stufe gehoben und auch überwunden, nämlich in ihrer unvollkommenen und ungenügenden Form, die aus dem Fortbestehen der Ausbeutung im Kapitalismus resultiert und im Spätkapitalismus zur Aushöhlung und Entartung der Demokratie führt.«  
 Robert Havemann:  
 Sozialismus und Demokratie, a. a. O., S. 207-208.

ner Reaktion, einer eindeutigen Stellungnahme zwingen. Wir meinten, hier sei es mit einer bloßen Meinung, einer lediglich unter uns Gleichgesinnten ausgetauschten Meinung, nicht mehr getan. Wir waren uns in dieser Einschätzung so sicher, daß wir noch nicht einmal mehr glaubten, mit den anderen darüber diskutieren zu müssen. Wir gingen fraglos davon aus, daß alle anderen Ost-68er genauso denken und also auch dementsprechend handeln würden, wie wir das dann taten – ein folgenschwerer Irrtum. Wir meinten noch nicht mal, daß unser Protest ein organisierter sein müsse – was uns dann vielleicht doch auf die ängstlich Zögernden einen Einfluß hätte verschaffen können. Daß wir nur so wenige waren, zerstörte die Ost-68er-Bewegung, daß es in dieser kleinen Gruppe dann noch eine radikale Minderheit gab, sprengte sie. Der moralische Vorwurf, der von uns noch nicht einmal ausgesprochen wurde, ausgesprochen werden mußte, die anderen hätten versagt, aus bloßer Feigheit versagt, zerstörte den inneren Zusammenhalt. Die meisten Menschen, die zu dieser Gruppe gehörten, habe ich, nachdem ich aus dem Gefängnis zurückkam, nie wieder gesehen. Das, was wir getan hatten, beendete unser 68 aber auch deshalb, weil es sich bei dem, was wir taten, um eine bloße Reaktion handelte, um etwas, zu dem wir uns gezwungen fühlten – 68 bedeutete aber auch im Osten genau das Gegenteil, bedeutete die Aussicht, aus dem bloßen Reagieren herauszukommen, die Aussicht, selber aktiv zu werden und damit auch ein Stück an Freiheit zu gewinnen.

Soweit ich dies damals mitbekommen habe, hatte es in der ČSSR erst den Versuch gegeben, wirtschaftliche Reformen durchzuführen, die in etwa dem ähnelten, was in der DDR das NÖSPL, das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung war – mit der Begründung, daß in der DDR vergleichbare Reformen durchgeführt worden wären, unterstützte Walter Ulbricht auf einer Pressekonferenz mit Alexander Dubček in Karlovy Vary zwei Wochen vor dem längst geplanten Einmarsch den Weg der tschechoslowakischen Genossen – ich habe dies an dem Tag des Einmarsches als besonders perfide empfunden. Bei diesen Reformen, die in der ČSSR von Prof. Ota Šik, in der DDR von Leuten wie Erich Apel und Günter Mittag vorangetrieben wurden und die wohl in dem sowjetischen Ökonomen Liebermann ihren *spiritus rector* besaßen, ging es mit verschiedenen Akzentuierungen überall um das gleiche: um die Zurückdrängung der bis dahin allmächtigen zentralen Planungsbürokratie mit ihrer Tonnen-Ideologie, es ging darum, den einzelnen Betrieben mehr Entscheidungsfreiheit zu geben, sie auf einen von ihnen zu erzielenden Gewinn zu orientieren, es ging als notwendige Voraussetzung für dies alles um eine Industriepreisreform, durch die wenigstens im Warenverkehr der Betriebe untereinander erkennbar werden sollte, welche wirklichen Herstellungskosten ein Industrieprodukt besitzt. Und es ging darum, durch materielle Anreize für den einzelnen Arbeiter eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu erreichen und auf diese Weise den nicht erklärten, niemals von irgend jemand organisierten Bummelstreik der Arbeiterklasse zu durchbrechen, den es wohl nicht nur in der DDR gegeben hat.

Diese Intention der Reformen erklärt vielleicht, warum diese Reformbestrebungen nicht nur im Partei- und Staatsapparat, der um



seine Macht fürchtete, auf Widerstand stießen, sondern auch von den Arbeitern mit größter Skepsis betrachtet wurden. Wollte man hier einmal eine Klassenanalyse versuchen, so würde diese wahrscheinlich darauf hinauslaufen, daß diese Reformbestrebungen von einer Art von Mittelschicht getragen wurden, die sich auch in den sozialistischen Gesellschaften herausgebildet hatte, einer Mittelschicht, zu der die Leiter der Betriebe, der Genossenschaften, die technische Intelligenz, der gesamte Managementbereich bis hin zu Teilen der mittleren Ebene der Partei- und Staatsbürokratie gehörte. Zu dieser Mittelschicht gehörten aber auch alle anderen Teile der Intelligenz, zu ihr gehörten die Studenten, die Hochschulprofessoren, die Schriftsteller und Künstler, die Theaterleute. Innerhalb dieses Teils der neu entstandenen Mittelschicht nahm die Auseinandersetzung um die anstehenden Veränderungen die Form eines Kampfes gegen den Dogmatismus an. Was eigentlich jeder, der zu diesem Teil der Intelligenz gehörte, wollen mußte – außer, er hatte sich in der Vergangenheit zu stark mit der Politik der kleinen Führungsschicht der Partei verbunden –: das war eine Lockerung des Zugriffs der Partei auf alle Bereiche des geistigen Lebens, das war irgendeine Form der Liberalisierung des Systems.

In der DDR hatte Walter Ulbricht diese Reformbestrebungen, die von einer breiten Strömung innerhalb der Partei getragen wurden, die sich aber natürlich niemals organisieren konnte, erst unterstützt, dann aber, als er meinte, hier stelle sich die Machtfrage, hatte er die zwei Fraktionen der Mittelschicht mit ihren unterschiedlichen Intentionen und Interessen auseinander dividiert. Das berückichtigte 11. Plenum der Partei, auf dem 1965 Leute wie Stefan Heym, Manfred Bieler, Heiner Müller, Wolf Biermann und auch mein Vater auf das Schärfste angegriffen und auf der auch fast alle aktuellen Produktionen der DEFA kritisiert wurden, brachte dann die Entscheidung: keinerlei politische Reformen, keine Veränderung der Kulturpolitik, Beschränkung allein auf die ökonomischen Reformen. Diese Entscheidung sollte sich dann ein paar Jahre später bitter rächen, als es dann nämlich Erich Honecker im Verein mit dem großen Opportunisten Günter Mittag möglich war, all diese Reformen wieder zu kassieren, ohne dabei auf einen Widerstand der Mittelschicht zu stoßen, die um ihre Wortführer gebracht worden war, der auch keinerlei Mitspracherechte zugestanden worden waren.

In der ČSSR waren diejenigen in der Partei, die Reformen wollten, einen anderen Weg gegangen, nachdem die Bestrebungen von Ota Šik und seinen Leuten erst einmal auf den Widerstand der Bürokratie gestoßen waren und auch nicht, wie erhofft und erwartet, die Unterstützung der Arbeiter gefunden hatten. Sie hatten mit politischen Reformen begonnen – warum dies dort, im Unterschied zu DDR, möglich war, lassen wir mal einen Moment unbeachtet. Diese politischen Veränderungen führten zu einer noch nie da gewesenen Übereinstimmung zwischen Partei und Bevölkerung, diese Veränderungen setzten aber auch eine Dynamik frei, so daß niemand hätte sagen können, wohin diese Entwicklung geführt hätte, wäre sie nicht durch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August 1968 beendet worden. Worüber wir hier also zu reden haben, das ist das nie, in keinem der sozialistischen Staaten gelöste Problem des

»... formierte sich schon auf dem Januarplenum (der KP der Tschechoslowakei – d. Red.) eine rechte revisionistische Gruppe – O. Šik, F. Kriegel, J. Smrkovský, J. Spaček, V. Slavik und andere –, die unter dem Deckmantel der Forderung nach einer Korrektur von Fehlern die Revision der Generallinie der Partei anstrebte, die ideologischen und organisatorischen Grundlagen der Partei in Frage stellte, die politische Struktur der sozialistischen Gesellschaft zugunsten kleinbürgerlicher Spontaneität zerstören wollte und eine Veränderung der außenpolitischen Orientierung der ČSSR anstrebte.«  
Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft.  
Herausbildung und Entwicklung des realen Sozialismus von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin (DDR) 1981, S. 383.

»Im Frühjahr 1968 formierten sich die Rechten im Zentralkomitee, die sich als ›Männer des Januar‹ ausgaben und die demagogische Losung vom Kampf der ›Progressiven‹ gegen die ›Konservativen‹ um einen ›besseren Sozialismus‹ verbreiteten, direkt als parteifeindliche Fraktion, die ihren Hauptschlag gegen die führende Rolle der Partei, gegen die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus und gegen die Freundschaft mit der Sowjetunion richtete. Die Rechten besetzten zunehmend wichtige Positionen in vielen Bereichen und auf allen Ebenen der Gesellschaft – in den Massenmedien, in der Wirtschaft, im Partei- und Staatsapparat – und entfachten eine Kampagne zur Diffamierung ehrlicher Parteifunktionäre.«  
Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft,  
a. a. O., S. 383-384.

Verhältnisses zwischen politischen und wirtschaftlichen Reformen. Wirtschaftliche Reformen ohne politische, das konnte es nicht geben. Politische Reformen aber stellten sofort die Machtfrage – auch wenn sich das in der ČSSR im ersten Moment nicht so darstellte und es in der Hauptsache um die Frage zu gehen schien, wer im sozialistischen Lager die Macht und das Sagen hat. Hier schuf dann die sogenannte Breshnew-Doktrin von der eingeschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten Klarheit. Daß, wenn das System schon allein wegen der Veränderungen, die es selber bewirkt hatte, überleben und sich weiter entwickeln wollte, Reformen in Angriff genommen werden mußten – das wurde immer wieder einigen Gruppen im Machtapparat der sozialistischen Staaten bewußt. Reformen aber durchzuführen – das erwies sich als nicht möglich. An diesem Widerspruch sind diese Regimes untergegangen, dieser Widerspruch hat sicher auch dazu geführt, daß diese Parteien so schwach wurden, innerlich bereits zersetzt waren, als die Massen gegen sie aufbegehrten.

Wogegen auch wir Ost-68er aufbegehrten, das war die Allmacht der Partei, die kleinkarierte Ordnungswut ihrer Funktionäre, wogegen wir aufbegehrten, das war die ökonomische Ineffizienz eines Wirtschaftssystems, das von sich behauptete, das rationalste überhaupt zu sein, wogegen wir aufbegehrten, das war der Dogmatismus, der nicht sehen wollte, daß es neue Probleme in einer Welt gab, die sich veränderte, wogegen wir aufbegehrten, das war die phantasielose Politik einer Partei, die nicht zu begreifen schien, daß der Kunst, dem Gedanken Freiheit gegeben sein muß, soll sich eine Gesellschaft entwickeln können. Natürlich war das, was wir wollten, wonach wir verlangten, mehr Freiheit, aber es war dies eine Freiheit, die auf dem Staatseigentum an Produktionsmitteln basierte, eine Freiheit, die durch eine Demokratisierung des Sozialismus aus diesem Staatseigentum ein wirklich gesellschaftliches Eigentum werden lassen wollte. Das Konzept eines demokratischen Sozialismus, es war auch das unsere – ein anderes Alternativkonzept denn dieses, das den Sozialismus weiterentwickeln wollte, konnte es wohl nicht geben.

Wir reden jetzt mal nicht davon, ob dies ein in sich klares Konzept war (meiner Meinung nach war es das nicht), wir reden auch nicht davon, ob dieses Konzept bei einer nur etwas anders verlaufenden Entwicklung hätte verwirklicht werden können (was ich nicht glaube), wir reden jetzt mal nur davon, was dieses Konzept für eine Partei wie die PDS bedeutet, die sich eine des demokratischen Sozialismus nennt. Dieser demokratische Sozialismus, den wir erhofften, war, genau genommen, ein demokratisierter Sozialismus. Es ging um die Entwicklung einer Demokratie auf der Basis des Sozialismus, auf der Basis bereits vollzogener sozialistischer Umwälzungen. Das hat es nicht geben sollen, und der Moment, wo es galt, den Sozialismus aufzugeben, der nicht in der Lage war, eine solche Demokratie in sich herauszubilden, dieser Moment, in dem das auch Sozialisten zu tun bereit waren, hat dann eigentlich das Urteil der Geschichte über dieses Konzept gesprochen – so mochte man meinen. Ich verstehe dies auch vollkommen, daß sich Sozialisten in diesem historischen Moment für die Demokratie entschieden haben,

verstehe die von vielen gezogene Schlußfolgerung, daß dieser Sozialismus an einem Mangel an Demokratie zugrunde gegangen sei – trotzdem jedoch empfinde ich die Übernahme des Begriffs vom demokratischen Sozialismus durch die ehemalige SED als eine Art von Etikettenschwindel.

Nicht, daß ich dabei etwa mit anderen ehemaligen DDR-Oppositionellen irgendwelche Urheberrechte beanspruchen möchte. Darum geht es nicht. Was mich beunruhigt, ist, daß sich die Sozialisten wieder mal selber etwas in die Tasche schwindeln, die eigentlich leer ist und die auch ein solcher Begriff nicht füllen kann. War schon nicht wirklich klar, was ein demokratisierter Sozialismus sein könne, so dürfte, nach allem, was ich so zu hören bekomme, noch unklarer sein, was denn demokratischer Sozialismus in einer Welt wie derjenigen sein soll, in der wir jetzt leben, in einer Welt, die wir jedenfalls problemlos als eine kapitalistische bezeichnen können.

Ich kann nur davor warnen, Ziele zu propagieren, die überhaupt nicht zu erreichen oder die in sich so unklar sind, daß sie nichts wirklich Bestimmtes mehr meinen. Dies erlaubt dann nämlich auch eine durch nichts zu kontrollierende, durch keinerlei Kriterien zu beurteilende Realpolitik. Wir sehen das ja jetzt sehr gut an den Diskussionen innerhalb der SPD, bei denen es um die Frage geht, ob sie den Begriff des demokratischen Sozialismus aus ihrem Programm streichen solle oder nicht. Wenn man diesen Begriff nicht wirklich klärt und zum zentralen Begriff der eigenen Politik macht, dann kann man ihn eines Tages auch einfach streichen. Innerhalb der SPD gibt es natürlich auch Widerstand gegen diese beabsichtigte Streichung – zu denen, die sich dagegen aussprechen, gehört Wolfgang Thierse. Auf die Frage des Spiegel, wie er denn heute Sozialismus definieren würde, antwortet Thierse: »Als Ziel der gleichen Freiheit für alle durch gerechte Teilhabe an Arbeit, an Bildung und Kultur, an Demokratie.« Unabhängig von der Knappheit der Formulierung: Gibt es da einen wirklich wesentlichen Unterschied zum Programm-Entwurf der PDS? Worin besteht er?

Der *Spiegel* kommentiert diese Kurzdefinition von Thierse dann mit der Bemerkung: »Ihr Vorsitzender sieht das offenbar anders. Er sieht im Begriff *Sozialismus* die Beschreibung einer Gesellschaft mit ganz anderen Eigentumsformen.« Auch wenn Schröder mittlerweile sicher gegen einen solchen Sozialismus wäre, seine Betrachtungsweise, so sie denn mit dem übereinstimmt, was der *Spiegel* behauptet, ist eine sehr viel traditionellere. Lothar Bisky hat auf die Frage des *Neuen Deutschlands*, wie viel Sozialismus denn in der jetzigen Gesellschaft möglich sei, geantwortet: »Wir verstehen Sozialismus als Wertesystem, als Ziel, aber auch als Weg zu einer solidarischen, sozial gerechteren Gesellschaft. Konkrete Schritte zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Gleichheit und Freiheit, das sind konkrete demokratisch-sozialistische Schritte. Ich kann und will nicht den Plan einer neuen Gesellschaft vorlegen, sondern wir bestimmen die Richtung, in die es gehen soll.«

Ich verlange von einer Interviewäußerung nicht, daß sie begrifflich völlig klar sei, aber trotzdem würde ich das, was Lothar Bisky da gesagt hat, für signifikant halten – signifikant in seiner Überfrachtung, seiner Unklarheit. Ein Wertesystem, ein Ziel und der Weg zu diesem

»Schließlich bildete sich auch ein illegales Vorbereitungsgremium für das Wiedererstehen einer sozialdemokratischen Partei, die die Arbeiterklasse spalten und ins Fahrwasser der bürgerlichen Demokratie schleppen sollte. Ausdruck der koordinierten Offensive des reaktionären Blocks der Revisionisten, der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Reaktion, der tschechoslowakischen bürgerlichen Emigration und der imperialistischen Divergenz zentralen war schließlich die Veröffentlichung der konterrevolutionären Plattform der ›2000 Worte‹, die eine direkte Anleitung zur Zerstörung des sozialistischen Systems war.« Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft, a. a. O., S. 384

»In dieser Situation entschlossen sich fünf Teilnehmerländer der Warschauer Vertragsorganisation – die UdSSR, die DDR, die VR Polen, die Ungarische VR und die VR Bulgarien –, gestützt auf die Vereinbarungen von Moskau und Bratislava und das Hilfensuchen tschechoslowakischer Patrioten, zur militärischen Hilfsaktion für die Rettung des Sozialismus (Hervorhebungen i. O.) in der ČSSR. Der Einmarsch der verbündeten Truppen des Warschauer Vertrages am 21. August 1968 war ›ein Akt der internationalen Solidarität, der sowohl den gemeinsamen Interessen der tschechoslowakischen Werktätigen als auch der internationalen Arbeiterklasse, der sozialistischen Gemeinschaft und den Klasseninteressen der kommunistischen Weltbewegung entsprach. Durch diese internationalistische

Aktion wurde das Leben Tausender von Menschen gerettet, wurden die inneren und äußeren Bedingungen für ihre friedliche Arbeit gesichert, die Westgrenzen des sozialistischen Lagers gefestigt und die Hoffnung der imperialistischen Kreise auf Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkriegs zunichte gemacht.«  
Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft, a. a. O., S. 386; die Fußnote zum Zitat lautet: Der Weg aus der Krise. Materialien der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Berlin 1971, S. 50.

Ziel, das alles sei der demokratische Sozialismus – und es ist dabei von einer neuen Gesellschaft die Rede. Auch wenn Lothar Bisky deren Plan nicht vorlegen kann und will, irgendwann und von jemand anderem wird er – folgt man der Logik dieser Äußerung – uns vorgelegt werden können, dieser Plan, und da wären wir dann doch wieder bei einem Gesellschaftssystem, das zu erschaffen sei – wenn auch natürlich mit anderen Mitteln als der alte Sozialismus. Spricht er von den konkreten Schritten, von konkreten demokratisch-sozialistischen Schritten, dann erinnert dies natürlich an die Sozialdemokratie, und wir hätten das dann mit einer Wortumstellung von sozialdemokratisch zu demokratisch-sozialistisch zu tun, die vielleicht auch eine gewisse Akzentverschiebung beinhalten mag – dies mag als Wortklauberei erscheinen, aber die Frage dürfte sich wirklich stellen, ob denn der demokratische Sozialismus konkret etwas anderes bedeutet als eine soziale Demokratie, eine Demokratie, die soziale Fragen zu lösen in Angriff nimmt. Oder ist das so, daß vom Sozialismus erst mal nur Sozialisten übrig bleiben, die nun in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft agieren müssen?

LOTHAR RATAI

## Gedanken zu Otto Lacis: »Woran ist die KPdSU gescheitert?«

Der Artikel von Otto Lacis ist der erste Artikel eines Bürgers der vergangenen UdSSR, den ich mit großem Interesse gelesen habe und dem ich weitgehend zustimmen vermag.

Es sind uns alle bewegende Fragen:

Wie konnte das alles geschehen?

Woher kamen »plötzlich« diese Menschen, die im Zusammenbruch der UdSSR das Staatseigentum an sich rafften, in Privateigentum verwandelten und bis zu Milliarden aufstiegen?

Wieso ließen Millionen Menschen, die unter unvorstellbaren Opfern ihr Land aufgebaut und verteidigt hatten, diesen Raub widerstandslos, reaktionslos über sich ergehen?

Wer auf diese Fragen mit Personaldiskussionen reagiert, ist nicht von dieser Welt. Dann fehlt nur noch die Bitte an den lieben Gott, die richtigen Menschen an der richtigen Stelle einzusetzen.

Befreien wir uns aus dem Dunstkreis unserer selbst erlebten und durchlittenen Geschichte und suchen vergleichbare Analogien in der Geschichte insgesamt, werden wir rasch fündig. Hilfe bei der Suche kann z. B. das Buch von Burchard Brentjes »Orientalische Welt« aus tiefer DDR-Zeit geben. Zusammenbrüche, wie wir sie erlebt haben, hat es nach erfolgreichen Sklaven- und Bauernaufständen ein bis zwei Generationen später regelmäßig gegeben. Aber auch die Weiterführung der Großen Französischen Revolution über den rein kapitalistischen Rahmen hinaus, verbunden mit dem Namen von Robespierre, liefert viele Analogien.

Für all diese gescheiterten revolutionären Versuche, eine bessere Welt aufzubauen, zu errichten, hatten wir Achtung, Verständnis. Wir haben den Heroismus der Volksmassen, die Standhaftigkeit ihrer Führer bewundert. Wir haben aber auch nie vergessen, die Erkenntnis von Marx zu erwähnen: »In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktion entsprechen ...« usw. Irgendwo steht dann oder man kann es erschließen: Die die Produktionsverhältnisse dominierende Produktionsweise kann nicht verändert oder liquidiert werden, indem man die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln dieser Produktionsweise verändert. Sondern: Die Träger einer neuen Produktionsweise verschaffen sich entsprechende wirtschaftliche und politische Freiräume und übernehmen während sozialer Unruhen die Führung. Dabei werden endgültig die Fesseln einer überlebten Gesell-

Lothar Ratai lebt in Feldberg (Mecklenburg-Vorpommern).

Der Beitrag von Otto Lacis: *Woran ist die KPdSU*

*gescheitert?* findet sich in: UTOPIE kreativ, Heft 162 (April 2004), S. 329-342.

Von Lothar Ratai zuletzt in UTOPIE kreativ: Gedanken eines gelernten Osis, Heft 129/130 (Juli/August 2001), S. 738-745.

Es war ein Irrtum, an die Möglichkeit zu glauben, daß die 1848er Revolution mit einer geschickten Politik in eine proletarische Revolution überführt werden kann. Die missionarische Rolle der Arbeiterklasse ist unvereinbar mit der berühmten und für die Geschichtsforschung bahnbrechenden Erkenntnis von Marx: »Eine Gesellschaftsordnung geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.« Und siehe auch hier die Altersbriefe von F. Engels.

Gemeint ist der Artikel von Dieter Wittich: Thomas S. Kuhn und der Marxismus, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 149 (März 2003), S. 197-208.

schaft abgeschüttelt, die auf einer überlebten Produktionsweise beruht. Darüber kann man wunderbar in den Altersbriefen von Engels nachlesen.

Sobald wir uns entschließen könnten, diese altbekannten Erkenntnisse auf unsere eigene Geschichte anzuwenden ... kommen wir in Teufels Küche – siehe O. Lacin.

Als erstes wäre es auf dem dornigen Weg der Erkenntnis erforderlich, Widersprüche und offensichtliche Irrtümer in der Lehre von Marx und Engels nicht nur widerwillig zur Kenntnis zu nehmen oder noch besser zu verschweigen, sondern zu benennen und zu diskutieren – siehe O. Lacin.

Es erschließt sich leicht die Erkenntnis: Die Rolle des Proletariats in der bürgerlichen Gesellschaft ist vergleichbar mit der Rolle der Bauernklasse im Feudalismus. Nicht vergleichbar indes ist sie mit der Rolle der Bourgeoisie im Feudalismus.

Sicherlich gibt es weitere Irrtümer und Widersprüche in der Lehre des Marxismus zu entdecken – es soll genügen. Bis hierher können wir im Rahmen des Marxismus-Leninismus eine neue Geschichtsinterpretation versuchen. Aber, sagt Thomas S. Kuhn: »Fortschritt in der Wissenschaft vollzieht sich nicht durch kontinuierliche Veränderung, sondern durch revolutionäre Prozesse; ein bisher geltendes Erklärungsmodell wird verworfen und durch ein anderes ersetzt.« Diesen Vorgang bezeichnet sein berühmt gewordener Terminus Paradigmenwechsel.

Und damit haben wir die Verräterrolle von Otto Lacin wieder am Hals. Es wäre für diese Diskussion und für *UTOPIE kreativ* überhaupt erforderlich, zu dem von Kuhn selbst sehr untertrieben *Essay* genannten Buch »Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen« eine Diskussion zu eröffnen. Ich halte diesen *Essay* für eine glänzende Anwendung der Dialektik auf den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess und die Wissenschaftsgeschichte. Die vor längerer Zeit in *UTOPIE kreativ* veröffentlichte Buchbesprechung entsprach nicht im geringsten der Bedeutung dieses Buches. Allerdings ist die Sprengkraft dieses Buches für alte Marxismusprofessoren sehr gefährlich – siehe wieder O. Lacin.

Den Dreh- und Angelpunkt unserer »wissenschaftlichen« Weltanschauung bilden das Wertgesetz und die Mehrwerttheorie. Im »Grundriß der Kritik der politischen Ökonomie« wird dieser Grundpfeiler unserer Weltanschauung von Marx selbst relativiert – siehe dazu die Anmerkungen von O. Lacin. Im Laufe seines Forscherlebens hat Marx erkannt, daß sein genialer Jugendstreich – die Erfüllung des wissenschaftlichen Testaments von Ricardo und damit gleichzeitig die Schaffung der theoretischen Grundlage für die historische Mission der Arbeiterklasse – unhaltbar ist. Es muß für Marx eine schmerzhaft Entscheidung gewesen sein, die Arbeit am »Kapital« abzubrechen und damit große Teile seines Forscherlebens als gescheitert zu betrachten. Es bleiben mit seinem Forscherleben verbunden bahnbrechende Erkenntnisse in der Geschichtswissenschaft – und für uns die Erkenntnis: Auch Materialismus und Dialektik feien uns nicht vor Irrtümern. Die Bedeutung der Marxschen Forschungen auch weiterhin wird erst richtig deutlich, liest man die unsäglichen Diskussionen auch von »Marxisten« über offene Kreise, Ellipsen und Kondratowsche Wellen.

Für die weitere Diskussion muß ich einen neuen Autor einführen: Alfred Granowski.

Die seltsame Eigenschaft der Arbeitskraft, mehr Wert zu schaffen, als sie selbst Wert ist, habe ich bereits in der Studienzeit – das war allerdings ein Studium der Landwirtschaft – nicht verstanden. Und mit der Frage, ob das wohl eine Konstante in der *Gesellschaft* darstellt, wie sie in der *Natur* vorkommt, oder ein nicht beweisbares Axiom, bin ich in alle möglichen Fettnäpfchen getreten. Jetzt weiß ich es: Es war Marx' wohl einziger Griff in die idealistische Mottenkiste, den er für den Aufbau seiner Theorie benötigte. A. Granowski hat in seinem Buch »Produktion, Wert, Preis, Profit« bzw. in der soeben erschienenen Arbeit »Weg aus der Orientierungslosigkeit« einen Ausweg gewiesen. Granowski bietet für die Wertbildung und den Profit Gesetzmäßigkeiten aus dem Zirkulationsprozess an, denen ich mühelos zu folgen vermag. Man sollte ihn selbst zu Wort kommen lassen. Und auch in bezug auf eine sich neu entwickelnde Klasse, die bei sozialen Unruhen die Gelegenheit nutzen wird, ihre eigenen ökonomischen und politischen Interessen mit der im Schoße der alten Gesellschaft bereits entwickelten ökonomischen Macht durchzusetzen. Damit entwickeln sich gleichzeitig neue Bedingungen für den Klassenkampf der unteren Bevölkerungsteile. Auch in diesem Falle kann ich den Vorstellungen von Granowski mühelos folgen.

Und was wird mit der Arbeiterklasse? Sie wird natürlich bestehen bleiben. Aber sie wird ihren Kern verlieren, das Proletariat der Fließbänder. Dessen Rolle übernehmen Automaten. Und damit wird sie weiter an Bedeutung und Gestaltungskraft verlieren. Große Teile der Arbeiterschaft werden Bestandteil der sich formierenden neuen Dienstleistungsklasse werden. Das ist ein sehr verharmlosendes Wort für Geringverdiener, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Rasenmäher und Schuhputzer. Strategische Vordenker wie Kurt Biedenkopf fordern für diese neue Klasse bereits neue Bildungskonzepte, die dieser Klasse entsprechen und sie ruhig stellen. Es ist *UTOPIE kreativ* zu danken, daß sie uns in Heft 125 (März 2001) diese Konzepte zugänglich gemacht hat, so daß wir eine Vorstellung bekommen, wie man sich das gesellschaftspolitische Umfeld für den neoliberalen Strukturwandel des deutschen Bildungssystems im einzelnen vorzustellen hat.

Leicht verändert bewährt sich im übrigen der alte Spruch: Unseren großen Bruder studieren heißt verstehen lernen.

Daß auf der anderen Seite die unteren Bevölkerungsschichten in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch für sie sehr günstige soziale Sicherungssysteme durchzusetzen vermögen, zeigt die alte Bundesrepublik. Die unmittelbare Nachbarschaft der realsozialistischen Staaten und der Druck der Straße hatten heute fast nicht mehr vorstellbare Auswirkungen.

Gemeint ist der Beitrag von Ingrid Lohmann: »<http://www.bildung.com>« – Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 125 (März 2001), S. 205-219.

# HANNO PAHL, CHRISTOPH ENGEMANN

## Gesellschaft im Widerspruch

Konferenz zum 100. Geburtstag  
Theodor W. Adornos

Kontakt: engemann@  
luxemburg-initiative.de

Siebzig Teilnehmer aus ganz Deutschland und teilweise sogar dem deutschsprachigen Ausland hatten sich am 24. Oktober zur Eröffnung der Konferenz »Gesellschaft im Widerspruch« in Bremen eingefunden. In einer Einführung stellten die Veranstalter die Intentionen und inhaltlichen Schwerpunkte vor, die vor allem aus jenen Themen gespeist waren, die im Rahmen der zahlreichen anderen Veranstaltungen zum hundertsten Geburtstag Adornos vernachlässigt bzw. ignoriert wurden: Entgegen der allgemeinen Tendenz, Adorno vollends zum Klassiker der Soziologie zu erklären, um damit gleichzeitig seine Bedeutung für aktuelle Diskurse stark zu relativieren oder gar zu negieren, sollte explizit die inhaltliche wie auch methodologische Relevanz, Aktualität und Anschlussfähigkeit seiner gesellschaftstheoretischen Arbeiten herausgestellt und diskutiert werden. Dem sollte auch die formale Struktur der Konferenz Rechnung tragen: eine Arbeitskonferenz mit ausgedehnten Möglichkeiten zur Diskussion statt staatstragender Feierlichkeiten.

Der anschließende Eröffnungsvortrag von Helmut Reichelt (Bremen) hatte den Objektivitätsbegriff der soziologiekritischen Spätschriften Adornos zum Thema. Wobei die These entfaltet wurde, nach der Adorno in der Ausarbeitung bzw. späten Präzisierung seines Gesellschaftsbegriffs auch die Perspektive für eine neue Aneignung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie eröffnet habe. Im Rahmen eines dem hegelischen Verfahren in der Phänomenologie des Geistes analogen doppelten Kritikbegriffs müsse es einerseits darum gehen, ausgehend von jener realen Abstraktion im Tausch die Kategorien der politischen Ökonomie als Formen realer gesellschaftlicher Einheit zu rekonstruieren. Andererseits ließen sich aus dieser Perspektive dann sowohl Soziologie wie Wirtschaftswissenschaften in ihren jeweiligen dichotomischen Gestalten (Mikro/Makroökonomie, Handlungstheorie/Funktionalismus) als Verarbeitungsweisen begreifen, in denen sich gesellschaftliche Objektivität zwar reflektiere, aber in der sie – in einem strengen Sinne – nicht begriffen werde. Im Anschluss an den Vortrag von Helmut Reichelt gab es eine ausführliche Diskussion.

Am Samstagvormittag folgten mit den Beiträgen von Joachim Bruhn (Freiburg) und Michael Heinrich (Berlin) zwei Referate aufeinander, in denen inhaltlich zum Teil einander konträr entgegengesetzte Positionen vertreten wurden, was sich auch durch eine äußerst konträre Einschätzung in den anschließenden Diskussionen unter Einbeziehung der wiederum zahlreich erschienenen Zuhörer widerspiegelte. Joachim Bruhn kritisierte vor allem die auch im kritischen Marxismus vorherrschende Tendenz, jenen neben der klassischen politischen Ökonomie und der



hegelschen Dialektik dritten für das Marxsche Denken konstitutiven Strang - den utopischen, »naturrechtlichen« Arbeiterkommunismus und die dadurch implizierte Unbedingtheit des Kommunismus – eliminiert zu haben, was nicht zuletzt einer Eingliederung Marxens in das System bürgerlicher Einzelwissenschaften bzw. einer Positivierung seiner Kritik Vorschub geliefert hätte. Hiervon ausgehend, stellte Joachim Bruhn den Sinn jeglicher »positiver« Fortführung bzw. Weiterführung/Korrektur der Kritik der politischen Ökonomie – z. B. als »Wirtschaftswissenschaft« – grundsätzlich in Frage und untermauerte dies u. a. durch Hinweis auf den Begriff des Wertes bei Marx, der nicht zuvorderst der ökonomischen Denktradition entstamme, sondern von Anfang an bei Marx als Prinzip gesellschaftlicher Synthesis aufgefasst wurde.

Michael Heinrich versuchte im Anschluss zunächst, sich u. a. durch Hinweise auf die konstitutiven Differenzen zwischen einer positiven Wissenschaft im Marxschen Sinne und »bürgerlicher« Wirtschaftswissenschaft gegen die Vorwürfe Joachim Bruhns zu rechtfertigen. In einem zweiten Teil stellte er zentrale Aspekte des Zusammenhangs der drei Bände des »Kapital« dar, um hieran sowohl die Notwendigkeit einer Kritik traditioneller Kapital-Lesarten zu verdeutlichen als auch auf Probleme der Marxschen Darstellung selbst hinzuweisen.

Nach den Vorträgen am Freitag Abend und Samstag Morgen fanden am Samstag Nachmittag und Abend vertiefende Arbeitsgruppen statt. Den Anfang bildete eine Arbeitsgruppe von Michael Heinrich, in der – anschließend an seine im Vortrag entfalteten Thesen der Notwendigkeit einer Reformulierung der Marxschen Werttheorie als monetärer Werttheorie – die sich daraus ergebenden Konsequenzen hinsichtlich der Marxschen Kredit- und Krisentheorie erläutert und diskutiert wurden. Parallel dazu fand eine Arbeitsgruppe von Lars Meyer (Bremen) und Hanno Pahl (Bielefeld) statt. Dort ging es um den Zusammenhang der Erfahrung von gesellschaftlicher Objektivität und soziologischer Theoriekonstruktion. In einem längeren Einleitungsreferat von Lars Meyer wurden sowohl der Erfahrungsbegriff Adornos rekonstruiert wie in einem zweiten Teil dann hiervon ausgehend Adornos Perspektive auf eine Theorie der Gesellschaft dargelegt: Wie hängen Erfahrung der Gesellschaft, theoretische Präformiertheit und begrifflich-systematische Organisation der Erfahrung dieser Gesellschaft zusammen? Hanno Pahl hat daran anschließend an einem der modernen soziologischen Theorie entnommenen Beispiel – dem Wandel des Theorems der funktionalen Differenzierung von Talcott Parsons hin zu Niklas Luhmann – die Aktualität der Adornoschen Kritik soziologischer Theoriebildung demonstriert.

Den letzten Veranstaltungsblock bildeten die parallelen Workshops von Christine Kirchoff (Bremen) über »Das Subjektive in der Theorie« sowie von Andreas Harms (Berlin) und Christoph Engemann (Bremen) über das Verhältnis von Warenförmigkeit und Rechtsförmigkeit sowie zur Aktualität der These der Verwalteten Welt. Harms stellte zunächst Eckdaten zum Leben und Wirken des marxistischen Rechtstheoretikers Paschukanis vor, um im weiteren Referat dessen werttheoriegeleitete Rechtskonzeption näher zu erläutern. Christoph Engemann stellte den Wandel bürokratischer Organisationsmethoden seit Adornos Wirken dar. Anhand der Kontrastierung der Positionen von Individuum und Organisation in klassischer und moderner Bürokratie wurde erläutert, inwiefern Adornos These der verwalteten Welt noch heute Bestand hat.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Die *Grünen*-Politikerin Claudia Roth verstieg sich unlängst zu der absurden Forderung, die deutschen Unternehmen, die in China investierten (gemeint ist damit der sich nach wie vor – ebenso absurd – Volksrepublik nennende asiatische Großstaat), sollten sich für ein verbessertes Arbeitsrecht und für die Gründung von Gewerkschaften starkmachen. Natürlich ist ein derartiges Ansinnen nicht per se absurd, aber die Adressierung ist es allemal. So denn ließen die entsprechenden Antworten auch nicht lange auf sich warten: »Hinter vorgehaltener Hand«, wußte der Berliner *Tagesspiegel*, sei in »Unternehmerkreisen zu vernehmen«, daß »unser Business nicht die Menschenrechte sind«. Außerdem gehöre es sich nicht, »den Hausherrn das Gesicht verlieren zu lassen«. Martin Posth, ehemals VW-Aktivist in der Volksrepublik (Shanghai) und heute Präsident eines in der deutschen Hauptstadt ansässigen Lobbyvereins Asien-Pazifik-Forum, reagierte folgendermaßen auf Claudia Roth: »Und wenn wir uns die Foltervorwürfe gegen westliche Soldaten im Irak anschauen, müssen wir schon ganz schön bescheiden werden, bevor wir die Chinesen in Sachen Menschenrechte belehren.« Da legst dich nieder – nähmen wir diesen dialektischen Rösselsprung für bare Münze, müßten wir schnell dahinterkommen, daß ja die Amerikaner eigentlich auch daran Schuld sind, daß es in der Volksrepublik keine anständigen Gewerkschaften gibt. Wahrlich, es ist nicht leicht, Amerikaner zu sein ...

Da wir nun schon beim Thema sind: Zur derzeit von deutschen Zeitungen praktizierten Alltagsdialektik gehört auch das Spiel »gute Terroristen – schlechte Terroristen«. Eben haben in Grosny tschet-schenische Rebellen/Widerstandskämpfer/Separatisten/Islamisten/

Verbrecher (unzutreffendes bitte selbständig handelnd streichen) den dortigen Präsidenten und Putin-Verbündeten Achmad Kadyrow in die Luft gesprengt, da fallen die vereinigten Rußlandkorrespondenten deutscher Blätter und die Kommentatoren in den Heimatstandorten nicht etwa über die Rebellen/Widerstandskä ... – siehe oben – her, sondern umstandslos über Putin und seine Tschetschenien-Politik. So richtig wie falsch. Und vor allem hochgradig ungläubwürdig. Die gleichen Leute, die zuvor den Säufer-Präsidenten Jelzin hofiert hatten, der ihnen durch die von ihm mit zu verantwortende ursprüngliche Akkumulation das Land ausgeliefert hatte und sozusagen als Vater neurussischen Millionärstums gelten kann, vergießen Krokodilstränen, wenn sich Putin auch nur andeutungsweise anzuschicken wagt, den Millionären Steuern abzuverlangen oder sie gar zeitweise ins Kittchen stecken läßt. Putins Tschetschenien-Politik beziehungsweise die seiner Generalität ist nun wahrlich aller Unehren wert.

Aber nur ein Blick auf die Internetseiten der kaukasi-schen Islamisten müßte – eigentlich ... – zu mehrschichtigeren Einschätzungen russischer Politik führen. Führt sie aber nicht. Die gleichen Zeitungen, die sich bei uns an der Tete eines Kampfes gegen den Terrorismus im eigenen Land wännen, werden angesichts kaukasischer Sprengmeister und Selbstmordattentäter von Sprachhemmungen befallen. Denn wenn es gegen den vermeintlich das Kapital störenden russischen Präsidenten geht ...

Die Europa-Festspiele sind vorbei. Man hatte sich in den letzten Wochen vor dem Massenbeitritt kaum noch getraut, eine Zeitung aufzuschlagen, man hatte kaum noch gewagt, den Fernseher anzuschalten: Europa rauf und runter und Europa kreuz und quer, Europa allenthalben. Selbst noch durch DDR-Pressekampagnen gestählte Zeitungsleser mußten schier überfordert sein. Eine derartige Quantität mußte geradezu zwangsläufig auch zu geballter Oberflächlichkeit führen. Was da zum Beispiel in sogenannten Reportagen und Reiseberichten aus den »Beitrittsländern« teilweise für ein Quark verlautbart wurde, war kaum zu ertragen. Von den peinlichen Jubelarien der Regierungschefs gar nicht zu reden; was die bei ihren Auftritten an mangelndem Problembewußtsein zelebrierten, war nicht auszuhalten. Frühere SED-Parteitage oder »runde« DDR-Geburts-tage waren dagegen gar nichts gewesen ... So denn blieb es – wie hierzulande üblich geworden – dem Feuilleton vorbehalten, gelegentlich Klartext unters Publikum zu bringen. Zum Beispiel in der *Berliner Zeitung*. Dort wurde die grenzüberschreitende staatsoffiziöse Besoffenheit durch den Essay »Cordon Sanitaire« des ukrainischen Schriftstellers Juri Andruchowytsch und durch ein Interview mit dem polnischen Regisseur Stanislaw Mucha (z. B. *Absolut Warhola*, Dok-Film, sehr zu empfehlen!) sozusagen pc-frei etwas konterkariert. Andruchowytsch: »... entstand an unserer Westgrenze eine neuzeitliche Alternative zum Eisernen Vorhang: – ein cordon sanitaire.« – Mucha: » ... Die Osterweiterung hat doch lange vor dem 1. Mai stattgefunden. *IKEA* hat in der West-Ukraine längst die Gebirgswälder abgeholzt, schöne, lange, gerade Bäume zu Pressholzplatten gemacht. Jetzt sind ganze Gebirgshänge kahl. ...« Allergiker aller Länder, vereinigt Euch!

**Matthias Steinle:**  
**Vom Feindbild zum Fremdbild.**  
**Die gegenseitige Darstellung**  
**von BRD und DDR**  
**im Dokumentarfilm.**  
**Band 18 der Reihe: CLOSE UP**  
**Schriften aus dem Haus**  
**des Dokumentarfilms Stuttgart,**  
**UVK Konstanz 2003, 516 S.**  
**(34 €)**

Aus naheliegenden Gründen existiert in Deutschland ein historisches Forschungsgebiet, dessen politisch-ideologische Kampflinie im letzten Jahrzehnt festgelegt und nichtsdestoweniger vermint war. Die Interpretation der deutschen Nachkriegsgeschichte aus unzähligen verschiedenen Richtungen schlug hohe Wellen. Normal oder gar objektiv konnte man die Debatten nie nennen. Eingezwängt in ideologischen Rastern zwischen Totalitarismusvorwurf, demokratischer und staatssozialistischer Apologie, präsentiert von Siegern und Verlierern der jüngsten Vergangenheit, kristallisierte sich mehrheitlich ein sehr schiefes Bild der deutschen Teilung 1945/49-1989/90 heraus. Grob gesagt war eine Sichtweise vorherrschend, in der die Bundesrepublik mit ihrer Geschichte und Sozialstruktur (fast) alles richtig und die DDR dabei (fast) alles falsch gemacht habe. Das betraf auch die Überwindung der NS-Zeit, allerdings mit erheblichen Bauchschmerzen, denn die parallele und für sich selbst defizitäre Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten konnte pikanterweise nur mit Hilfskrücken für die BRD und einfältigen Delegitimationsstrategien gegenüber der DDR umgedeutet werden. Seit drei bis vier Jahren ist, vor allem vorgetragen von jüngeren Historikern, Sozial- und Medienwissenschaftlern, ein leichter Wandel zu verspüren. Zunächst noch versteckt in einzelnen Aufsätzen oder in Sammelbänden beginnt sich nach und nach die Erkenntnis durchzusetzen, daß der methodische Gegenstand der deutschen Nachkriegsforschung nicht die Separation der beiden deutschen Teile oder die ahistorische Rückprojektion auf die Dichotomie Demokratie

und/oder Diktatur ist, sondern daß die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Deutschland auch zwingend die Historiographie der aufeinander bezogenen deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte erfordern.

Manchmal bedarf es hierzu einiger Wahrnehmungshilfen, wozu sich das Medium Film, trotz aller Beargwöhnungen aus den Lehrstühlen der auf politische Geschichte fixierten Akademie, besonders anbietet. Wie kaum woanders verbindet der Film den Charakter eines visuellen Dokuments mit der Unbestechlichkeit für atmosphärische Verdichtungen, des Gefühls von historischer Zeit und mentalitätsgeschichtlichen Aspekten. Kurz, aus Filmen ist der Zeitgeist am anschaulichsten zu erfahren, auch derjenige der deutschen Teilung. In seiner soeben erschienenen Dissertation über die gegenseitige Darstellung von BRD und DDR im Dokumentarfilm legt der Marburger Filmwissenschaftler Matthias Steinle nicht mehr und nicht weniger als eine lehrreiche und sehr komplexe Parallelgeschichte der beiden deutschen Staaten vor. Die Hauptthese des Buches läßt sich mit seinen Worten so zusammenfassen: »40 Jahre deutsch-deutsche Deutschlandbilder zeigen in ihrer Materialfülle mit disparaten Formen und Formaten die Fixierung im Blick aufeinander mit charakteristischen Parallelen und Kontinuitäten sowie nicht minder bezeichnenden Brüchen: Primitive Feindbilder stehen neben subtil(er)en Konstruktionen – z. T. in ein und demselben Film; etablierte Klischees werden bedient, verworfen und wieder aufgegriffen, um- und Neubewertet. Die Wechselseitigkeit dieses Prozesses wurde in der Gegenüberstellung repräsentativer Dokumentarfilme deutlich. Im synchronen Vergleich zeigen sich zahlreiche strukturelle und diskursive Parallelen, die von der konstitutiven Rolle der Bilder der Gegenseite und dem Bezug auf diese im gesamtdeutschen Kommunikationsraum zeugen.«

Zum Beweis seiner These folgt Steinle, nach der üblichen Zusammenfassung des Forschungsstandes in der Einleitung, den in der Nachkriegsgeschichtsschreibung verankerten Zäsuren der deutschen Geschichte seit 1949 über die doppelte Staatsgründung zum Mauerbau, zu den politischen Phasenverschiebungen Mitte der sechziger Jahre, danach zum Machtwechsel von Kiesinger zu Brandt bzw. von

Ulbricht zu Honecker und schließlich zur Spannungspolitik in den siebziger Jahren, deren Behandlung zum Ende der deutschen Zweistaatlichkeit 1989/90 überleitet. Die meist zusammengezogene Periode von 1949-1961 wird von Steinle jedoch aufgebrochen und in zwei Kapiteln, mit der Bruchstelle des Jahres 1955 als »definitive Blockintegration«, bearbeitet. Der Autor begründet diese Differenz, die für den Zustand der deutschen Teilung bislang eher unterbelichtet wurde, mit der zutreffenden Vollendung der Teilungspraxis durch die militärische und wirtschaftliche Einbindung in die Ost-West-Konstellation sowie mit den in den jeweiligen Öffentlichkeiten fühlbaren Veränderungen der »Einheitsrhetorik«. Hinzuweisen wäre hier darauf, was die Triftigkeit von Steinles Einschnitt in der Mitte der fünfziger Jahre bestätigt, daß ungefähr 1955 auch die über Restitution und Integration laufende Rekonstruktion der jeweiligen politischen Kulturen als intakte Gemeinwesen ihre abschließenden Konturen erfuhr. Im letzten Materialabschnitt über die Jahre 1975 bis 1989 zeigt Steinle unter dem Titel »Business as usual«, wie die Filmbeiträge exakt so etwas wie einen Normalitätsdiskurs in der gegenseitigen Akzeptanz des anderen Deutschlands etablierten. In dieser Zeit spielte die Verständigungsfunktion der westdeutschen Dokumentarfilme über die DDR für die eigene Bevölkerung eine wesentliche Rolle, da sich der DDR kritisch-distanziert genähert, der von der BRD abweichenden sozialen Entwicklung allerdings auch Respekt gezollt wurde. Die ursprünglichen Bedeutungen, Um- und Neubewertungen eines vormals vollständig negativen DDR-Bildes überlagerten sich und machten zumindest tendenziell einer Bildkorrektur Platz. »Eine Erfahrung«, wie Steinle betont, »die im Zuge der Wiedervereinigung scheinbar komplett in Vergessenheit geriet, so dass ein »ebenso mitleidig wie arrogant in Szene gesetzte(r) Demontage-Journalismus« die DDR auf die aus dem Kalten Krieg bekannten Zeichen von Zerfall und Niedergang reduzierte.« Mit der Metapher »vom Feindbild zum Fremdbild« will Steinle deshalb die Entwicklungslinien und historisch gewachsenen, wandlungsfähigen Gestaltungsinhalte und -mittel der Selbst- und Fremdsichten auf die deutschen Teil-

gesellschaften analytisch durchdringen und sich von den überlebten »Expost«-Interpretationen lösen, die gebetsmühlenartig wiederholen, die deutsche Geschichte nach 1945 sei keine komplementäre gewesen, sondern müsse in eine Erfolgsgeschichte West und in eine Abwirtschaftungstragödie Ost zergliedert werden.

Die unzähligen Filmbeispiele, die Steinle in offensichtlicher Schwerstarbeit zusammengetragen und besprochen hat, verweisen auf die gegenseitige Geschichtspropaganda, auf ihre geschichtspolitischen Komponenten und auch auf eine gegenläufige und aufeinander bezogene Geschichtsergänzung durch den Dokumentarfilm. Von den fünfziger Jahren bis etwa Mitte der sechziger Jahre dominiert die Propaganda. Die DDR feiert sich zunächst ausgiebig selbst und die Hymnen auf den neuen Staat, wie in *Der Weg nach oben* (1950) oder *Die Sieben vom Rhein* (1954), sind dementsprechend pathetisch aufgeladen, während in ihnen beim »Blick nach drüben« die Krisen und die angebliche »anglo-amerikanische Besatzung« Westdeutschlands attackiert werden. Wenn die Bundesrepublik im gleichen Stadium überhaupt auf die DDR zu sprechen kommt (man nehme einfach nur die westdeutschen »Berlin-Filme«, die Steinle im Falle von *Wir sahen Berlin* (1955) sarkastisch mit »d. h. wir sahen West-Berlin« kommentiert), dann verbleiben die Filme fast durchweg im Schema des Kalten Krieges zwischen »Zonen«-Ignoranz und aufgeladener Totalitarismuskritik. *Sowjetzone ohne Zensur* (1954) und der politpädagogische Auftragslehrfilm *Hitler und Ulbricht: Fehlanzeige. Die große Lücke im Wissen unserer Schüler* (1959) sind in dieser Hinsicht beredete Bildzeugnisse. Viele der westdeutschen Produktionen wurden vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (BMG) entweder in Auftrag gegeben oder kofinanziert. Gerade vom Quellenbestand des BMG zehrt die Qualität der Studie in hervorragendem Maße.

Zu einem entscheidenden Wendepunkt im Dokumentarfilmschaffen der DDR wird ab 1957 die Unterbauung der antiwestlichen Ausrichtung mit starken Argumenten gegen NS-belastete Personen im bundesdeutschen Staatsapparat. Vor dem Hintergrund der SED-Kampagnenpolitik gegen Bonn mit vielen pro-

pagandistischen Versatzstücken ausgestattet, polemisieren die bekannten Filme *Urlaub auf Sylt* (1957), *Unternehmen Teutonenschwert* (1958), *Der Fall Heusinger* (1959) oder *Mord in Lwow* (1960) gegen die restaurative Kontinuität »von Hitler zu Adenauer« in der BRD, die schlechterdings nicht zu bestreiten war. In den Tonlagen oft über das Ziel hinauschießend, bewirken die Filme jedoch u. a. mit einigem Abstand, daß die von außen durch die DDR-Vorwürfe induzierte Diskussion über die NS-Geschichte und die personelle Linienführung im Westen in Gang kommt. Von den genannten Filmen ausgehend, entwickelt sich im ostdeutschen Dokumentarfilm eine Strömung, die Steinle als »Enthüllungsfilme« bezeichnet. Paradigmatisch ist dafür sicherlich das unter dem Kürzel »H&S« firmierende, eigenständige Filmstudio von Walter Heynowski und Gerhard Scheumann, dessen ebenso paradigmatische Meisterproduktion *Der lachende Mann* (1966) über den als »Kongo-Müller« verrufenen deutschen Fremdenlegionär Siegfried Müller weltweit für Aufsehen sorgt. Filmen in Westdeutschland geschieht von DDR-Seite aus meist geheim oder unerkannt für die bundesdeutschen Behörden durch westliche Kameraleute, die mit der DDR sympathisieren. Noch in den siebziger Jahren ist diese Methode, z. B. in der Fernsehreihe *Alltag im Westen*, festzustellen. Der Bundesrepublik war ein solch exklusives Vorgehen in der DDR bis zum Korrespondentenaustausch von 1975 nahezu unmöglich. Steinles Bemerkung zu den historisierenden Entlarvungsfilmen der DDR ist keineswegs übertrieben, wenn er mit Blick auf die BRD schreibt: »Dass die Bundesrepublik keinen Film über die ›Zone‹ nach diesem Muster produzierte, mag zum einen daran gelegen haben, dass die DDR über mehr Material verfügte – was das Arsenal sowohl an Archivbildern als auch an Vorwürfen betraf. Zum anderen hätte es dem historischen Diskurs mit der Vorstellung des Jahres 1945 als ›Stunde Null‹ widersprochen.«

Nach einem längeren »Mauerscharmützel« zwischen 1961 und 1966 (Matthias Walden vom SFB redet mehrfach von »roten Nazis« und von Ostberlin als einem eingemauerten »KZ«, während Karl-Eduard von Schnitzler beteuert, daß die Grenze »gut« sei) ergeben

sich im westdeutschen Dokumentarfilm bezüglich des DDR-Bildes spätestens seit 1968 spürbare Veränderungen. Zwar werden auch die DDR-Dokumentationen über die Bundesrepublik ein wenig differenzierter, als Real satire in *Pankoff* (1966) oder in dem Zyklus *Die manipulierte Gesellschaft* (1977-79), alles in allem aber bleibt die BRD eher grau und kaum einladend, was durch die permanente Wiederholung von Thesen und partiell durch Übertreibungen alsbald von einem Großteil der DDR-Bürger fast gar nicht mehr zur Kenntnis genommen wird. Die bundesdeutschen Filme bemühen sich um Alltagsbeobachtungen in der DDR und zeichnen die Wandlungen im ostdeutschen Sozialgefüge vom gestiegenen Lebensstandard über die Lebensziele bis hin zur nichtrevolutionären Einrichtung in den Verhältnissen nach. Mit Filmen wie *Viel Neues für Frau Wenig* (1971) und dem von westdeutschen Stellen mit dem Vorwurf der »Linkspropaganda« belegten Beitrag *Ich bin ein Bürger der DDR* (1973) kommen zum ersten Mal die sozialen Errungenschaften der DDR ins Bewußtsein. Die sich ab 1975 anschließenden Korrespondentenf়ilme oder die in den achtziger Jahren entstehenden Sendereihen *Deutscher Alltag* (vom WDR für sein drittes Programm konzipiert) und *Die Reportage* (ZDF) vermitteln bis zum Ende der deutschen Teilung verschiedenste Alltagseindrücke und -probleme aus der DDR für das BRD-Publikum. Ohne Euphorie behalten jene Filme stets die Repressionen des DDR-Systems im Auge, werten die DDR-Gesellschaft im Ganzen jedoch nicht mehr ab und stehen dem Staatssozialismus legitim und aufgeschlossen gegenüber. Es ist angesichts solch dokumentarischer Stimmen von Westen aus dem Osten für den Westen zwischen 1975 und 1989 in der Tat (inhaltlich, nicht ideologisch) umso erstaunlicher, daß der westdeutsche Einheitsjournalismus wesentliche Parameter der realitätsbezogenen Annäherung an die Wirklichkeit durch Film über Bord geworfen hat.

Es kann definitiv festgehalten werden, daß Steinles Untersuchung in ausgezeichnete Form die Perspektiven der deutschen Parallelgeschichte von 1945/49 bis 1989/90 anhand des Dokumentarfilms erhellt. Das Buch ist im Aufbau klar strukturiert, auch für Fachfremde und Nicht-Spezialisten zum Lesen gut geeig-

net (selbst wenn einzelne gespreizte Neologismen wie z. B. »diffamatorisch« oder »Martyrologium« unnötig sind) und in seinen Interpretationen ausgewogen und nachvollziehbar. Man hätte sich vielleicht gewünscht, daß auf Kosten der einen oder anderen Einzelanalyse die Produktionsbedingungen der Filme und ihr historischer Kontext tiefgreifender beleuchtet worden wären. Diese Einschränkung schmälert aber den Gesamteindruck nur am Rande. Der Arbeit von Matthias Steinle ist eine weite Verbreitung zu wünschen. Mehr noch, man sollte sich eine Institution wünschen, die sämtliche Filme aus der Periode der deutschen Zweistaatlichkeit aus den Archiven ans Licht der politischen Bildung holt, denn nichts ist bildender als der bildliche Anschauungsunterricht der Geschichte.

P. S.: Auf Seite 366, Fußnote 90 erfahren die Leser im übrigen folgendes: »Gemäß einer Weisung des Bundesinnenministers vom 5. Juli 1974 war die Abkürzung BRD im offiziellen Sprachgebrauch nicht mehr zu verwenden.«

DETLEF KANNAPIN

**Dieter Klein:**  
**Zukunft statt »Reformen«:**  
**Arbeit für alle. Ein realistisches**  
**Konzept, Reihe Texte der**  
**Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 14,**  
**Karl Dietz Verlag Berlin 2004,**  
**63 S., (6 €)**

»Fragen der Veränderung der Arbeitswelt sind wie viele andere Probleme so hochkomplex, daß sie zwangsläufig zu komplizierten Antworten verleiten ... Aber zugleich hat der Funktionsmechanismus der Medienwelt bei vielen Menschen die Erwartung einfacher Antworten hervorgebracht und auch Parteien unter diesen Druck gebracht« – soweit Dieter Klein gegenüber *UTOPIE kreativ* in einem Interview über den Zukunftsbericht der Rosa Luxemburg Stiftung im November 2003.

Im vorliegenden Band, der einzelne Argumentationsstränge jenes Zukunftsberichts aufgreift und gesondert präsentiert, versucht Klein, ein »realistisches Konzept« zu entwer-

fen, mit dem »Arbeit für alle« geschaffen werden kann. Angesichts der grassierenden Misere auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt und der regierenden rot-grünen Hilflosigkeit sollte eine solche Schrift – auch dank ihrer prägnanten Kürze – eigentlich ein Bestseller sein. Das genau ist jedoch am wenigsten zu erwarten. In einer Zeit, die nach der Abfolge von Hartz-Gesetzen gemessen wird, in der endloses Reformgerede und die Verordnung immer neuer sozialer Grausamkeiten die Öffentlichkeit ermüden und die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger frustrieren, glaubt längst niemand mehr an »realistische Konzepte« – die Arbeitssuchenden zuletzt.

Wer hier ernsthaft »realistische« Abhilfe verheißen will, braucht offenbar ein besonderes Realismusverständnis. Und in der Tat unterscheidet sich der von Dieter Klein propagierte Realismus, mittels dessen Millionen Arbeitslose wieder in Arbeit gebracht werden sollen, durch seine realpolitischen Voraussetzungen wesentlich von den kurzatmigen regierungsamtlichen Reformprojekten. Während der Realismus letzterer sich auf die Fortschreibung des gesellschaftlichen Status quo stützt und regelmäßig am Versuch der Quadratur des neoliberalen Kreises von Standortwettbewerb und Globalisierung scheitert, setzt Klein bei einem neuen »Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung« an – am »selbstbestimmt und solidarisch handelnden Menschen in sozialer Sicherheit und in Solidarität, der in Frieden zu leben vermag« (Michael Brie).

Die Kleinsche Vision von »Arbeit für alle« beruht also auf der Voraussetzung eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels, für den in althergebrachten Konzepten kein Raum ist und für den es fähiger politischer Träger und zustimmender Mehrheiten bedürfte. Das sich hier Geltung verschaffende Trägheitsgesetz politischer Demokratie erzwingt jedoch wiederum eine ganz andere Art Realismus. Es erscheint nämlich notwendig, über »kleinere realisierbare Schritte« zu einem grundsätzlich anderen »Umgang mit dem gesellschaftlichen Problem Arbeitslosigkeit« nachzudenken – auch darüber weiß Klein Bemerkenswertes zu schreiben.

ARNDT HOPFMANN

Jochen Gerlach:  
 Ethik und Wirtschaftstheorie,  
 Chr. Kaiser/Gütersloher  
 Verlagshaus  
 Gütersloh 2002, 310 S. (24,95 €)

Seitdem Arthur Rich mit seiner Schrift *Wirtschaftsethik in theologischer Perspektive* 1984 den entscheidenden Schritt von einer sich lediglich auf soziale Postulate beschränkenden christlichen Ethik zu einer die Wirtschaft einschließenden Ethik gegangen ist, hat diese eine neue, zukunftsweisende Dimension erhalten. Auch wenn der wirtschaftsethische Diskurs vornehmlich von Ökonomen, Soziologen, Juristen und Philosophen bestritten wird, so hat die theologische Sicht hierin doch ihren festen Platz und sollte deshalb von den anderen Disziplinen durchaus ernst genommen werden. Voraussetzung dafür ist jedoch ihre genaue Positionsbestimmung, das heißt die Einordnung der theologischen Vorstellungen in das Spektrum ethischer Entwürfe. Diese Aufgabe leistet das vorliegende Buch, indem hier die wichtigsten Ansätze wirtschaftsethischer Theorien im deutschsprachigen Raum in evangelisch-theologischer Perspektive kritisch analysiert und bewertet werden. Dabei zeigt sich, daß die meisten Ansätze volkswirtschaftlicher Natur sind, während die nicht minder wichtige und in letzter Zeit an Bedeutung gewonnene Unternehmensethik ebenso wie die Branchenethik kaum vorkommen.

Leitfaden der Arbeit ist die Frage, wie Ethik und Wirtschaftstheorie, welche ganz differente Voraussetzungen und Ziele haben, »methodisch sinnvoll und sachlich angemessen« (S. 17) vermittelt werden können? Beide Disziplinen gehören verschiedenen Theoriwelten an und stehen sich als erfahrungswissenschaftlich-empirische bzw. normativ verstehende Theorien zunächst unvermittelt gegenüber. Eine »Vermittlung« kann hier nur gelingen, wenn einerseits der weltanschauliche Hintergrund der ökonomischen Kategorien offengelegt wird und andererseits die ethischen Grundsätze empirisch expliziert werden. So sieht es jedenfalls der Autor bei der Beschreibung seiner Forschungsmethode. Seine Darstellung geht demgegenüber jedoch noch we-

sentlich weiter: Die verschiedenen Ansätze werden von ihm auch dargestellt und kritisch gewürdigt, was das Buch zu einem nützlichen Übersichtswerk zum Themenkreis »Wirtschaft und Ethik« macht.

Nun ist die ökonomische Theorie weder geist- noch sinnlos. Das heißt, ein gewisser ethischer Gehalt ist ihr immer immanent. Dieser muß jedoch aufgedeckt und theoretisch herausgearbeitet werden, denn vordergründig gibt sich die ökonomische Theorie als »werturteilsfrei«. Als Problem erweist sich dabei, daß die moderne kapitalistische Gesellschaft eine »Wirtschaftsgesellschaft« ist, die Wirtschaft also nicht nur der Gesellschaft dient, sondern diese zugleich auch wesentlich prägt. Als »ökonomische Kapitalherrschaft« (Max Weber) aber ist sie »ethisch nicht reglementierbar«. Vielmehr folgt sie ihren eigenen Gesetzen (Profitmechanismus, Wettbewerb, Marktlogik etc.). Wirtschaftsethik wird damit zu einem »unmöglichen Projekt« (S. 21) – es sei denn, man beschränkt sich auf die »verantwortliche Gestaltung« einzelner institutioneller Regelungen. Der hier angesprochene Konflikt zwischen Effizienz und Ethik ist für die kapitalistische Marktwirtschaft fundamental. Auf seiner Grundlage vollzieht sich mithin auch die kritische Analyse Gerlachs, welche gründlich, interdisziplinär und reich an neuen Fragestellungen ist. Im Zentrum stehen dabei die wirtschaftsethischen Vorstellungen von Bruno Molitor, Peter Koslowski, Peter Ulrich und Karl Homann. Sein eigenes Verständnis des Gegenstandes wirtschaftsethischer Theorie entwickelt der Autor im zweiten Kapitel des Buches, bevor er zur Auseinandersetzung mit den anderen Auffassungen schreitet. Insgesamt gelangt er dabei zu dem m. E. nicht ganz einleuchtenden Schluß, daß die untersuchten wirtschaftsethischen Entwürfe an eine theologisch begründete Ethik »grundsätzlich anschlussfähig« seien (S. 25). Die Begründung dafür biete jeweils der weltanschauliche Hintergrundgehalt der vorgestellten Theorien – eine These, die in bezug auf die ökonomische Sinnggebung bestimmter Kategorien im Kontext der Verwertungslogik der kapitalistischen Wirtschaft einige Fragen aufwirft, wenn nicht überhaupt in Zweifel zu ziehen ist. Nichtsdestoweniger aber stellt diese Arbeit einen gelungenen theoretischen Vermittlungsversuch



zwischen Ökonomie und christlicher Ethik dar. Sie ist ein Diskussionsangebot der Theologie bzw. Philosophie an die Wirtschaftswissenschaften, das aufgegriffen werden sollte.

ULRICH BUSCH

**Michel Reimon, Christian Felber:**  
**Schwarzbuch Privatisierung.**  
**Was opfern wir dem freien Markt?**  
**Verlag Carl Ueberreuter Wien**  
 2003, 256 S. (19,95 €)

Michel Reimon und Christian Felber, Journalisten und als globalisierungskritisch, Felber auch als Aktivist der österreichischen ATTAC bekannt, haben eine zu Recht als »Schwarzbuch« überschriebene Arbeit vorgelegt, dem eine breite Leserschaft zu wünschen ist. Anhand von neun detailliert aufgearbeiteten Komplexen (britische Eisenbahn, Gesundheitswesen, Trinkwasserversorgung, Strommarkt, Bildung, Altersvorsorge, Telekommunikation, öffentliche Sicherheit und GATS) zeigen sie die Folgen der Privatisierung und die Interessen, die hinter ihr stehen.

Die Privatisierungsstrategie wird als Kernstück der neoliberalen Offensive dargestellt, die ihren Durchbruch um 1983 in Großbritannien mit Margret Thatchers breit angelegter Liberalisierungspolitik erreichte (S. 34). Diese Offensive erstreckt sich quer über Kontinente und nahezu alle Branchen, die bisher als Domäne öffentlicher Daseinsfürsorge galten. Nicht der anonyme Weltmarkt, sondern ökonomisch interessierte Konzernvertreter und ihre politischen Vollzugsorgane mit Namen und Adresse sind die Akteure dieser Bewegung. Besonders deutlich arbeiten das die Autoren anhand der GATS-Verhandlungen heraus, bei denen sich die EU-Kommission vor den Karren der privaten Profitinteressen spannte, in diesem Falle der 85 größten Dienstleistungsunternehmen der EU, zusammengeschlossen im ESF (Europäisches Dienstleistungsforum) (S. 221). Sie zeigen, wie die Entscheidungen herbeigeführt werden, wer die Nutznießer sind und wie die demokratische Öffentlichkeit ausgetrickst werden soll. Und es geht um viel: 150 Dienstleistungs-

sektoren sollen zur Disposition gestellt werden, von »A wie Abfallbehandlung bis Z wie Zahnarzt« (S. 223). Allein der Weltmarkt für die Trinkwasserversorgung wird auf 800 Milliarden, der globale Bildungsmarkt auf 2000 Milliarden und der Gesundheitsmarkt auf 3500 Milliarden US-Dollar geschätzt (S. 229). »Die internationalen Konzerne haben es jedenfalls ganz besonders auf die öffentlichen Dienstleistungen abgesehen, weil diese nicht konjunkturellen Modezyklen unterworfen sind, sondern von allen Menschen jeden Tag benötigt werden. Grundbedürfnisse sind ein großes Geschäft – hier läßt sich viel verdienen. Die EU-Kommission steht Gewehr bei Fuß. Michel Servoz, die rechte Hand Pascal Lamys, zuständig für die Liberalisierung des Dienstleistungshandels, meint lakonisch: »Bildung und Gesundheit sind reif für die Liberalisierung.« (S. 229)

Die Formel »profitorientiert = effizient« und »staatlich = ineffizient« wird an vielen Fällen widerlegt. Neben Arbeitsplatzabbau und zunehmender Arbeitshetze ergeben sich häufig Nachteile für die Konsumenten. Mag ein zunächst intensivierter Wettbewerb zu sinkenden Preisen führen, so läßt die unweigerlich folgende Marktberreinigung erneut oligopolistische Marktstrukturen mit steigenden Preisen entstehen (S. 117). Die Kosten je Leistungseinheit sinken beileibe nicht in jedem Fall. Vergleiche von öffentlichen und privaten Gesundheitssystemen ergeben mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand, ergänzt um hohe Werbeaufwendungen und damit höhere Kosten bei privaten Betreibern (S. 70). Auf der anderen Seite werden die Umwandlungen staatlicher Betriebe in private Unternehmen wie im Bereich der Energieversorgung oder wie im Fall der britischen Eisenbahnen so dilettantisch gehandhabt, dass die Qualität der Versorgung der Bevölkerung sinkt oder zeitweilig überhaupt zum Erliegen kommt, wie erst jüngst bei der Energieversorgung erlebt. Häufig bleibt dann als einziger Ausweg die erneute Verstaatlichung mit neuen Belastungen für die Steuerzahler. Die Bevölkerung, die auf die Grundversorgung bei Wasser, Energie, Verkehrssystemen, Gesundheit, Bildung und Sicherheit angewiesen ist, wird so zur Geisel privater Profitinteressen.

Welche Gefahren für die Demokratie mit der totalen Umsetzung neoliberaler Ideologie

verbunden sind, wird anhand der GATS- Dokumente verdeutlicht. Demokratische Entscheidungen, die den Handel mit Dienstleistungen berühren, können einem »Notwendigkeitstest« unterzogen werden und das WTO-Gericht wird dann darüber entscheiden, ob die Regelung Bestand hat. Dies bezeichnen die Autoren als »Todesstoß für die Demokratie« (S. 235). Ähnlich laufen die Dinge, wenn private Sicherheitsfirmen die Aufgaben souveräner Staaten übernehmen. Ein ehemaliger Angestellter einer privaten Sicherheitsagentur (DynCorp) schildert die Perspektive so: »Nimm an, das Außenministerium gibt eine Studie in Auftrag, wie eine Friedensmission in einem bestimmten Land aussehen soll. DynCorp sagt: Ihr müsst das machen, und das, und das, und tauchen die selben Punkte im Papier des Ministeriums auf, wenn es Angebote einholt. DynCorp stellt sich selbst die Tickets aus.« (S. 209)

Besonders lesenswert erscheint dem Rezensenten das Kapitel über die Privatisierung der Altersvorsorge (S. 135-165), weil hier an einem sehr aktuellen Beispiel auch theoretisch und rechnerisch gezeigt wird, wie mit falschen Argumenten und bewusster Täuschung der Öffentlichkeit die Versicherungswirtschaft an die immensen Geldvermögen für die Altersvorsorge herankommen will.

Aus der Analyse ihrer Fallbeispiele ergibt sich für Felber/Reimon der Schluss: »Die Konsumenten profitieren nicht. Die Steuerzahler profitieren nicht. Die Starken profitieren. Ein Staat ist keine AG. Am Ende haftet der Staat. Privatisierung und Korruption gehen Hand in Hand. Es gibt Alternativen.« (S. 210) Was Letzteres anbelangt, so bleiben sie leider eher vage. Obwohl der Titel auf die Privatisierung abstellt, zeigen die Autoren, dass unter Umständen Formen der privaten Betreibung auf gemeinnütziger Grundlage existieren. Im Zentrum ihrer Kritik stehen somit die Art und Weise der Transformation sowie das rein profitorientierte Wirtschaften. Eine Alternative vermuten sie im World Wide Web: »Es gibt Alternativen zu staatlicher Kontrolle oder gar zentraler Planwirtschaft auf der einen Seite und dem freien Markt auf der anderen. Zumindest in manchen Bereichen scheint auch eine demokratische, gemeinschaftliche Verwaltung möglich zu sein. Die

Inhalte des Netzes werden von einer lose definierten Gemeinschaft gepflegt.« Aber, so fügen sie hinzu, »Von diesem demokratiepolitischen Experimentierfeld könnte die Menschheit ... bald vertrieben werden.« (S. 178)

So bliebe das Schwarzbuch insgesamt doch recht pessimistisch, wäre da nicht der Aufruf nach Widerstand und die ausführliche Schilderung des Widerstands gegen den Verkauf der Wasserversorgung im bolivianischen Cochabamba, ein Widerstand, der optimistisch stimmt, auch wenn bei der Weltbank zur Zeit noch verhandelt wird (S. 103).

Das Schwarzbuch, so sei zusammenfassend festgestellt, hat das Zeug dazu, zum Bestseller der globalisierungs- und privatisierungskritischen Szene zu werden. Dieser Feststellung tut eine Kritik an den teilweise dilettantischen Literaturnachweisen keinen Abbruch.

JÜRGEN LEIBIGER

**Tomás Diez Acosta:**  
**Octubre de 1962: A un Paso del Holocausto. Una Mirada Cubana a la Crisis de los Misiles (Oktober 1962: Ein Schritt vor dem Abgrund. Die Raketenkrise aus kubanischer Sicht),**  
 Verlag Editora Política Havanna 2002, 256 S.

Zur »kubanischen Raketenkrise« sind in den zurückliegenden 40 Jahren Buch- und Presseveröffentlichungen in großer Zahl erschienen. Insbesondere zu »runden« Jahrestagen der dramatischen Ereignisse um Stationierung und Abzug sowjetischer Raketenwaffen strategischer Bestimmung auf Kuba wurde viel publiziert. Die Veröffentlichungen nach 1990/91, darunter der hier vorgestellte Titel, verdienen spezielle Beachtung. Nach 1990 sind mit dem Zerfall der UdSSR und seiner für Verteidigung und Sicherheit relevanten Institutionen sowie mit der neuen Lage für Kuba bislang nicht allgemein zugängliche Einzelheiten über Ausmaß und Charakter einer Krise bekannt geworden, die für die Welt fast mit dem thermonuklearen

Holocaust geendet hätte. Zur sogenannten Raketenkrise vom Oktober 1962 fanden unter ranghoher Beteiligung Kubas, der Sowjetunion bzw. Rußlands und der USA 1987 (Moskau), 1991 (Antigua/Barbados) und 1992 (Havanna) internationale Konferenzen statt, auf denen die dramatischen Geschehnisse auch aus der Sicht von unmittelbar Beteiligten dargestellt und bewertet wurden.

Vor diesem Hintergrund stellt der Autor zunächst die tiefgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in Kuba seit dem Sieg des von Fidel Castro geführten Rebellenheeres über die Batista-Diktatur (1959) dar. Sodann beschreibt er die im Zuge der Radikalisierung der Revolution sich verschärfenden innen- und außenpolitischen Probleme, insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen zu den USA. Ausführungen zur wachsenden Annäherung an die UdSSR und das sozialistische Lager, zur zunehmenden wirtschaftlichen und insbesondere militärischen Unterstützung Kubas durch die UdSSR und andere sozialistische Staaten zur Abwehr konterrevolutionärer Angriffe (Schweinebucht-Invasion 1961, Revolten im Escambray-Gebirge 1960/61) und zum Schutz des Landes vor einer drohenden direkten Invasion durch die USA leiten über zu Einzelheiten über die zwischen den Führungen der UdSSR und Kubas zunächst umstrittene Entscheidung Chruschtschows, auf Kuba strategische Offensivwaffen, d. h. atomare Mittel- und Langstreckenraketen mit einer Reichweite von 2 600 km (R-12) und 5 200 km (R-14) zu stationieren. Im Rahmen der verdeckten Operation »Anadyr« wurden im Zeitraum August/Oktober 1962 über 40 000 sowjetische Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere mit allen für den Ernstfall erforderlichen Waffen, Ausrüstungen und Versorgungsgütern auf UdSSR-Handelsschiffen (185 Überfahrten) nach Kuba verlegt. Das an verschiedenen Punkten der Insel und auf See stationierte und am 25. Oktober 1962 gefechtsbereite strategische Kernwaffenpotential bestand aus 36 Trägerraketen R-12 sowie aus 7 U-Booten mit 21 R-13 Raketen, die mit Kernsprengköpfen von insgesamt 67,5 Megatonnen Sprengkraft bestückt waren. Die sowjetischen Transportschiffe mit den Langstreckenraketen vom Typ R-14 an Bord waren nicht mehr bis Kuba gelangt, da sie am 24. Oktober, als die USA ihre Seeblockade errichteten, auf Höhe der

Azoren zurückbeordert wurden. Die Stärke der darüber hinaus mit modernen konventionellen Waffen ausgerüsteten sowjetischen Truppen auf Kuba entsprach damals zahlenmäßig etwa einem Drittel der kubanischen Streitkräfte.

Der Autor beschreibt insbesondere im zweiten Teil seines Buches die Ereignisse ab Mitte 1962 bis November des Jahres in ihrer ganzen Dramatik und das Handeln der entscheidenden Akteure in Havanna, Moskau und Washington. Interessante Einzelheiten zum Abschluß des Militärabkommens zwischen der UdSSR und Kuba, zum Ablauf der Stationierung der sowjetischen Truppen und Waffen auf Kuba, zur Politik der sowjetischen Führung gegenüber der Kennedy-Administration und im Rahmen des UN-Sicherheitsrates werden dargestellt. Hervorgehoben wird, daß die zwischen UdSSR und USA in den kritischen Stunden des 26. und 27. Oktober 1962 schließlich erreichte Verhandlungslösung zwar den Frieden rettete, aber ohne Beteiligung oder Konsultation Kubas herbeigeführt wurde, was das Verhältnis zwischen Kuba und seinem Hauptverbündeten, der UdSSR, stark belastet hat. In jenen »lichtvollen und traurigen Tagen« (Ernesto »Che« Guevara) habe sich die prinzipienfeste und zugleich flexible Politik Kubas schließlich bewährt.

Der Autor (Jahrgang 1946), Diplom-Politikwissenschaftler, lehrte an der Akademie der Revolutionären Streitkräfte (FAR) Kubas und ist gegenwärtig als Forscher am »Instituto de Historia« der kubanischen Wissenschaftsakademie tätig. Er hat für seine Forschungs- und Publikationstätigkeit zum genannten Thema und zu Fragen der Beziehungen USA-Kuba mehrere nationale Preise erhalten. Er war außerdem Teilnehmer der erwähnten dreiseitigen Konferenzen zur Raketenkrise.

Das Buch von Diez Acosta, das bislang in englischer Übersetzung (2002), nach Wissen des Rezensenten nicht aber in deutscher Sprache erschienen ist, stellt einen seriösen Beitrag zur Bewertung der Raketenkrise aus offizieller kubanischer Sicht dar. Es ist – wie im Epilog treffend dargestellt – bei heute zwar veränderter Weltlage angesichts der abenteuerlichen, auf Unilateralismus ausgerichteten Politik der jetzigen US-Administration auch vierzig Jahre nach den Ereignissen von großer Aktualität.

HARALD HILDEBRANDT



# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Bestellkupon

An  
UTOPIE kreativ – Redaktion  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ  
zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen  
Termin zum Preis von 57 € incl. Versand  
(Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ  
im Förderabonnement zum Preis von  
75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft  
zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte  
der Nummern 123 bis 146 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte  
der Nummern 1 bis 122 (soweit vorrätig)  
zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße

.....  
PLZ, Ort

.....  
Kontonummer

.....  
BLZ / Geldinstitut

.....  
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr,  
wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des  
Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.  
Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen  
widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

JÖRG ROESLER

## GDR and Federal Republic: The Refused Comparison

Serious historians demanded, already at the beginning of the Nineties, that the history of Germany after 1945 be completely rewritten. The political task of the unification of a people which, for more than 40 years, lived under totally different political and economic conditions cannot be solved, they said, without accepting that the dual German history now constitute the common grounds for a new and complex approach to the German history, as a whole. Pointing out that this demand, unfortunately, went unheard, the author discusses some historical events and contexts which show the importance of seriously comparing the political, social and economic developments in the two German states and the close interrelations between them.

WANG LIYONG

## China's Foreign Policy in the 21st Century – Where does it lead?

The author – visiting fellow to the Rosa Luxemburg Foundation – discusses the prospects of the Chinese foreign policy since the beginning of the Open Door Policy in 1978, and the complex implementation of market economy structures in 1992, on the one hand and these two policy changes under the conditions of a rapidly transforming international environment on the other. Should China take part in the global system, or should it be its challenger? Should the U.S. be seen as a friend or an enemy? What about a renewal of the relations with Japan? Could there be a »half-alliance« with Russia? And what about the EC? The author reflects upon various Chinese views and approaches.

ZHANG MINJIE

## Workers' Migration inside China

In 2002, 100 Million Chinese migrated inside their own country: migrating from the villages to the cities, in the search of work and better living conditions. The author looks back upon the history of workers' migration in the People's Republic of China since 1950, shows how in the fifties the organized migration, from the countryside into the cities, helped to industrialize the country. He describes the sharp division between the villages and the cities created by the total control and regulation of the movement of every individual, during the Sixties and Seventies, and discusses the tremendous consequences of what is now taking place, as a multi-faceted process of free mobility, growing unemployment and deep social contradictions.

AXEL RÜDIGER

## Globalization: Are Politics Still Possible?

The author discusses what it means, and how it happens, that »globalization« is seen so predominantly as an exclusively economy-based »reality« which – as is always claimed by its protagonists – not only cannot be influenced by politics, but itself creates prevailing conditions, that demand a certain and immutable kind of politics – without alternative – in all other fields of life. Is there really no alternative?, he asks and – after reflecting upon the genesis of the discourse on state and politics from Karl Marx and Max Weber to Pierre Bourdieu, Michel Foucault and Ernesto Laclau – presents ideas on how to break with the essentialist logic of modern rationalism, to find a new approach to achieve the goal of a fundamental democratization of the society.

**JOCHEN WEICHOLD****Environmental Politics in the Age Of Neoliberalism**

Characterizing the old Federal Republic of Germany as a »model student« in the field of environmental politics among the developed industrialized countries, the author analyses the developments which have taken place since German unification and comes to the conclusion that this unification marked a turning-point from a »model student« to a »black sheep«. Despite the fact that the unification treaty included what was called an »environmental union«, environmental politics were more and more viewed as an obstacle to economic investment, and under the pressures of rising unemployment and growing social problems, the remarkable popular interest in environmental issues at the time of unification, waned in public opinion.

**LOTHAR SCHRÖTER****The Military Power Of The European Community**

In 1992, the »Petersberg Tasks« outlined what the military forces of the EC countries should do in the future. There were three main tasks formulated: humanitarian missions; peace-keeping missions; and war fighting missions, with the aim of resolving conflicts and creating peace. The author looks into the hierarchy of these three tasks, and into the weight which is politically allotted each of them to arrive at the conclusion that, in the end, all is concentrated toward strengthening the purely military aspect of EC power and giving the EC world-wide military capability.

**Wolfgang Fritz Haug****Thoughts Of June 2, 1967**

Invited by the Denkwerkstatt (idea workshop) created in Berlin in the spring of 2003, by Florian Havemann, with the support of the Rosa Luxemburg Foundation, the author looks back into the political development of the Federal Republic of Germany and of West Berlin in 1967/68 – not out of reasons of nostalgia for the period of political upheaval and his own engagement in the student movement of these years, but in the search for a way out of the one-sided picture that the West and East German left have of one another. He is searching for a shared basis that could be described as a common historical consciousness of the German left.

**FLORIAN HAVEMANN****68ers East**

Referring to Wolfgang Fritz Haug's presentation, the author, as one of its protagonists, draws a picture of the group, of about 200 young people, in East Berlin, that in 1968 – deeply impressed by and full of sympathy for the developments in Prague, which opened the door for a renewal of socialism – tried to develop their own concept of socialist thinking and living, of liberty, democracy and revolution. The movement was abruptly brought to an end by the GDR authorities, following the intervention of the Soviet Union and its allies into Czechoslovakia, August 21, 1968. By connecting his personal experience with questions about the year 1968 in general, the author lines up with Wolfgang Fritz Haug in the effort to make history productive for modern left thinking and behavior.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.),

RNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)

E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €